

Sandleben/Schäfer
Apologie von links

Die Autoren

Guenther Sandleben lebt als Publizist in Berlin. Neben zahlreichen Aufsätzen erschienen von ihm *Nationalökonomie & Staat*. Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals (2003), *Politik des Kapitals in der Krise*. Eine empirische Studie (2011) und *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt (2011).

Aus seiner mehr als 20-jährigen Berufspraxis als Finanzmarktanalyst kennt er das Innenleben des sogenannten Finanzkapitals und hat sich intensiv mit den Interaktionen zwischen den Finanzmärkten und der „ganz realen Wirtschaft“ auseinandergesetzt. Nach einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium in Dortmund und Berlin war er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit dem fachlichen Schwerpunkt Geschichte der ökonomischen Theorie tätig. Während dieser Zeit setzte er sich insbesondere mit der klassischen politischen Ökonomie und ihrer Marx'schen Kritik auseinander. Ein Großteil seiner Veröffentlichungen findet sich unter: <http://www.guenther-sandleben.de>.

Jakob Schäfer lebt in Wiesbaden. Er ist aktiv in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, insbesondere bei der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Er ist Mitglied der IV. Internationale. Am meisten beeinflusst wurde er durch die politischen und wirtschaftstheoretischen Beiträge Ernest Mandels.

Guenther Sandleben/Jakob Schäfer

Apologie von links

Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.
ISBN 978-3-89900-141-9

ISP

Neuer ISP Verlag GmbH Köln/Karlsruhe
Belfortstraße 7, D-76133 Karlsruhe
e-mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de
Internet: www.neuerispverlag.de

Der Neue ISP Verlag ist Mitglied der Assoziation Linker Verlage (aLiVe).

Originalausgabe
1. Auflage September 2013
© Neuer ISP Verlag und Autoren
Satz: Neuer ISP Verlag GmbH
Umschlaggestaltung: Druckcooperative, Karlsruhe
Gesamtherstellung: Difo-Druck, Bamberg

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Verwertung ohne Zustimmung der
Autoren und des Verlags ist unzulässig.

Inhalt

Einleitung.....	7
I. Die Theorie vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ als aktuelle Variante linkskeynesianischer Unterkonsumtionstheorie	17
1. Nachfragerlücke als Bezugspunkt der Unterkonsumtionstheorie und die Bedeutung der keynesianischen Theorie.....	19
2. Nachfragerlücke als Problem der Verteilung	22
3. Illusionen des linken Keynesianismus.....	24
4. Mythos „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“	26
5. Doppelte Umverteilung als Folge neoliberaler Politik	31
6. Was heißt „finanzielle Überakkumulation“?.....	33
7. Das Elend der alternativen Politikberatung.....	35
II. Geld – der vertrackte Kern des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“: Der Beitrag von Lucas Zeise.....	39
1. Kritik der Verschmelzungsthese und die Daseinsformen des Kapitals	40
2. Zur Rolle und „Macht des Finanzkapitals“	44
3. Fiktives Kapital und Geld	49
4. „Geld aus dem Nichts“	50
5. Monopolistisches Finanzkapital und staatsmonopolistischer Kapitalismus	52
III. Geldökonomie und Realökonomie – die Zwei-Welten-Theorie von Michael Heinrich	66
1. Dominanz des Geldes	68
2. Realökonomie	69
3. „Kreditsystem als Steuerungsinstantz der kapitalistischen Ökonomie“	72
4. Kapitalfetisch und die besondere Rolle des Kreditsystems	76
IV. Das fiktive Kapital als treibende und zerstörende Macht: Zur Kritik der Wertkritik.....	79
1. Abschmelzung der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution.....	80
2. Fiktives Kapital als Verdoppelung des Kapitals	82
3. „Mirakelökonomie“	85
4. „Inverser Kapitalismus“ als letztes Stadium der kapitalistischen Produktionsweise.....	88

V. Exkurs: Die Macht der Banken – Eine theoretische und empirische Analyse von Bankenmacht, Bankprofiten und deren Quellen.....	91
1. Commercial Banking	92
2. Investment-Banking.....	102
3. Bankreformen: Zerschlagung der Bankenmacht oder Schutz der Industrie?	108
4. Konnten Banken höhere Profite realisieren?.....	112
VI. Wohin treibt die Krise?	119
1. Permanente Krise.....	121
2. Nächste zyklische Krise.....	126
3. Kombinierte Krise	133
4. Ausweg aus der Krise oder finale Krise?.....	137
Literaturverzeichnis	139

Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

<i>Table 1:</i> Geschäftsstruktur der inländischen Universalbanken.....	97
<i>Table 2:</i> Aufgeblähte Notenbankbilanzen bergen Risiken.....	125
<i>Grafik 1:</i> Bankaktien weisen im Trend keine höheren Renditen auf....	113
<i>Grafik 2:</i> Banken erzielen keine höheren Profite	117
<i>Grafik 3:</i> Gewinnentwicklung bei der Deutschen Bank im Trend nicht besser als bei Dax-Unternehmen	118
<i>Grafik 4:</i> Rückläufige Kapazitätsauslastungen	129
<i>Grafik 5:</i> Investitionszyklus schwer belastet	130
<i>Grafik 6:</i> Gegenwärtiger Krisenzyklus häufig unterhalb vorangegangener Höchststände	131

Einleitung

Apologie von Links – gibt es so etwas und dazu noch in der Krisentheorie, die eine Erklärung für die zerstörerische Seite des Wirtschaftsprozesses liefern soll? Wird der Kapitalismus wirklich verteidigt, wenn linksorientierte Autoren über die katastrophale Krise der Gegenwart berichten?

Unsere Antwort lautet: Ja – leider!

Tatsächlich reden linke Krisentheoretiker – von wenigen Ausnahmen abgesehen – den Kapitalismus schön, wenn sie meinen, die Ursachen der Krise lägen überwiegend im Finanzsektor nicht aber im Kernbereich der kapitalistischen Wirtschaftsweise, also nicht dort, wo Waren produziert und abgesetzt werden. Die einstige Erkenntnis, dass Krisen ein fester Bestandteil des Kapitalismus sind, die in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die herrschende Ordnung infrage stellen, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Die Kritik kapitalistischer Warenproduktion, die man von einer linken Krisentheorie vermutet hätte, mutierte zu einer Kritik am Finanzsystem, das der „Realökonomie“ als dominant gegenübergestellt wird. Nicht mehr der Kapitalismus als solcher, sondern Varianten davon, darunter der „finanzmarktgetriebene Kapitalismus“, der „Kasino-Kapitalismus“, die „finanzgetriebene Akkumulation“, nicht mehr das Kapitalverhältnis selbst, sondern besonders profitgierige und machtbesessene Kapitalsorten, wie das Finanzkapital, die Banken, Finanzinvestoren etc. werden kritisiert.

Erstaunlich dabei ist, dass die linke Krisentheorie einer ideologischen Spur folgt, die ihr ausgewiesener Gegner, Herr Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Leiter des Ifo Instituts und prominenter Verteidiger wie Förderer des deutschen Standortkapitals¹, folgendermaßen definierte: Bei der „Analyse der Systemfrage“ gehe es nicht um „die Systemfrage an sich“. Man sollte

1 Bevor Prof. Dr. Sinn die Finanzmärkte als Krisenfaktor entdeckt hatte und noch nicht von einer „neuen, keynesianischen Situation“ gesprochen hatte, führte er in seinem mehrfach aufgelegten Buch *Ist Deutschland noch zu retten?* einen Feldzug gegen „zu hohe Löhne“, die er als Hauptbelastungsfaktor des Standorts Deutschland brandmarkte. Sein „6+1-Programm für den Neuanfang“ (2005: 521 ff.) wendete sich gegen eine „hemmungslose Kartellpolitik der Gewerkschaften“ und gegen den Sozialstaat. Er forderte u.a. eine „Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen“, darunter „Länger arbeiten: mindestens 42 Stunden“, weniger Macht für die Gewerkschaften, Beseitigung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, eine aktivierende Sozialhilfe. „Ich fühle mich in der Verantwortung meinem Land gegenüber“, schrieb er. Deutschland brauche eine ähnlich „radikale Kulturrevolution, wie England sie unter Margaret Thatcher erlebt hat“ (S. 14).

sich hüten, „das Kind mit dem Bade auszuschütteln. [...] Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus, sondern eine Krise des angelsächsischen Finanzsystems, das zum Kasino-Kapitalismus mutierte und leider auch in Europa immer mehr Nachahmer gefunden hat“ (2012: 14). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Michael Sommer, beschrieb das ideologische Feld der Systemverteidigung ähnlich, als er auf dem Höhepunkt der Überproduktionskrise meinte, wir müssten „den Finanzmärkten verbindlich und verpflichtend so strenge Regeln geben, dass wir jede Form von Kasino-Kapitalismus unterbinden,“ und er wies „ausdrücklich“ darauf hin, dass er „die Marktwirtschaft für das beste aller Wirtschaftssysteme [halte]. Genauso bekenne ich mich aber dazu, dass Marktwirtschaft und Kasino-Kapitalismus nicht dasselbe sind. Letzterer ist die Perversion des Systems. Jetzt ein korrigierendes Eingreifen des Staates zu fordern, ist nicht das Ende der Marktwirtschaft, sondern deren sinnvolle Ausgestaltung“ (*Wirtschaftswoche* 30.3.2009).

Die Apologie des Kapitalismus hat in der linken Krisenbetrachtung zur Anpassung an bürgerliche Interpretationsmuster geführt, die variantenreich von den beiden Spielarten, dem Keynesianismus und der Neoklassik, dominiert werden. Ein besonderer, von dieser wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie substanziell wohl unterschiedener Krisenbeitrag ist kaum noch aufzufinden.

Im Mittelpunkt der aktuellen Krisenbetrachtungen steht der „gesetzlich regulatorische Bereich“, wie Sinn die unzureichende und fehlerhafte Regulierung des Finanzsektors bezeichnet, wodurch die „Krise der Weltwirtschaft“ hervorgerufen worden sei.² In der linken Krisen-debatte heißt das „neoliberale Deregulierungspolitik“, „neoliberale Wende“, „Entbettung der Märkte aus der Gesellschaft“. Das Politikversagen soll der tiefere Grund für die starke Expansion des Finanzsektors und dessen wachsende Instabilität

2 „Das Problem liegt aber nicht in erster Linie in der fehlenden Moral der Akteure, sondern in den falschen Anreizen, die das Rechtsinstitut der Haftungsbeschränkung in Verbindung mit einer allzu laschen Regulierung liefert. Weil es den Banken ermöglicht wird, ihr Geschäft mit einem Minimum an Eigenkapital zu betreiben, finden sie es attraktiv, mit dem Geld ihrer Kunden auf den Weltkapitalmärkten Roulette zu spielen. [...] Die Systemfehler, die die Krise der Weltwirtschaft hervorgerufen haben, liegen, wie dieses Buch zeigen wird, allesamt im gesetzlich-regulatorischen Bereich“ (Sinn 2012: 13 f.). Das Versagen der Politik spielt u. a. auch in den Analysen von Joseph Stiglitz (2009), Roubini (2011) und Krugman (2012) eine zentrale Rolle im Entstehungsprozess der großen Krise.

gewesen sein.³ Für Rudolf Hickel, prominentes Mitglied der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* und Mitautor des jährlichen Memorandums, gilt der „Banker als Täter“. Fehlende Regulierung würde riskante Geschäfte ermöglichen, mit der Konsequenz, dass ein „hoch explosives Krisenpotenzial für alle“ aufgebaut werde (2012: 57f.). Er fordert deshalb die Zerschlagung der Banken und die Reduzierung der Finanzmärkte auf „ihre dienende Funktion“. Paul Robin Krugman, US-amerikanischer Professor für Volkswirtschaftslehre an der Princeton University und Träger des Wirtschaftsnobelpreises 2008, spricht von „durchgeknallten Bankern“. Die Konservativen seien damals an die Macht gekommen. Dieser Rechtsruck führte zur „Deregulierung der Finanzmärkte“, zu einem „steilen Anstieg im Kreditgeschäft und einer Eskalation der Risikofreude“. Schließlich kamen noch die Schattenbanken hinzu, die „vollkommen unkontrolliert expandieren“ durften (2012: 76f.).

Diese finanzmarktbezogene Krisentheorie spielt sowohl im bürgerlichen als auch im linken Interpretationsmuster eine zentrale Rolle. Aus der Instabilität der Finanzmärkte soll die „reale Wirtschaftskrise“ entstanden, zumindest aber in bedeutendem Umfang hervorgerufen worden sein. Hier mischen sich Gedanken der Österreichischen Schule hinzu, die sich vor allem auf die Arbeiten des 1992 verstorbenen August von Hayek beziehen. Danach soll die falsche Zins- und Geldpolitik der Notenbank und die großzügige Kreditvergabe der Banken die große Krise verursacht haben. Nach dem Crash der New Economy im Jahr 2000 hätte die US-amerikanische Notenbank Fed die Zinsen künstlich unter die natürliche Zinsrate gesenkt. Kreditfinanzierte Investitionen flossen in Produktionsanlagen, die sich nicht lohnten, würde dafür ein „normaler Zinssatz“ bezahlt. Verführung zum Risiko, große Fremdkapitalhebel und Spekulationsorgien an den Immobilienmärkten seien die Folge gewesen.⁴ Für die Einordnung der linken Krisendebatte ist vor allem

3 Jörg Huffschmid, der eine zentrale Rolle in der linken Krisendebatte spielte, entwickelte die These, „dass Finanzkrisen Folgen fehlender oder abnehmender Regulierung (Deregulierung) und/oder fehlender oder abnehmender Beschränkungen für internationale Kapitalbewegungen (Liberalisierung) sind“ (2002: 164).

4 Der Kanadier William White, damaliger Chefvolkswirt der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), warnte immer wieder vor der expansiven Geldpolitik der Fed unter Alan Greenspan, der die Leitzinsen nach der geplatzten New-Economy-Blase lange Zeit niedrig ließ. Die Immobilienkrise sei zudem Folge einer unzureichenden Bankenaufsicht und des politischen Drucks gewesen, auf der Grundlage des „Community Reinvestment Act“ Häuserkredite an Geringverdiener zu vergeben – Argumente, die man auch aus der linken Krisendebatte kennt, mit der leichten Variation, dass die Ninja-Kredite (no income, no job, no assets) mehr eine Folge der Banker-Gier gewesen wären. White kritisiert die „ultra-lockere Geldpolitik“ der Ge-

der Punkt wichtig, dass die Krisenursachen externalisiert, also jenseits des ökonomischen Kernprozesses angesiedelt werden: im Politikversagen der Regierungen, im Versagen der Zinspolitik der Notenbanken und in erster Linie in einem Fehlverhalten der Banken.

Neben der variantenreichen finanzmarktbezogenen Krisentheorie spielt die Verteilungsfrage als Ursache der großen Krise eine erhebliche Rolle. Auch hier finden wir ähnliche Interpretationsmuster sowohl in der linken als auch in der bürgerlichen Krisendebatte, mit dem Unterschied jedoch, dass die neoklassische Position davon abweicht. Dieses neoklassische Deutungsschema, wonach zu hohe Löhne – angeblich eine Folge politischen und gewerkschaftlichen Fehlverhaltens – die Krise verursachten, hatte zunächst keine größere Bedeutung, da in vielen Krisenländern die Reallöhne über Jahrzehnte hinweg tendenziell gesunken waren und deshalb kaum einen „Erklärungs“anlass für diese Krise boten. Erst als sich die Eurokrise zuspitzte und etliche Staaten Europas Spar- und Lohnsenkungsprogramme auflegten, trat die neoklassische Position wieder stärker hervor, um diese neoliberalen Lohn- und Sozialkürzungen zu legitimieren.⁵

Die verteilungstheoretische Interpretationsweise machte eine sich immer weiter öffnende Einkommensschere für die große Krise verantwortlich. Während die mittleren und niedrigen Einkommensgruppen zu wenig nachfragten oder sich für ihren Konsum im wachsenden Umfang verschuldeten, bis das nicht mehr möglich war, hätten die oberen Einkommensbezieher nicht gewusst, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten. Sie kauften Immobilien und legten das Geld zum Schaden der Wirtschaft spekulativ vor allem im Finanzsektor an, der entsprechend stark expandierte und immer instabiler wurde, bis schließlich die Finanzkrise ausbrach. Diese Verbindung von Finanzkrise und wachsender Ungleichverteilung mit der These, dass die Expansion der Finanzmärkte als Folge der Deregulierungspolitik einerseits die Umverteilung von unten nach oben beförderte, andererseits dadurch auch gespeist worden sei, ist weit verbreitet im keynesianisch geprägten bürger-

genwart, die zu weiteren Fehlinvestitionen, Umverteilungen und exzessiver Staatsverschuldung führen würde (White 2012).

- 5 Der Präsident der EZB Mario Draghi sprach sich vor dem EU-Gipfeltreffen im März 2013 für sinkende Lohnkosten in den Euro-Defizitländern aus. In Frankreich seien die Löhne doppelt so stark gestiegen wie die Produktivität, während in Italien die Produktivität zurückbliebe. Die Schere zwischen Lohn und Produktivität müsse geschlossen werden, indem die Arbeitskosten in den Defizitländern gesenkt werden („Die gespaltene Währungsunion“, von Holger Steltzner, in: *FAZ* 20.3.2013).

lichen Deutungsmuster⁶ und bildet zugleich einen zentralen Bestandteil linker Krisendiskussion.

Ein weiteres bürgerliches Erklärungsmuster für die große Krise, das in die linke Krisendebatte Eingang gefunden hat, besteht in der verhaltensökonomischen Deutungsweise von Spekulationsblasen. Große Bedeutung in dieser Diskussion erlangte Robert Shiller von der Universität Yale. Seine empirischen Untersuchungen zur Entwicklung der Aktienmärkte seit den 1980er Jahren bildeten die Grundlage seiner „Bubble-Theorie“, die er dann auf den US-Immobilienmarkt übertrug. Um die Blasenbildung indizieren zu können, entwickelte er zusammen mit Karl Case einen Häuserpreisindex, der unter der Bezeichnung „S&P-Case-Shiller-Index“ bekannt wurde. Der starke Preisanstieg zwischen 1997 und dem Peak von 2006 um real 85 % (Shiller 2008: 32) bei in etwa gleich bleibenden Baukosten habe zu dem irrationalen Überschwang auf dem Immobiliensektor geführt. Steigende Gewinnspannen der Bauunternehmen heizten die Bauproduktion an, und Haushalte hätten sich im Vertrauen auf weiter steigende Immobilienpreise beim Kauf von Häusern stärker verschuldet, bis schließlich die Immobilien-Blase geplatzt sei. Shiller (2008: 29) sieht in dieser partiellen Krise die eigentliche Ursache für den gesamten Krisenvorgang, sodass die allgemeine Überproduktionskrise von 2008 nicht mehr in ihrer Eigenständigkeit untersucht, sondern als bloßes Folgeereignis gedeutet wird.⁷

Dieses Interpretationsmuster, worin einige auffällige Erscheinungsweisen der Krise, anfangs als Immobilienkrise, ab Sommer 2007 vor allem als Finanzmarktkrise, zum eigentlichen Krisenprozess gemacht werden, ist auch in der linken Krisentheorie auffindbar.

Wie unsere Analyse linker Krisentheorien noch detailliert zeigen wird, gibt es also große Übereinstimmungen mit bürgerlichen Interpretations-

- 6 Ökonomen wie Roubini (2011) und Krugman (2012) weisen immer wieder auf die Ungleichverteilung als einen Grund der Krise hin. Im Zeitalter der Deregulierung, schreibt Krugman (2012), sei das „mittlere Einkommen“ im Schneckentempo gestiegen, während die hohen Einkommen regelrecht explodiert seien (S. 89f). „Tatsächlich würde ich davon ausgehen, dass die Einkommensschere und die Krise gemeinsame Ursachen haben. In den USA, Großbritannien und anderen Ländern kam es Anfang der 1980er Jahre zu einem deutlichen Rechtsruck. Dieser wiederum hatte eine politische Wende zur Folge, vor allem eine kräftige Senkung der Spitzensteuersätze und einen Wandel der gesellschaftlichen Werte. [...] Das alles schlug sich in einem deutlichen Anstieg der Spitzengehälter nieder“ (S. 99). Allerdings bleibt Krugman vorsichtig, ob die Einkommensschere zu einem Rückgang der Nachfrage führte (S. 99f).
- 7 „The housing bubble was a major cause, if not the cause, of the subprime crisis and of the broader economic crisis we now face“ (Shiller 2008: 29). Schon im Vorwort heißt es: „This bubble, and the psychology that lay behind it, was the ultimate cause of the crisis“.

mustern: die Apologie der bestehenden Verhältnisse von kapitalistischer Warenproduktion und Zirkulation, das behauptete Fehlverhalten der Regierungspolitik in Regulierungsfragen des Finanzmarktes, die Fokussierung der Krisenanalyse auf den Kredit-, Banken- und Kapitalmarktsektor, die fehlende Analyse des inneren Zusammenhangs von Finanzmarktkrise und Krise kapitalistischer Warenproduktion, die gelegentliche Betonung der Verteilungsfrage, die besondere Hervorhebung der Immobilienkrise samt der damit verbundenen Finanzkrise und schließlich die unzureichende Analyse der allgemeinen Überproduktionskrise von 2008.

Selbst unter methodischen Gesichtspunkten verfügt die linke Krisentheorie kaum noch über eigenständiges Profil. Sie hat den Eklektizismus bürgerlicher Krisenerklärungen weitgehend übernommen. Professor Nouriel Roubini z. B., Wirtschaftsprofessor an der Stern School of Business in New York, Wirtschaftsberater des Weißen Hauses und bekannter Buchautor auch in Deutschland, erklärt ausdrücklich, dass er keiner speziellen ökonomischen Theorie anhänge. „Fast jede ökonomische Denkrichtung kann einen Beitrag zur Erklärung der jüngsten Krise leisten, weshalb wir uns in unserer Analyse auf ein breites Spektrum von Autoren beziehen. Keynes hat in diesem Zusammenhang genauso seinen Platz wie viele andere“ (Roubini 2011: 15). Roubini rechtfertigt seinen „ganzheitlichen Ansatz“ – wie er seinen Eklektizismus nennt – damit, er gebe die „Ideologie an der Garderobe ab“ (S. 16), ohne sich Gedanken darüber zu machen, dass seinem aus verschiedenen – sich widersprechenden – Theorieelementen zusammengestückelten „ganzheitlichen Ansatz“ notwendig die innere Konsistenz und systematische Vorgehensweise fehlen muss, mit der Folge, dass willkürlichen Deutungsweisen Tür und Tor geöffnet sind, je nach Interessenlage, Beratungssituation, politischer Konstellation etc.

In dem vorliegenden Buch konzentrieren wir uns auf die gängigen linken Krisentheorien. Bei der Auswahl der Beiträge haben wir uns auch von Überlegungen leiten lassen, inwieweit sie neue Erklärungsweisen enthalten, die in anderen Beiträgen gar nicht oder in einem anderen Kontext angesprochen werden. Gemeinsam ist ihnen, dass sie vom bürgerlichen Interpretationsmuster maßgeblich geprägt worden sind. Entsprechend deutlich fällt unsere Kritik aus, die im Buchtitel „Apologie von links“ auf den Begriff gebracht ist.

Im ersten Kapitel thematisieren wir die wohl bekannteste linke Krisentheorie. Die Theorie vom „Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, die wir als aktuelle Variante linkskeynesianischer Unterkonsumtionstheorie bezeichnen, wurde von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ausgearbeitet, hinter der bekannte Autoren, darunter der inzwischen ver-

storbene Jörg Huffs Schmid, Rudolf Hickel, Herbert Schui und Heinz-Josef Bontrup stehen. Was die Arbeitsgruppe bekannt gemacht hat, ist die Herausgabe des Memorandums, das sich als alternative Politikberatung versteht. Die Memorandum-Gruppe kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die eine gewisse Kontinuität, aber auch Brüche aufweist. Als sie seit Ende der 1990er Jahre verstärkt die Finanzmärkte thematisierte, zog sie das Interesse der Gewerkschaften und das der globalisierungskritischen Bewegungen auf sich, deren Krisenvorstellungen nicht ohne Auswirkungen auf die Theoriebildung blieben. Die finanzmarkttheoretische Krisenerklärung rückte mehr und mehr in den Vordergrund. Sie wurde mit einer verteilungstheoretischen Erklärung verbunden, eine dem Kern nach unterkonsumtionstheoretische Kriseninterpretation.

Im zweiten Kapitel gehen wir auf die Krisenerklärung von Lucas Zeise ein, die in vielen Punkten mit der Krisentheorie der *Memorandum*-Gruppe übereinstimmt. Allerdings gibt es auch einige Unterschiede, die wir für wichtig genug erachtet haben, um sie gesondert zu thematisieren. Dazu gehört zunächst die Monopoltheorie. Vor allem in den älteren Ausgaben des Memorandums spielt die Monopoltheorie zwar eine unterschwellige Rolle, ohne jedoch die Konkretion zu erreichen, die Lucas Zeise ihr in Verbindung mit dem heutigen Finanzkapital und den ökonomischen Interventionen des Staates gegeben hat. Bezeichnungen wie „monopolistisches Finanzkapital“ und „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ weisen auf eine bis auf Hilferding, Bucharin und Lenin zurückreichende Theorietradition hin, an die Zeise anknüpft und deren Begriffe wir auf den Prüfstand stellen werden. Kritisiert wird auch seine an Hilferding angelehnte Verschmelzungsthese, aus unserer Sicht eine Verwirrung der verschiedenen Kapitalbestimmungen, die dann zu fehlerhaften Aussagen über die Bedeutung des Finanzsektors führt.

Das dritte Kapitel widmen wir dem Beitrag von Michael Heinrich. Trotz massiver Kritik an seiner monetären Werttheorie gilt diese gelegentlich noch als notwendige Berichtigung einer angeblich inkonsistenten Marx'schen Werttheorie. Seine „Neue Marxlektüre“ begleiten wir an den Stellen, wo sie Orientierungspunkte und Begründungen für die aktuelle linke Krisendebatte liefert. Wir werden die Etappen einer Keynesianisierung der Marx'schen Theorie verfolgen. Der auf diese Weise entstandene Eklektizismus bereitete zugleich das theoretische Feld für die Vorstellung vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus vor, auf dem die monetär umgemodelte „Kritik der politischen Ökonomie“ einen durchweg apologetischen Charakter erhalten hat. Das keynesianische Dogma von der „Hierarchie der Märkte“ und von der besonderen Rolle des Geldes, das der „Realökonomie“ angeblich seine Werte stiften soll, bilden zentrale Punkte unserer Analyse.

Der Beitrag der *Gruppe Krisis*, mit den Autoren Ernst Lohoff und Norbert Trenkle, ist Gegenstand des vierten Kapitels. Schon der Name der Gruppe verweist auf die Krise, die im „inversen Kapitalismus“ als dem letzten Stadium der kapitalistischen Produktionsweise einen besonders dramatischen Charakter erhalten soll. Wir werden die Voraussetzungen dieser Zusammenbruchsvorstellung prüfen, die Abschmelzung der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution, und wir wollen die Frage klären, ob das fiktive Kapital wirklich die ökonomische Wertquelle bilden konnte, um durch Kapitalvermehrung den Zusammenbruch hinauszuzögern. Interessante Parallelen zur Theorie vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus werden zeigen, dass die *Gruppe Krisis* zumindest teilweise auf dem gleichen theoretischen Feld argumentiert und dass sie mit ihren selbst erzeugten Mythen besonders tief im Kapitalfetisch steckt.

In der gesamten linken Krisentheorie ist das fiktive Kapital ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Die verschiedenen Bestimmungen des Kapitals werden nicht klar genug voneinander geschieden und immer wieder durcheinander gewürfelt: Das Leihkapital, das im Kredit vom Verleiher an den Borger fortgegeben wird, verschmilzt häufig mit dem Rückzahlungs- und Zinsversprechen, das nur einen Anspruch auf Geld beinhaltet. Dann wiederum wird dieser Anspruch auf Geld, der das fiktive Kapital bildet, mit dem Geld selbst verquickt, sodass der Schein entsteht, als wären Bankeinlagen, Anleihen und selbst Aktien eine Form des Geldes. Häufig verschwimmen die Bestimmungen des Leihkapitals mit denen des Geldkapitals, das vom fungierenden Kapital vorgeschossen wird, sodass der falsche Eindruck entsteht, als würden verleihende Banken das Kapital auch in der Industrie und im Handel steuern. Solche Missverständnisse gehen teilweise aus dem zinstragenden Kapital selbst hervor, weshalb es Marx gelegentlich als „die Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25: 483) bezeichnete. Statt diesen Kapitalfetisch zu enthüllen, wird er in der linken Krisendebatte nur breitgetreten und zu einer Macht der Banken und Finanzmärkte mystifiziert.

In unserem Exkurs, den das fünfte Kapitel beinhaltet, wollen wir systematisch die verkehrten und widersinnigen Vorstellungen von der besonderen Macht der Banken widerlegen, indem wir Schritt für Schritt die verschiedenen Sparten des Bankgeschäfts, angefangen vom Zahlungsverkehr bis hin zu den verschiedenen Geschäftsbereichen des Investment-Banking, unter der Fragestellung durchkämmen, ob sich irgendwo für die Banken eine Quelle der Macht auftut.

Die einzelnen Kapitel haben wir als Konzession an unser Lesepublikum, das geprägt vom Internetzeitalter überschaubare und thematisch genau zugeordnete Texte bevorzugen dürfte, in einer solchen Weise abgefasst, dass sie

weitgehend eigenständig verstanden werden können, ohne das gesamte Buch durcharbeiten zu müssen. Wiederholungen und Überschneidungen ließen sich bei dieser Verfahrensweise nicht völlig vermeiden.

Wenn wir nachfolgend ein rabenschwarzes Bild von der linken Krisentheorie malen, dann darf eine wichtige und sehr erfreuliche Tatsache nicht übersehen werden: Wenngleich mehr im Verborgenen stößt man immer wieder auf Beiträge und Diskussionen, die das ideologische Feld der Systemverteidigung verlassen. Wir wollen aus der Vielzahl weitgehend unbekannt gebliebener Artikel die etwas bekannter gewordene Krisenanalyse von Paul Mattick hervorheben. Auch wenn der zeitliche Rahmen seiner Analyse weit gespannt und demzufolge die aktuelle Krise nicht in ihrer Tiefe, in ihrer Zeitfolge und ihrer Komplexität behandelt wird, vermeidet Mattick typische Fehler vorherrschender Krisendebatten.

Erstens hat er ein klares Verständnis davon, dass die „Große Rezession“, wie er die jüngste Wirtschaftskrise bezeichnet, nicht im Finanzsektor ihre Ursache hat, sondern dass sie stattdessen im Kernprozess kapitalistischer Warenproduktion, aus den dort existierenden Widersprüchen und Gegensätzen entstanden ist. Die Finanzkrise wird im Großen und Ganzen als eine Folge dieser Krise in der kapitalistischen Warenproduktion und Zirkulation interpretiert.

Zweitens betont Mattick die Kapitalbestimmungen des Produktionssektors, die dort wirkenden Gesetze von Kapitalverwertung und krisennotwendigen Kapitalentwertungsprozessen und schiebt nicht die Kapitalbestimmungen in den Finanzsektor ab, um dann die kapitalistische Produktion als weitgehend krisenfreie Ökonomie zu beschönigen.⁸

Drittens ist Mattick schon wegen der Einbettung des Staates in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang skeptisch, ob die Politik die Krise lösen könnte. Die Regierung könne das Problem lediglich aufschieben, schreibt er (2012: 102), „indem sie Finanz- und andere Unternehmen mit dem zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs notwendigen Geld versorgt.“ Sie schwanke zwischen „der Pest einer anhaltenden Depression, die eine Gefahr sozialer Unruhen mit sich bringt, und der Cholera von Konjunkturausgaben, die nur begrenzt wirksam sind und die Defizite in gefährliche Höhen

8 „Aber der Kapitalismus ... ist ein System zur Beschäftigung von Menschen, die Profite produzieren; sein Zweck ist die Vermehrung von Kapital“, schreibt Mattick (2012: 99) und verweist auf den im Unternehmen selbst (nicht über die Finanzmärkte äußerlich herangetragenen) existierenden Zweck der Profiterzielung. Die Unternehmen wüssten auch, „dass staatliche Ausgaben für Renten, Gesundheitswesen und Arbeitslosenunterstützung das Einkommen der Arbeiter erhöhen und nicht die Gewinne der Unternehmen [...]“.

treiben“ (S. 96). Das grundlegende Problem in einer Phase der Depression könne nur durch den depressiven Wirtschaftsmechanismus selbst gelöst werden; die Depression selbst sei das „Heilmittel gegen die sie verursachende mangelnde Profitabilität“ (S. 72, S. 63).

Viertens teilt Mattick nicht die Vorstellung, eine falsche Politik etwa in Gestalt einer „neoliberalen Wende“ habe aus sich selbst heraus den Grundstein für die gegenwärtige Krise gelegt. Vielmehr sei die Politik der Deregulierung eine Reaktion auf die Ökonomie gewesen; „sie erleichterte riskante Geschäfte zwar, war aber nicht die Ursache der zunehmenden Spekulation“ (S. 76).

Fünftens wendet sich Mattick gegen den Eklektizismus im linken Mainstream, wenn er auf die Aktualität und Relevanz der Marx'schen Theorie verweist (S. 11). Es sei „sinnlos“, zitiert er James K. Galbraith, „Diskussionen weiterzuführen, die sich auf die konventionelle Wirtschaftswissenschaft stützen“. Auch der Keynesianismus sei eine „Spielart wirtschaftswissenschaftlicher Orthodoxie“ und habe mit der Krise ebenso an Glaubwürdigkeit verloren wie neoklassische Erklärungsansätze.

Mit diesen fünf Punkten hat sich Mattick einem Krisenverständnis genähert, das wir erstmals Ende 2009 in kritischer Abgrenzung zum linken Krisendiskurs formulierten und später weiter konkretisierten.⁹ Unsere Analyse der verschiedenen Phasen der großen Krise führte zu dem Ergebnis, dass die Krise ihrem inneren Zusammenhang nach eine Überproduktionskrise war, anfangs eine Überproduktion in der Bauwirtschaft, gefolgt von einer allgemeinen Überproduktionskrise 2008, die alle bedeutenden Wirtschaftszweige erfasste und ihre Ursache im Kernprozess kapitalistischer Warenproduktion, im systematischen und notwendigen Auseinanderfallen von Produktion und Markt hatte. Die in der linken Krisendebatte verbreitete Vorstellung, die Schockwellen der Finanzkrise hätten die „Realwirtschaft“ infiziert und in eine Krise gestürzt, wiesen wir schon damals als „Mythos“ zurück (Sandleben/Schäfer 2009: 16). Entlang des tatsächlichen Krisenverlaufs konnten wir belegen, dass es sich umgekehrt verhielt, dass die Krise der Finanzmärkte durch die Folgen der Überproduktionskrise hervorgerufen worden war.

Auf der Grundlage dieser Krisenerklärung werden wir im letzten Kapitel einige Tendenzen des bisherigen Krisenzyklus thematisieren, um auf dieser Grundlage eine Antwort anzudeuten, wohin die Krise treiben wird.

9 Sandleben/Schäfer (2009), Sandleben (2011a/b).

I.

Die Theorie vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ als aktuelle Variante linkskeynesianischer Unterkonsumtionstheorie

Die 2007 einsetzende große Krise mit ihrem Widerspruch von Produktion und Markt und dem Bedürfnis nach staatlicher Konjunktursteuerung weckten das Interesse am Keynesianismus. Nun ist die Keynes'sche Theorie alles andere als homogen; je nach Interesse bildeten sich verschiedene Schulen und Interpretationsweisen heraus.¹⁰ Linksorientierte Politiker und Gewerkschaften beanspruchen schon seit Längerem ihre eigene Keynes-Variante. Ihre politische Vorstellung, der Staat müsse eine größere Rolle im Wirtschaftsgeschehen spielen und durch Interventionen, vor allem im sozialpolitischen Bereich, für zusätzliche Nachfrage sorgen, ließ sich mit dieser Theorie akademisch untermauern. Auch ökologische Positionen waren integrierbar, da Keynes die Frage offen ließ, welche Projekte durch staatliche Ausgaben ins Werk gesetzt werden sollten. Wenn ein „Rüstungskeynesianismus“ möglich war, warum dann nicht auch ein „Ökokeynesianismus“?¹¹ In der keynesianischen Theorie suchten nicht nur Sozialreformer, sondern ebenso umweltpolitisch orientierte Strömungen eine Legitimationsgrundlage.

Das gewerkschaftliche Interesse drängte vor allem auf eine Politik steigender Löhne. Allerdings passte die Vorstellung von Keynes, wonach die Reallöhne bei wachsender Produktion notwendig sinken müssten, überhaupt nicht zum gewerkschaftlichen Interesse und war entsprechend zu revidieren. Konsequenz war ein dem praktischen Interesse akkommodierter Keynes, der schon vor der großen Krise unter der Bezeichnung „linker Keynesianismus“

10 Jan Prieue (2002) unterscheidet „fünf Keynesianismen“: den originären Keynes, den Standardkeynesianismus (Hicks, Modigliani, Patinkin, Samuelson), den Neukeynesianismus (Clower, Leijonhufvud u. a.), den älteren Postkeynesianismus (darunter: Robinson, Kalecki, Tobin) und den modernen Postkeynesianismus (Shackle, Davidson, Minsky, Kregel, Eatwell).

11 Das *Memorandum 1997* (S. 216) weist auf diese Bandbreite hin.

bekannt war¹² und in steigenden Löhnen und Sozialreformen einen Beitrag zur Erhaltung des Gesamtsystems sah.

Ein solcher Keynesianismus wurde theoretischer Sammelpunkt für ein breites Spektrum politischer Bewegungen und Organisationen, die sich im Umfeld der 2007 einsetzenden großen Krise zusammenfanden, darunter globalisierungskritische Autoren von Attac, die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* (Memorandum-Gruppe), die Euro-Memo-Group, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gewerkschaftler und diverse Zeitschriften, darunter die *Blätter für deutsche und internationale Politik* und *Sozialismus*.

Auf die verschiedenen Theorie- und Politikvarianten kann hier nicht eingegangen werden. Im Vordergrund sollen Autoren der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* stehen, die seit 1977 regelmäßig zum 1. Mai ein Memorandum zur wirtschaftlichen Lage und zu den daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Empfehlungen veröffentlichen¹³ und durch zahlreiche Einzelbeiträge hervortreten. Entlang solcher Beiträge lassen sich Kontinuität und Bruch in der Theorieentwicklung gut nachzeichnen.

Eine theoretische Bruchstelle bildet die Neubewertung des Finanz- und Bankensektors, der in den älteren Memoranden kaum Gegenstand der Kritik war. Erst als während der 1990er Jahre der Finanz- und Bankensektor mehr und mehr zur Zielscheibe öffentlicher Proteste geworden war, nahmen die *Memorandum*-Autoren die Finanzmärkte und deren Akteure ins Visier der Kritik. Ihre bis dahin vertretene Unterkonsumtionstheorie erweiterten sie zu einer politischen Ökonomie der Finanzmärkte.

12 Wie Deutschmann (1973) zeigt, reichen die Wurzeln des „linken Keynesianismus“ bis Bernstein zurück; die Fundierung mithilfe der Keynes'schen Theorie erfolgte freilich erst später, in der Bundesrepublik Deutschland vor allem in den 1950er Jahren. Einzelheiten zu den historischen Entstehungshintergründen und zur wirtschaftstheoretischen Fundierung des linken Keynesianismus sind dieser kritischen Darstellung zu entnehmen.

13 „Die Arbeitsgruppe legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein ‚Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik‘ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Zusätzlich sind zahlreiche Stellungnahmen zu aktuellen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen erstellt worden. Mittlerweile gilt das Memorandum vielfach als ‚Gegengutachten‘ zum jährlichen Gutachten des ‚Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung‘ (der ‚Fünf Weisen‘). (<http://www.memo.uni-bremen.de/>).

Richtungweisend für die Diskussion war der im Dezember 2009 verstorbene Professor Dr. Jörg Huffs Schmid, Mitbegründer¹⁴ und prominenter Mitverfasser des jährlichen *Memorandums*, dazu Mitglied der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Eines seiner bekanntesten Bücher trug den bezeichnenden Titel *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Erschienen im Herbst 1999, erlebte es 2002 eine erweiterte und aktualisierte Edition. Dieses „epochale Werk“ (R. Hickel) avancierte zum zentralen Orientierungspunkt vor allem linksorientierter Krisenbetrachtungen. Inhaltlich ist es empirisch ausgelegt, verbindet „viele methodische Elemente miteinander“, wie andere Memorandum-Autoren wohlwollend vermerkten.¹⁵ Der Eklektizismus spielt eine große Rolle. Im Vordergrund steht die keynesianische Theorie, die abgewandelt und angereichert wird mit weiteren Theorieelementen, darunter der Marx’schen Theorie und der Monopoltheorie.¹⁶

Dieser Entwicklungsgeschichte folgend, thematisieren wir zunächst den traditionellen Kern, die Unterkonsumtionstheorie, und gehen erst später auf die Theorie vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ ein, in der die Unterkonsumtionstheorie eine neue Bedeutung erhalten sollte.

1. Nachfragelücke als Bezugspunkt der Unterkonsumtionstheorie und die Bedeutung der keynesianischen Theorie

Als Lord Keynes 1936 seine *Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes* veröffentlichte, hatte er die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 vor Augen, mit der auch die jüngste Krise immer wieder verglichen wird (Pressler 2013). Aristokratisch vorsichtig wandte er sich gegen die orthodoxen Gleichgewichtsökonomien, die versagt hätten, die schwere Krise vorherzusagen, wodurch ihr Ansehen geschmälert worden sei. Er konstatierte eine „mangelnde Übereinstimmung zwischen den Folgen ihrer Theorie und den Erfahrungstatsachen“, ein Widerspruch, „der dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, dass er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert, die er anderen Gelehrten zollt.“ (Keynes 1936: 28)

14 „Eine seiner größten Leistungen war zusammen mit Herbert Schui die Gründung der ‚Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik‘ im Jahre 1975“ (in: Huffs Schmid 2010: Vorwort, S. 19).

15 Zum Beispiel in: Huffs Schmid 2010: Vorwort, S. 16.

16 Die Elemente der Monopoltheorie, die in den *Memoranden* schon immer eine unterschwellige Rolle spielten, bleiben hier ausgeklammert und werden im Kapitel 2 ausführlich im Zusammenhang mit einer Kritik an Lucas Zeises Stamokap-Theorie diskutiert.

Um das ramponierte Ansehen seiner Zunft wieder herzustellen, musste die wirklichkeitsferne Doktrin, das Angebot schaffe seine eigene Nachfrage, beseitigt werden zugunsten einer Lehre, die eine Nachfragerücke als ökonomische Tatsache einräumte. Eine solche Annäherung an die Wirklichkeit war auch schon deshalb nötig, um den Staaten eine theoretische Rechtfertigung ihrer längst praktizierten Nachfragesteuerung zu geben.

Die wirksame Nachfrage, bestehend aus dem Betrag, „den das Gemeinwesen voraussichtlich verbrauchen wird, und [... aus] dem Betrag, den es voraussichtlich für Neuinvestitionen verwenden wird“ (Keynes 1936: 25) sei tendenziell nicht groß genug, um das gesamte Angebot aufzunehmen. Keynes sah den „Schlüssel“ zur Erklärung dieser Nachfragerücke in einem „psychologischen Gesetz“, wonach der Verbrauch weniger zunehme als das Einkommen.¹⁷ Die „Kluft zwischen der wirklichen und potenziellen Erzeugung“ würde sich deshalb mit fortschreitender Akkumulation immer mehr erweitern.

Dass Keynes mit dieser Psychologisierung das von ihm selbst angesprochene „Paradox der Armut mitten im Überfluss“ (Keynes 1936: 26) auf die psychische Natur des Menschen – gewissermaßen auf ein Naturgesetz – zurückführt, dass es also für den Menschen ein immerwährendes Schicksal bleiben wird, in Armut trotz Überfluss zu verharren, egal unter welchen historisch spezifischen Bedingungen eine Gesellschaft produzieren mag, kann hier nur kritisch angemerkt werden. Ebenso begnügen wir uns mit dem Hinweis, dass Keynes mit dieser Psychologisierung ökonomischer Widersprüche nicht auf der Höhe der ökonomischen Wissenschaft stand, die sich abseits der im Rampenlicht stehenden professoralen „Wissenschaft“ entwickelte. Er fiel nicht nur hinter Zeitgenossen zurück, sondern erreichte längst nicht das Niveau der Sismondischen Unterkonsumtionstheorie aus dem frühen 19. Jahrhundert, die das „Paradox der Armut mitten im Reichtum“ aus dem Missverhältnis zwischen der geschichtlich gewordenen und entsprechend überwindbaren kapitalistischen Produktion und der durch sie selbst bedingten antagonistischen Einkommensverteilung ableitete.

Wenn Keynes nicht Sismondi, sondern den „Plagiator Malthus“ (Marx) als denjenigen benennt, der mit dem „großen Rätsel der wirksamen Nach-

17 Der „sinkende Hang zum Verbrauch“ (1936: 77 ff.), formuliert als „psychologisches Gesetz“ (z. B. S. 25), kann – wie Keynes bemerkte – „aus psychologischen Eigenheiten der menschlichen Natur“ (S. 78; ähnlich S. 83 f.) abgeleitet werden. Neben dem „Hang zum Verbrauch“ hat Keynes auch die anderen entscheidenden Größen seines Systems, „die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ und die „Liquiditätspräferenz“ (S. 208) als „psychologisch bestimmt“ angesehen. Wegen einer solchen Psychologisierung ordnete Schumpeter die Keynes'sche Konjunkturbetrachtung den psychologischen Konjunkturtheorien zu.

frage“ (Keynes 1936: 28, 306 ff.) gerungen hatte, dann vielleicht deshalb, weil auch Malthus historisch spezifische Gesetze des Kapitalismus brutal zu Naturgesetzen erhob, darunter den niedrigen Lohn als ewig gültiges Naturgesetz der Bevölkerungsentwicklung.¹⁸ Und wie später Keynes forderte mehr als 100 Jahre zuvor Malthus, dass als Ersatz für die fehlende Nachfrage nicht etwa die Lohnabhängigen infrage kämen, sondern Käufer, die nicht zugleich Verkäufer sind. Bei Keynes gehört dazu die Verschwendungswirtschaft des Staates, der „das Bauen von Pyramiden“ veranlassen könnte. Auch Erdbeben, „selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren“, schrieb er; ebenso alte „Flaschen mit Banknoten (zu) füllen“, sie in geeigneten Kohlebergwerken zu vergraben, diese Kohlebergwerke dann mit „städtischem Kehrlicht“ zu füllen, um die Flaschen dann mühevoll ausgraben zu lassen, seien vernünftige Maßnahmen, um den Kapitalreichtum zu vergrößern. (Keynes 1936: 110)

Eine solche Verschwendungswirtschaft sollte betrieben werden bei niedrigerem Reallohn, der nicht höher sein könnte als das „Grenzerzeugnis der Arbeit“ (1936: 5), wie Keynes anknüpfend an das entsprechende Dogma der Neoklassik hervorhob. Das erste Postulat der klassischen Ökonomie „bedeutet, dass [...] Reallöhne und Produktionsmenge (und daher Beschäftigungsmenge) in einer einzigartigen Wechselbeziehung sind, so daß im allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Rate der Reallöhne gleichzeitig fällt. Ich bestreite daher diese wesentliche Tatsache nicht, welche die klassischen Ökonomen (ganz richtig) als unantastbar bezeichnet haben. [...] Wenn die Beschäftigung zunimmt, muß somit auf kurze Sicht die Entschädigung, je Arbeitseinheit in Lohngütern ausgedrückt, im allgemeinen fallen, und die Gewinne müssen zunehmen.“ (Keynes 1936: 15)

Bei Malthus sind die verschwenderischen Nachfrager die Grundbesitzer, Pensionäre, Sinekuristen, Pfaffen, der konsumierende Mittelstand. Die Kirche hat einen großen Magen, wie bei Keynes der Staat. Und die Voraussetzungen dafür sollen niedrige Reallöhne sein. Indem die Pfründner und Verschwender kauften, würden sie für die Kapitalisten den Profit schaffen. Wie aber solche Käufer in den Besitz der Kaufmittel kommen, sagt uns Malthus

18 „Sismondi kritisiert die kapitalistische Produktion, er greift sie wuchtig an, er ist ihr Ankläger. Malthus ist ihr Apologet. Nicht etwa in dem Sinne, dass er ihre Widersprüche leugnete, wie MacCulloch oder Say, sondern umgekehrt, dass er diese Widersprüche brutal zum Naturgesetz erhebt und absolut heiligspricht.“ (Luxemburg 1913: 182) Marx bezeichnete Malthus als Apologet der bestehenden englischen Zustände: „Wenn Malthus in Ricardo die Tendenz der kapitalistischen Produktion bekämpfte, die revolutionär gegen die alte Gesellschaft ist, so nahm er mit unfehlbar pfäffischem Instinkt nur das aus Sismondi, was reaktionär gegen die kapitalistische Produktion ist, gegen die moderne bürgerliche Gesellschaft.“ (MEW 26.3: 47 f.)

nicht, und die keynesianische Lösung des Problems, das Deficit-Spending (kreditfinanzierte Ausgaben), ist eine Scheinlösung, mit der das Problem um den Preis eines Staatsbankrotts in die Zukunft verlagert wird.

2. Nachfragelücke als Problem der Verteilung

Das Problem der Nachfragelücke wird auch vom *Memorandum* als Ursache der Krise angeführt. Im Unterschied zu Keynes spielt allerdings das „psychologische Gesetz“ keine Rolle. Die Autoren richten ihren Blick nicht auf die psychologische Natur des Menschen, sondern auf die ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft.

Als zentrales Problem sehen sie die unzureichende binnenwirtschaftliche Nachfrage. Da die Nachfrage nach Investitionsgütern immer nur eine abgeleitete Nachfrage sei, verschiebe sich das Problem auf die konsumtive Endnachfrage, auf den unzureichenden privaten Verbrauch und auf eine zu geringe Staatsausgabe.¹⁹ In dieser Argumentationsweise, die allerdings nicht immer stringenter durchgehalten wird, reduziert sich die von Keynes definierte Nachfragelücke – bestehend aus einer unzulänglichen Konsumgüter- und Investitionsgüternachfrage – auf eine „konsumtive Nachfragelücke“. (*Memorandum* 1984: 92)

Einerseits drückt sich darin die richtige Überlegung aus, dass die konsumtive Nachfrage stofflich und wertmäßig in einer gewissen Beziehung zur Produktionsmittelindustrie steht, welche den Input liefert, andererseits verleitet die Vorstellung von der bloß abgeleiteten Investitionsgüternachfrage dazu, die Expansionsfähigkeit des Kapitalismus zu unterschätzen oder deren Möglichkeit gar vollends zu leugnen.²⁰ Da das *Memorandum* die tiefer liegenden Probleme gar nicht thematisiert, wollen wir es bei diesem Hinweis belassen und bloß noch darauf hinweisen, dass sich Keynes an diese Problemstellung gar nicht herantasten konnte, weil er die stofflichen und

¹⁹ *Memorandum* 1984; *Memorandum* 2009: 16.

²⁰ Hier schwingt eine Debatte mit, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts hohe Wellen schlug. Die Ansicht von Tugan-Baranowski, als sei die Produktion von Produktionsmitteln von der Konsumtion unabhängig, bezeichnete Rosa Luxemburg (1913, 272), die „Königin der Unterkonsumtionstheorie“ (Sweezy), als eine „vulgärökonomische Luftspiegelung“. Auf der anderen Seite entwickelten die russischen Volkstümmler (Narodniki) auf der Grundlage einer zu engen Anbindung der Produktionsmittelindustrie an den Konsumsektor die schon historisch widerlegte These, dass sich der russische Kapitalismus wegen unzureichender Konsumgüternachfrage niemals ausdehnen könnte. Ein Überblick zu den in dieser Kontroverse auftretenden theoretischen Problemen findet sich bei Sweezy 1971: 187 ff.

wertmäßigen Proportionen des Reproduktionsprozesses systematisch ausblendete.

Ein wichtiger Punkt ist noch festzuhalten: Die Vorstellung von der bloß abgeleiteten Investitionsgüternachfrage führt in den *Memoranden* zu der wirtschaftspolitischen Empfehlung, dass die durch Staatsausgaben bewirkte Nachfrage möglichst nicht die Kapazität von Waren und Dienstleistungen erhöhen sollte, die von Privaten angeboten werden (z. B. *Memorandum 1997*: 216).

Eine „konsumtive Nachfragerücke“ kann immer nur entstehen, wenn vom Gesamteinkommen nicht genug für den Kauf von Konsumgütern ausgegeben wird. Bei Keynes ist das ein generelles, nicht zu überwindendes Problem einer jeden fortentwickelten Gesellschaft, die aufgrund des psychologischen Gesetzes mit wachsendem Einkommen verhältnismäßig weniger für Konsumgüter ausgeben würde. Die *Memorandum*-Autoren knüpfen formell an dieser Keynes'schen These von der abnehmenden Konsumneigung bei steigendem Einkommen an, stellen das Problem aber in einen anderen Zusammenhang, mit der Einkommensverteilung als dem zentralen Punkt. „Die hohen Einkommen sind jedoch im allgemeinen Gewinneinkommen, während die niedrigen Einkommen Lohneinkommen sind. Die Konsumausgaben hängen also von der richtigen Verteilung des Volkseinkommens in Gewinn und Lohn ab.“ (Bontrup 2010: 10) Je mehr die Einkommen nivelliert werden, desto größer werde also die gesellschaftliche Konsumneigung und desto höher seien die Konsumausgaben.

Hier haben wir die Grundlage für die in allen *Memoranden* enthaltene These, dass steigende Löhne und eine entsprechende Steuer- und Sozialpolitik zur Stärkung der Massenkaufkraft unbedingt notwendig sind, um die Krisen verursachende Nachfragerücke zu verkleinern oder vollständig zu beseitigen. Eine solche gewerkschaftlich und staatlich getragene Einkommenspolitik macht den Kern einer jeden linkskeynesianischen Politik aus.²¹

21 Dass diese linkskeynesianische Politik vom Kern her mit der Politik übereinstimmt, die Gewerkschaften und Sozialdemokraten in den 1970er Jahren und schon davor vertraten, wird in Erinnerung gerufen, wenn man die entsprechenden Ausführungen von Deutschmann (1973) heranzieht. Seine allgemeinen Ergebnisse sind in folgender Begriffsbestimmung enthalten: „Unter dem ‚linken Keynesianismus‘ sollen im Folgenden diejenigen Interpretationen der Keynes'schen Theorie verstanden werden, die in den von Keynes empfohlenen Maßnahmen der staatlichen Finanzpolitik oder einer ihnen entsprechenden Gewerkschaftspolitik einen Ansatzpunkt für die Realisierung eines Programms sozialer und demokratischer Reformen zugunsten der Arbeiterschaft sehen. [...] Der linke Keynesianismus – seine bekanntesten theoretischen Repräsentanten sind Kalecki, Kaldor, L. Klein, Joan Robinson und Strachey – konnte an frühere sozialdemokratische Unterkonsumtionstheorien, wie sie von Hobson und Lederer bereits vor der Weltwirtschaftskrise vertreten wurden, anknüpfen. Der gemeinsame Grundgedanke – und auch der Keynes'schen Theorie, wie die ‚linken‘

3. Illusionen des linken Keynesianismus

In der linkskeynesianischen Interpretation des Kapitalismus bräuchte es weder Krisen noch Arbeitslosigkeit zu geben, würde nur die falsche Politik der fallenden Lohnquote beendet. Durch eine Politik der Lohnerhöhungen sollen nicht nur die Interessen der Lohnabhängigen, sondern die Interessen aller, auch die der Unternehmer zur Geltung gebracht werden, da mit einer solchen Politik zur Stärkung der Massenkaufkraft Krisenursachen beseitigt würden und das Gesamtsystem stabilisiert werde. Die Einkommensumverteilung zugunsten der Lohnabhängigen würde, wie die Linkskeynesianer meinen, auf allgemeines Volksinteresse stoßen und stelle eine notwendige Maßnahme dar, um die gesamtwirtschaftliche Vernunft durchzusetzen. Wenn dennoch die Unternehmer höhere Löhne ablehnten, dann nur deshalb, weil sie einer falschen Theorie, der neoklassischen Lehre, anhängen und dadurch fehlgeleitet wären.

Diese linkskeynesianische Botschaft geht von einem Kapitalismus aus, der soweit gestaltbar sei, dass die Klassengegensätze und die Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion, vor allem der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, entfallen könnten, würde nur die richtige Politik gemacht.

Eine solche Hoffnung auf einen krisen- und konfliktfreien Kapitalismus widerspricht zunächst der Geschichte mit ihren zahlreichen Anläufen zur Reformierung des Kapitalismus. Sämtliche sozialdemokratische, gewerkschaftliche und basisorientierte Bewegungen sind gescheitert, durch Reformen einen sozial abgesicherten, harmonischen Kapitalismus einzurichten.

Schon die eigene Geschichte des *Memorandums* spricht dagegen. Als die Arbeitsgruppe 1975 mit ihren Alternativgutachten begann, war der Höhepunkt sozialreformerischer Verbesserungen gerade überschritten und die Konterreformen setzten ein. Trotz aller Argumente, die das *Memorandum* der Öffentlichkeit Jahr für Jahr bereitstellte und in zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen, Vorträgen etc. dafür warb, ließ sich die Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen nicht aufhalten. Die Geschichte des *Memorandums* fiel zusammen mit der Konterreform. Die nüchterne Politik des Kapitals zertrümmerte den „Nachkriegsreformismus“ (Huffschmid) und senkte die Lohnquote. Sie bediente sich gelegentlich ökologischer wie sozialdemokratischer Parteien, um mit deren Autorität die notwendigen Konter-

Keynesianer meinten – war die Erklärung der Krise aus dem Zurückbleiben der Konsumnachfrage hinter Produktionskapazitäten und Warenangebot, das sie vor allem auf den zu niedrigen Stand der Reallöhne zurückführten“. (Deutschmann 1973: 2 und 7)

reformen durchzusetzen. Die einstige deutsche Agendapolitik 2010 und die heutige Austeritätspolitik in den Krisenländern Europas liefern zeitnahes Illustrationsmaterial nicht nur für die Unfähigkeit des Kapitalismus, sich sozialreformerisch zu öffnen, sondern auch für den inneren Widerspruch des Systems, den Reichtum nur produzieren zu können auf der Grundlage von Armut und Entbehrung. Vor allem das durch die Konkurrenz exekutierte Gesetz des Kapitals, den Profit rücksichtslos zulasten der Lohnabhängigen zu steigern, lässt alle aufrechten Reformer zu jenem Sisyphos werden, der sich stets von Neuem abmühte, ein Felsstück auf einen Berg zu wälzen, von dem es immer wieder hinabrollte.

Die linkskeynesianische Botschaft beschönigt das Kapitalverhältnis, wenn sie die Vorstellung von der Reformierbarkeit verkündet. Sie täuscht sich in dreifacher Hinsicht:

Erstens hat es einen „Vollbeschäftigungskapitalismus“ – von historischen Speziälsituationen abgesehen – niemals gegeben, nicht weil die richtigen Einsichten und die guten Absichten dazu fehlten, sondern weil „Vollbeschäftigungskapitalismus“ ein Widerspruch in sich ist. Der Kapitalismus benötigt, wie Marx nachwies, eine „disponible industrielle Reservearmee“, um die „plötzliche Expansionskraft des Kapitals“ nicht zu blockieren und um die „aktive Arbeiterarmee“ zu disziplinieren und deren Ansprüche „im Zaum“ zu halten. Die „Despotie des Kapitals“ werde durch die vom Kapital stets neu geschaffene Arbeitslosigkeit vollendet. (MEW 23: 661 ff.)

Zweitens ist es eine Illusion zu meinen, der Kapitalismus ließe sich politisch soweit stabilisieren, dass keine Wirtschaftskrisen mehr auftreten. Zunächst einmal beruht der moderne Staat selbst auf dem kapitalistischen Eigentum. Dies ist seine eigene Voraussetzung und bildet die nicht zu überschreitende Grenze für all das, was er wirtschaftspolitisch tut. Seine wichtigste Aufgabe besteht gerade darin, das kapitalistische Eigentum zu schützen und zu fördern, also auch die Profitproduktion steigern zu helfen. Wie soll ein solcher Staat als Instrument zur Stärkung der Massenkaufkraft eingesetzt werden, der seiner Bestimmung nach das Gegenteil bewirken muss? Zudem ist der Staat finanziell in den Reproduktionsprozess des Kapitals eingebunden und unterliegt den daraus hervorgehenden Finanzierungsschranken.

Drittens enthält die linkskeynesianische Politik die Illusion, als wären im Bereich der Verteilung beliebige Änderungen möglich, ohne die Verhältnisse der Produktion ändern zu müssen. Die *Memorandum*-Autoren sehen in der Verteilung ein vom Produktionsverhältnis abgetrenntes Verhältnis und nicht dessen Spiegelbild. Dadurch sind sie blind für den antagonistischen Charakter der Verteilung, der durch das Produktionsverhältnis gesetzt wird und einer Politik der Einkommensnivellierung schroff entgegensteht.

Eine gewisse Ahnung davon, dass eine Änderung der Verhältnisse nur möglich ist, wenn auch die Produktionsverhältnisse entsprechend geändert werden, ist allerdings in den älteren *Memoranden* angedeutet. Die Autorengruppe formulierte vorsichtig den Verdacht, dass die kapitalistische Form des heutigen Reichtums die niedrigen Löhne, also die Armut der lohnabhängigen Massen, zur Voraussetzung habe und dass Vermehrung eines solchen Reichtums nur auf der Grundlage von Armut und Entbehrenen möglich sei. Deshalb ihre damalige Forderung nach Eingriffen in die Produktion selbst, bis hin zu einer Beseitigung des Profitsystems und zu einer planwirtschaftlichen Regulierung der Produktion.²²

Heute ist der Gedanke eines grundlegenden Systemwandels aus den *Memoranden* verschwunden. Man hat sich mit der kapitalistischen Ökonomie arrangiert und steckt im keynesianischen Denken des Systemerhalts fest. Die Kritik der *Memoranden* fällt gemäßigt aus, betrifft Teilbereiche und dann immer mit der Zielrichtung, die kapitalistische Welt zu stabilisieren, die zudem schöneredet wird, indem man die Illusion der Reformierbarkeit produziert. Zugleich wird der früher gezeißelte Verteilungsantagonismus seiner Widersprüchlichkeit entkleidet, sodass er einen über den Klassen stehenden harmonischen Kern zu enthalten scheint, den das heutige *Memorandum* mit Forderungen nach höheren Löhnen als Mittel einer Befreiung auch der Unternehmen von den schädlichen Krisen zur Geltung bringen möchte.

4. Mythos „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“

Der Trend hin zur Vulgarisierung der Krisentheorie und zur Beschönigung kapitalistischer Akkumulationsprozesse verstärkte sich, als sich die *Memorandum*-Gruppe Ende der 1990er Jahre mit der Frage auseinandersetzte, welche Rolle die expandierenden Finanzmärkte und deren Akteure, vor allem die Banken, im Krisengeschehen spielen. Man griff dazu gelegentlich auf monetäre Krisenerklärungen zurück, mit denen u. a. die Österreichische

22 Das *Memorandum* (1980) (ausführlicher noch im *Memorandum* [1978]) fordert, „gesellschaftliche Planungs- und Lenkungsprozesse und -institutionen neben und gegen die Entscheidungsprozesse und -zentren der Privatwirtschaft durchzusetzen und damit den erneuten Krisengefahren gegenzusteuern.“ Zu den Forderungen gehören: eine „gesellschaftliche Rahmenplanung, Wirtschafts- und Sozialräte, Vergesellschaftung“. Hinweise auf eine solche systemüberwindende Strategie findet man noch im *Memorandum 1984*: „Diese Politik (gemeint sind staatliche Ausgabenprogramme, höhere Löhne, eine bessere Lebensqualität, Arbeitszeitverkürzung) muß jedoch in eine Strategie der Neugestaltung des gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses eingebettet werden. Die Ausrichtung dieser Umstrukturierung haben wir in den bisherigen Memoranden als Vergesellschaftung gekennzeichnet.“

Schule die Spekulationsorgien und Fehlallokationen von Kapitalströmen im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 als marktwidriges Verhalten der Banken zu deuten versuchte. Dieser Betrachtungsweise ist das Dogma von der prinzipiellen Stabilität kapitalistischer Warenproduktion und Warenzirkulation eingebrannt. Sie enthält also die Vorstellung, dass der kapitalistische Kernprozess effektiv und krisenfrei funktioniere, sofern er nicht durch ein Fehlverhalten von Finanzakteuren gestört werde. Indem die *Memorandum*-Autoren an ein solches Erklärungsmuster punktuell anknüpften, versperrten sie sich den Weg, nach tieferen Ursachen der Krise zu forschen. Der Finanzmarkt mit seiner scheinbar ungeheuren Größe, mit seinen Regulierungsmängeln, mit seinen Spekulationsblasen, mit seinen gefährlichen Finanzprodukten und seinen machtvoll wie gierig operierenden Akteuren wurde zu einem wichtigen Punkt in der Krisenerklärung.

Externalisierung des Krisengeschehens

Mit den Wortkombinationen „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“, „finanzdominierter Kapitalismus“, „Finanzmarktkapitalismus“ oder „finanzinvestorengetriebener Kapitalismus“, eine Formulierung, die Jörg Huffschnid vorzugsweise verwendete, werden schon sprachlich die treibenden und damit zugleich auch die zerstörerischen und Krisen verursachenden Kräfte des Kapitals in die Finanzmärkte ausgelagert bzw. zu einem Attribut der Finanzakteure gemacht. Huffschnid verbindet mit seiner Formulierung folgende inhaltliche Vorstellung:

Während des Industriekapitalismus seien die Unternehmer und Manager noch die entscheidenden Akteure gewesen, deren Finanzierungsbedarf die Finanzmärkte prägte. Jetzt verhalte es sich umgekehrt. Eine Fülle von Finanzvermögen stehe einer relativ schrumpfenden Palette von rentablen Anlagemöglichkeiten gegenüber. Nicht mehr die Unternehmer und Manager suchten Geld zur Finanzierung ihrer Investitionen, sondern die Geldbesitzer suchten Möglichkeiten für ein rentables Finanzinvestment. „In dieser Situation finanzieller Überakkumulation treten Finanzinvestoren zunehmend als zentrale Akteure an die Stelle einzelner Unternehmer oder Manager.“²³

23 Huffschnid 2010: 55. Ähnliches bei Bischoff (2006: 38f.), wenn er die „finanzmarktgetriebene Akkumulation“ dem früheren „Manager-Kapitalismus“ gegenüberstellt. „In der Phase des Manager-Kapitalismus waren die Aktionäre breit gestreut und nur partiell organisiert. ... Jetzt sind die organisierten Vermögensverwalter das Zentrum des Machtgefüges“. Diese konkurrierten untereinander um die Gunst der Anleger. „Über die Konkurrenz auf den Finanzmärkten überträgt sich die Konkurrenz auf die Produktionsunternehmen, die zu einer Optimierung der Kapitalrenditen und des Unternehmenswerts gedrängt werden.“ Aus „den Betrieben“ würden „überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten.“ (S. 15) In

Abgesehen davon, dass in dieser Argumentation etliche Widersprüche und ökonomisch wenig plausible Behauptungen enthalten sind, worauf später noch einzugehen ist, erhält der in Produktion und Handel fungierende Unternehmer eine Nebenrolle. Er ist nicht mehr der selbstständige Funktionär seines Kapitals, das er durch Ausplünderung seiner Beschäftigten verwerten muss, will er in der Konkurrenz bestehen, sondern eine Art abhängig Beschäftigter, der mit seinen Arbeitern und Angestellten das schwere Los teilt, von den Finanzinvestoren angetrieben und von außen her beherrscht zu werden. Ein Pakt von sogenannten „Belegschaften“ mit „ihren“ jeweiligen Geschäftsführungen zur Abwehr externer Störfaktoren ist ideologisch vorbereitet.

Eine plausible Erklärung, wie eine solche Herrschaft vermittelt wird, bleibt uns Huffschmid schuldig. Unter dem Stichwort Shareholder-Value-Orientierung schreibt er (2010: 55f., 88): „Sie (institutionelle Anleger) erzwingen die ausschließliche Konzentration auf die Maximierung der Gewinne“. Finanzinvestoren würden „Renditeziele“ für die Unternehmen aufstellen und könnten sich bei Nichteinhaltung „durch Verkauf ihrer Anteile jederzeit aus dem Unternehmen zurückziehen, und diese Exit-Option verschafft ihnen Druckpotenzial.“

Huffschmid löst die Renditeziele vom fungierenden Kapital ab, was implizit bedeutet, dass er die Kapitalbestimmungen in der Produktionswirtschaft nicht wahrhaben möchte. Der kapitalistische Produktionsprozess als Einheit von Arbeitsprozess und Verwertungsprozess wird nur noch unter dem Blickwinkel des Arbeitsprozesses gesehen. In Wirklichkeit sind es die Unternehmen selbst, die als Träger der Kapitalbewegung ihre „Renditeziele“ aufstellen. Das tun sie generell, egal ob sie als Aktiengesellschaft oder als Personengesellschaft fungieren und unabhängig davon, wie sie sich finanzieren. Denn das fungierende Kapital selbst enthält diesen Profitzwang, der gerade nicht von außen kommt.

Die andere Vorstellung, die „Exit-Option“ könnte gleichfalls Machtmittel sein, enthält die falsche Vorstellung, als würde der Verkäufer eines

ähnlicher Weise verwischt Altvater (2005: 114f.) die Kapitalbestimmungen des Produktionsprozesses. „Dieser Druck der Finanzen auf die reale Ökonomie könnte als ‚financial repression‘ bezeichnet werden. [...] Darüber hinaus führt die Dominanz des Prinzips des Shareholder-Value, d.h. der Finanzierung von Unternehmen über die Wertpapiermärkte, dazu, dass die Unternehmensleitungen den Interessen der Investmentfonds, Banken und Versicherungen dienen.“ Und später heißt es: „Die neuen Akteure sind Pensions- und Investmentfonds, Private Equity und Hedgefonds, Versicherungsgesellschaften und diverse Zweckgesellschaften, die mit großartigen Renditeversprechen die Ersparnisse der vermögenden Bevölkerungsgruppen an sich ziehen wollen“ (Altvater 2010: 56f.).

Wertpapiers schon durch seine bloße Verkaufsabsicht Druck auf das Unternehmen ausüben, das der Emittent des Wertpapiers war. Das ist aber nicht der Fall. Wird ein Schuldtitel verkauft, dann geht die darin enthaltene Forderung lediglich vom Verkäufer auf den Käufer über; für den Schuldner ändert sich nichts. Wie sollte durch solch einen Eigentümerwechsel des Schuldtitels Druck auf diejenigen ausgeübt werden, der mit dem Händewechsel gar nichts zu tun hat?

Die behauptete Vormachtstellung der Finanzinvestoren lässt die im funktierenden Kapital selbst steckenden Widersprüche verblassen. Auf diese Weise wird dessen eigene Krisenhaftigkeit zumindest in einem gewissen Umfang den Finanzinvestoren angelastet und damit externalisiert. Huffschmid (2010: 76f.) weist darauf ausdrücklich hin, wenn er schreibt: „Die Herausbildung und sich allmählich festigende Vormacht der Finanzinvestoren bei der Steuerung kapitalistischer Entwicklung führt zu neuer Instabilität, nicht nur in Form von Spekulationsblasen und -krisen, sondern auch zu größerer Instabilität der Arbeits- und sozialen Verhältnisse. Es findet eine starke Machtverschiebung zugunsten des Kapitals statt, die mit einer Aushöhlung sozialer Rechte und der politischen Demokratie verbunden ist.“

Durch die „Vormachtstellung der Finanzinvestoren“ sollen die „neuen Instabilitäten“ erst entstanden sein, so als hätten sie mit den Widersprüchen und Gegensätzen der kapitalistischen Warenproduktion und Warenzirkulation, d. h. mit dem eigentlichen Kernprozess, gar nichts zu tun. Das Krisengeschehen ist zumindest teilweise externalisiert.²⁴

Gleiches gilt für die Stabilität der „Arbeits- und sozialen Verhältnisse“ und für die „sozialen Rechte und der politischen Demokratie“. Größere Instabilitäten und die „Aushöhlung“ der Rechte verbindet Huffschmid gerade nicht mit dem gewöhnlichen Kapitalverhältnis, das im „Industriekapitalismus“ steckt, sondern mit dem Machtgewinn der Finanzinvestoren. Alles Verwerfliche scheint von außen zu kommen, verursacht durch die „Vormacht der Finanzinvestoren“.

24 Diese Externalisierung des Krisengeschehens, die die Vorstellung von einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus enthält, ist zu einem generellen Zug linker Krisentheorie geworden. „Obendrein zeigen die Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte“, schrieb Altwater (2005: 114) noch vor Beginn der großen Krise, „wie instabil das ‚finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime‘, wie krisenhaft die entbetteten und entfesselten Finanzmärkte sind. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die finanziellen Belastungen der realen Ökonomie und Gesellschaft in vielen Fällen eine Überforderung der Leistungsfähigkeit bei der Produktion des Überschusses bzw. Mehrwerts darstellen.“

Mit dieser Vorstellung, die im Begriff vom „finanzinvestorengetriebenen Kapitalismus“ steckt, wird der kapitalistische Kernprozess schönigt. Entkleidet seiner eigenen hässlich-kapitalistischen Gestalt scheint er kaum noch krisenhaft zu verlaufen. Die Schwierigkeiten, die dennoch auftreten, werden stattdessen den Finanzinvestoren in die Schuhe geschoben.

Vorwärts in die Vergangenheit!

Durch die Fokussierung auf die Finanzmärkte schrumpft die allgemeine Kapitalismuskritik auf eine partielle Kritik zusammen. Finanzmärkte, Banken und andere Finanzakteure werden kritisiert und sollen bekämpft werden, nicht aber das Kapitalverhältnis selbst.

Eine solche partielle Kritik führt konsequenterweise zu einem gleichfalls beschränkten Reformkonzept. Der Kern der politischen Empfehlung besteht durchgängig darin, die „neoliberale Deregulierungspolitik“ vor allem des Finanz- und Bankensektors wieder rückgängig zu machen, um auf diese Weise den geschichtlich untergegangenen „Reformkapitalismus“ in die Gegenwart zurückzuholen. Die heutigen Probleme sollen gelöst werden mit den wirkungslosen Rezepten der Vergangenheit. Den Kern eines solchen Ratschlags hat Huffschmid (2002: 201 f.) schon vor dem Ausbruch der großen Krise formuliert, als er schrieb:

Die vordringliche Aufgabe einer Reform der Finanzmärkte bestehe darin, „durch ihre vorbeugende Stabilisierung den Ausbruch weiterer Finanzkrisen zu verhindern und darüber hinaus die Unterwerfung der Gesellschaft unter die ‚Herrschaft der Finanzmärkte‘ zu beenden, hinter der nicht nur große Finanzkonzerne, sondern ein ganzes Projekt gesellschaftlicher Gegenreform steht. Diese Reform soll den Finanzsektor wieder auf seine wesentliche Aufgabe der externen Finanzierung von Investition und Produktion sowie langfristiger privater Vermögensbildung zurückführen.“ Zu Huffschmids Forderungen gehört die Reduktion des Bankgeschäfts auf das Kernbankensystem, von dem das Investment-Banking abgeschnitten und drastisch reduziert werden soll. Das ist eine durchgängige Forderung, die auch im aktuellen *Memorandum* enthalten ist und die – wie unser Exkurs zeigen wird – inzwischen auch die Ebene der Gesetzgebung erreicht hat.

Memorandum 2013

„Zwingend erforderlich ist ein ursachengerechtes Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte, das vier wesentliche Ziele haben muss: *Erstens* müssen die Regulierungen dazu führen, dass zukünftig Finanzmarktkrisen in der aktuellen, für die Gesamtwirtschaft heftigen Dimension ausgeschlossen sind. Damit verbunden müssen *zweitens* die gewaltigen Mengen an Spekulationsgeldern in reale Investitionen der Volkswirtschaft umgelenkt werden. *Drittens* müssen die Regulierungen dazu führen, dass das Finanzsystem wieder eine dienende, d.h. rein unterstützende Funktion für die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft wahrnimmt. Und *viertens* muss die Abhängigkeit der Staaten bzw. der Zivilgesellschaft von den Finanzmärkten durchbrochen werden.“

Konkret gefordert werden:

„Ein Finanz-TÜV muss geschaffen werden, der Finanzmarktakteure und insbesondere Finanzprodukte auf ihre Nützlichkeit überprüft. ...

Das rein spekulative Investmentbanking ist organisatorisch vom realen Bankgeschäft zu trennen. ... das spekulative Investmentbanking (muss) möglichst auf null geschrumpft werden. ...

Zwingend erforderlich ist eine Regulierung der Hedge Fonds und weiterer Schatteninstitute wie Geldmarktfonds u. ä.

Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist überfällig.

Die Macht der Ratingagenturen ist zu beseitigen.

Zusätzlich bedarf es der Ausgabe von gemeinsamen Euro-Bonds, um die Zinslasten der Länder zu senken.“ (S. 242 f.)

5. Doppelte Umverteilung als Folge neoliberaler Politik

Huffschmid (2002: 124ff.) führt den Übergang vom „Industriekapitalismus“ zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ vor allem auf den in den 1970er Jahren einsetzenden Politikwechsel zurück. Statt den „progressiven Reformrahmen zu stärken und zu vertiefen“, sei dieser schrittweise liquidiert worden. An die Stelle der „binnenorientierten selbstbestimmten Entwicklung mit (hegemonial) kooperativ gestalteten Außenbeziehungen trat das Modell des durch unregulierte weltweite Konkurrenz fremdbestimmten Entwicklungsrahmens, den nationale Politik nicht gestalten kann, an den sie sich vielmehr bei Strafe des Untergangs anzupassen hat.“ Mit der Liquidierung des Nachkriegsreformismus sei die „Befriedigung sozialer Ansprüche nicht mehr das Ziel des Wirtschaftens“. Der gemütlliche, sozialverträgliche

Vollbeschäftigungskapitalismus soll vor allem durch die Deregulierung des Finanz- und Bankensektors zerstört worden sein, woraus sich die Empfehlung ableitet, durch entsprechende Konterreformen zum „Nachkriegsreformismus“ zurückzukehren.

Mit der „neoliberalen Gegenreform“, so die These weiter, sei der nötige Druck auf die Lohnquote entstanden, die seit Mitte 1970 in beinahe allen Industrieländern aufgrund einer marktbezogenen Änderung der primären Verteilung und einer zusätzlichen Umverteilung durch die Steuer- und Sozialabgabenpolitik zugunsten der Kapitaleinkünfte gefallen sei. Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben habe zu einer „Ansammlung von Gewinnen und Einkommen an der Spitze der Gesellschaft geführt, die wegen der geringen Konsumneigung der oberen Schichten nicht in den reproduktiven Kreislauf zurückgelenkt, sondern stattdessen auf den Finanzmärkten akkumuliert wurde.“ (Huffs Schmid 2010: 75)²⁵

In dieser Argumentation taucht die Konsumlücke wieder als Stagnationsgrund auf, verbunden mit der Vorstellung, das Geld sei in den Finanzsektor geflossen und habe dort zu einer überschüssigen Nachfrage geführt.

Hinter dieser Vorstellung steht eine einzelwirtschaftliche Sicht. Denn ein Unternehmer mag seinen realisierten Profit größtenteils für den Kauf von Anleihen, Aktien etc. verwenden, wenn aber alle Gleiches täten, würde die Voraussetzung für einen solchen „Geldabfluss“ zerstört. Denn wie sollte der Unternehmer seinen Profit realisieren, wenn andere Unternehmen sich weigerten, ihren versilberten Profit für den Kauf von Waren in die Zirkulation zu werfen. Die Realisierung des eigenen Profits setzt den Verkauf der Waren voraus. Nur wenn die Einkommen im „produktiven Kreislauf“, d. h. nachfragewirksam bleiben, kann die Reproduktion einigermaßen glatt verlaufen, sodass „hohe Profite“ realisiert werden können.

Huffs Schmid (2002: 173 ff.) hebt die „stagnationsgetriebene Finanzakkumulation“ hervor. Aber selbst wenn eine wirtschaftliche Stagnation, also die Reproduktion auf gleich bleibender Stufenleiter unterstellt wird, muss der realisierte Profit in vollem Umfang nachfragewirksam werden, in diesem Fall als Konsumnachfrage. Eine „Ansammlung von Gewinnen und Einkommen“ (sprich ein Horten des Geldes, ohne dass es für den Kauf von Waren ausgegeben würde) findet nicht statt. Würden demgegenüber einige Kapitale anfangen, ihre realisierten Profite nicht wieder als Mittel für den Kauf von Waren zu verwenden, ohne dass andere (konkurrierende) Kapitale

25 Huffs Schmid (2010: 54) spricht gelegentlich von „Megatrends“ und führt neben der Umverteilung und den Deregulierungsmaßnahmen noch den „Trend zu kapitalgedeckten Rentensystemen“ an.

ihre Nachfrage entsprechend ausweiteten, würde die Wirtschaft wegen fehlender Nachfrage in eine Rezessionsspirale geraten. Die Folge wäre, dass ein Teil der als Einkommen realisierbaren Warenwerte entwertet würde. Statt Gewinne anzuhäufen und in die Finanzsphäre zu transferieren, würden sie noch in der Warenform vernichtet. Wie man die Dinge drehen und wenden mag, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist eine Aufblähung der Finanzmärkte als Folge ökonomischer Stagnation nicht möglich.

6. Was heißt „finanzielle Überakkumulation“?

Mit dieser Kritik gerät die Vorstellung von der „finanziellen Überakkumulation“ ins Wanken, die Huffs Schmid anführt, um die Besonderheit des „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ zu begründen. Sein Argument, dass einem Überfluss an Finanzvermögen eine „relativ schrumpfenden Palette von rentablen Anlagemöglichkeiten“ gegenüberstehe, trägt schon nicht mehr, wenn gesamtwirtschaftlich betrachtet die „stagnationsgetriebene Finanzakkumulation“ gar nicht erst zustande kommt. Das „reichlich vorhandene Geld“, das die Finanzakteure so mächtig werden lassen soll, kann jedenfalls nicht aus dem „produktiven Kreislauf“ stammen. Wenn aber die „finanzielle Überakkumulation“ nicht, wie Huffs Schmid meint, aus einem Zufluss von Gewinnen und Einkommen bestehen kann, was macht dann ihren Inhalt aus?

Tatsächlich existiert der aufgeblähte Finanzsektor gar nicht in einer Ansammlung von Geld, sondern aus diversen Wertpapieren, die auf den Finanzmärkten gehandelt werden, darunter Aktien, Anleihen, Geldmarktpapiere, Derivate etc. Solche Wertpapiere bestehen in einem Anspruch auf Geld, ohne selbst Geld zu sein. Ein Anspruch auf Geld kann die Menge des Geldes ebenso wenig vermehren, wie ein Anspruch auf einen Ferienplatz die Zahl der Ferienplätze oder der Anspruch auf einen Kitaplatz die Zahl der Kitaplatze vermehrt. Der Anspruch auf eine Sache verdoppelt diese nicht. Beides ist voneinander zu unterscheiden.

Werden beispielsweise Aktien oder Anleihen emittiert und erfolgreich platziert, dann vergrößert sich die Menge handelbarer Wertpapiere. Finanztitel werden tatsächlich akkumuliert. Geld fließt auch, allerdings nicht in den Finanzsektor, sondern vom Zeichner der Wertpapiere hin zum Emittenten, der Kreditnehmer ist. Sollte der Emittent ein Industrie- oder Handelsunternehmen sein, dann fließt Geld in den „produktiven Kreislauf“, wenn es beispielsweise von einer Fondsgesellschaft oder einer Versicherung stammt. Oder es fließt von einem Teilnehmer des produktiven Kreislaufs hin zu dem Unternehmer, wenn z. B. ein Industrieller sein vorübergehend nicht benötigtes Geld in Kreditpapieren anlegt.

Zum Maßstab einer „finanziellen Überakkumulation“

Der Begriff Überakkumulation von Finanzvermögen setzt einen Maßstab voraus, an dem das Zuviel gemessen wird, das als Überakkumulation formuliert ist. Der bloß empirische Hinweis auf das schnellere Wachstum des Finanzsektors im Vergleich zur Warenproduktion hilft nicht weiter, da die stärkere Zunahme der Finanzprodukte durch ökonomische Umstände bedingt sein kann, die keineswegs ein Zuviel beinhalten.

Beispielsweise gehört es zum Charakter des Kreditsystems, dass dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Lieferantenforderungen, Hypotheken-, Automobil- und Konsumentendarlehen – früher unauffällige Posten der Buchführung – wurden durch ihre Verbriefung aus ihrem verborgenden Dasein hervorgeholt. Sie mehrten die Masse der Wertpapiere an den Finanzmärkten. Zugleich lösten die Finanzinstitute mit ihren Forderungskäufen weitere Verbriefungsaktionen aus, als sie zu ihrer eigenen Finanzierung Commercial Papers oder andere Schuldtitel ausgaben. Vielfältige Derivate, die Zins-, Währungs-, Preis-, Kursschwankungen, Kreditausfallrisiken etc. absichern, blähten schließlich das fiktive Kapital weiter auf. Zudem wurde die Zahl handelbarer Wertpapiere dadurch vermehrt, dass sich Unternehmen durch die Emission von Aktien, Anleihen oder Geldmarktpapiere über den Kapitalmarkt finanzieren, statt Bankkredite aufzunehmen.

Dass es sich bei einer solchen Aufblähung des Finanzsektors keineswegs um eine neue Qualität des Kapitalismus handelt, sondern um eine Tendenz, die mit dem Kreditsystem selbst verbunden ist, soll hier nur mit einem flüchtigen Hinweis auf zwei Zeitzeugen des 19. Jahrhunderts angedeutet werden.

„Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems“, schrieb Marx im dritten Band des *Kapital* (MEW 25, 488), „scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweis zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschieden Formen erscheint.“ Diese Verdopplung und Verdreifachung, fügte Engels hinzu, habe sich in den letzten Jahren (gemeint ist Ende des 19. Jahrhunderts) „bedeutend weiterentwickelt“. Er verweist auf die Financial Trusts, die den Kauf von Wertpapieren durch die Herausgabe von Aktien finanzieren würden.

Steigert eine „finanzielle Überakkumulation“ die Macht der Finanzinvestoren?

Nehmen wir für einen Augenblick einmal an, eine „finanzielle Überakkumulation“ läge tatsächlich vor. Wäre das eine Quelle von Macht für die entsprechenden Finanzinvestoren, wie Huffschmid behauptet? Aus der Krisen-

theorie ist gut bekannt, dass eine Überakkumulation durch Entwertung gelöst wird, also durch Vernichtung des entsprechenden Kapitals. Statt mächtig zu werden, gerieten die Finanzinvestoren in ökonomische Schwierigkeiten, würde sich eine „finanzielle Überakkumulation“ abzeichnen. Das Zuviel an akkumulierten Finanztiteln würde entwertet.

Bestünde die Überakkumulation nicht in Wertpapieren, sondern in Anlage suchendem Leihkapital, dann würden Industrie- und Handelsunternehmen von dieser Marktkonstellation profitieren. Da sie für sich selbst nur wenig Finanzierungsmittel für Investitionen benötigen, wie Huffschmid herausgefunden zu haben meint, hätten sie als Kreditnehmer einen erheblichen Konkurrenzvorteil. Statt Finanzinvestoren ausgeliefert zu sein, würde ihre ökonomische Macht zunehmen.

Die geänderte Marktkonstellation, die Huffschmid als Grund für den „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ anführt, läuft also auf das direkte Gegenteil von dem hinaus, was er behauptet. Auf ihrer Jagd nach immer knapper werdenden rentablen Anlagemöglichkeiten wären die Anbieter von Geldkapital ökonomisch zu immer weiterreichenden Zugeständnissen gezwungen, nur um ihre Geldschwemme irgendwie unterzubringen. Statt über den fungierenden Unternehmen zu thronen, würden sie keine Gelegenheit auslassen, sich mit ihren Konditionen zu unterbieten.

7. Das Elend der alternativen Politikberatung

Im Zusammenhang mit der Umverteilungsthese des *Memorandums* wurde bereits die Kritik vorgebracht, dass eine Politik der Einkommensnivellierung auf ökonomische Grenzen stößt, die durch das zugrunde liegende Produktionsverhältnis gesetzt sind. Zugleich bildet das dazu gehörende kapitalistische Eigentumsverhältnis die Grundlage und Grenze für den Staatsinterventionismus. Ohne grundlegende Veränderung beider Verhältnisse bleibt die Politik der Einkommensnivellierung und der Krisenbekämpfung eine Utopie.

Da die *Memoranden* schon von ihrer Entstehungsgeschichte her immer als Alternative zur Regierungspolitik und deren Berater formuliert wurden, gehört die gestaltende Alternativpolitik gewissermaßen zum eigenen Wesen, also immer auch die Vorstellung, dass der Staat auf Grundlage bestehender Produktionsverhältnisse eine sehr unterschiedliche Politik machen kann. Der Name *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, den sich die Autoren des *Memorandums* einst gaben, steht für dieses Programm alternativer Politikberatung. Es hätte diesem Programm widersprochen, wenn durch eine grundlegendere Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie die Grenzen des Staatsinterventionismus problematisiert worden wären. Des-

halb fand eine solche Analyse auch nicht statt. Vielmehr wurde unterstellt, dass der Staat über erhebliche Gestaltungsspielräume verfüge, die jedenfalls groß genug seien, um eine alternative Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Das Bestreben, dem Staat eine „gestaltende Alternativpolitik“ als Heilmittel für die ökonomischen und dann auch politischen Schwierigkeiten anzubieten, formte das Staatsverständnis.

Zugleich wurde der Blick auf die Wirtschaftskrise verstellt. Ökonomische Gesetze, die zwangsläufig Krisen, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheiten etc. hervorbringen, darf es nicht geben, soll alternative Politikberatung noch sinnvoll sein. Für die *Memorandum*-Autoren können deshalb die letzten Entstehungsgründe der Krise immer nur jenseits ökonomischer Zwänge existieren, nämlich in einer Falschen, z. B. neoliberalen Politik, oder in einem Fehlverhalten von Banken, Fonds, Manager, Spekulanten.²⁶ Auch Huffschmid wiederholter Hinweis auf die „neoliberalen Gegenreformen“ als die Voraussetzung für den „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ ist in letzter Konsequenz eine politische Erklärung des heutigen Krisengeschehens.²⁷

26 Die Finanzmarktkrise, heißt es im *Memorandum 2009* (S. 19f.), sei ausgelöst worden durch den „Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für zweitklassige Hypotheken. Dem war eine jahrelange und immer hemmungslosere Spekulation auf den [...] Finanzmärkten vorangegangen [...] Zur Wucht dieser Spekulationswelle trugen zum einen die Gier, der Größenwahn und die teilweise kriminelle Energie von Managerinnen und Manager des Finanzsektors bei.“ Auch Greenspans Niedrigzinspolitik von Anfang 2003 wird die Schuld gegeben (*Memorandum 2009*: 88; *EuroMemo 2008/09*: 14), ebenso den US-Hypothekenbanken, „die mit dubiosen Verträgen das Interesse am Kauf von Häusern in dieser Billigzinsphase ausgenutzt haben.“ (ebd.)

Schon zuvor hatte Huffschmid etliche Ausflüge in die monetäre Konjunkturtheorie unternommen, die alle Krisen extern erklärt als Folge von Vorgängen im Kredit- und Bankensektor. So führt er die „Kreditschöpfung“ an, mit der Banken mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stellen könnten, als zuvor von der Gesellschaft gespart worden sei. (Huffschmid 2002: 30) Für die Österreichische Schule war das ein Argument, die Überinvestition zu erklären. Ebenso wird immer wieder auf „hemmungslose Spekulationen“ verwiesen, die beispielsweise in Japan „Anfang der 1990er Jahre zu einer Welle von Bankzusammenbrüchen und einer dramatischen Finanzkrise“ geführt hätten. (2002: 20) Nicht der innere Widerspruch kapitalistischer Produktion, sondern ein Fehlverhalten der Banken muss herhalten, um die Finanzkrise zu deuten, wenn Huffschmid (2002: 21) wenig später schreibt: „Wenn Banken oder andere Finanzunternehmen aus Gier und kurzfristigen Gewinninteressen unsachgemäß mit den Institutionen einer modernen Geldwirtschaft umgehen, kommt es zu Finanzkrisen.“

27 Die linke Krisentheorie greift auf eine solche politische Erklärung immer wieder zurück. Im *Memorandum 2013* (S. 29) heißt es rückblickend: „Der Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007/2008 machte überdeutlich, dass das neoliberale Konzept der Deregulierung der Finanzmärkte gescheitert ist.“ Bei Bischoff (2006: 20) heißt es: „Der Kernpunkt ist die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 70er Jahre. [...]

Der Zweck, dem Staat alternative Politikvorschläge zu machen, verstellt nicht nur den Blick auf die staatlichen Handlungsmöglichkeiten und auf das Krisengeschehen, auch die Frage, welche Theorie als Legitimationsgrundlage herangezogen wird, ist von diesem Zweck bestimmt. Eine solche Theorie darf nicht zu den „Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell oder Major Douglas“ (Keynes 1936: 28) gehören, von denen sich Keynes schon deshalb abgrenzen musste, um seine Politikfähigkeit nicht zu verlieren, d. h. nicht als Ratgeber des Staates verstoßen zu werden. Die theoretische Legitimationsgrundlage muss vor dem Richterstuhl des Staates, der „kompetent“ beraten werden möchte, unbedingt als seriös gelten und sie muss relevant sein.

All diese Bestimmungen treffen auf die keynesianische Theorie zu. Dass die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* nicht die Neoklassik zur Legitimation ihrer Politikberatung ausgewählt hat, hängt mit ihrer Verankerung im gewerkschaftlichen Umfeld und im Umfeld von Basisbewegungen (z. B. Attac) zusammen. Wie man sehen konnte, musste die keynesianische Theorie vor allem in der Frage der Lohnhöhe passend gemacht werden, bevor sie als Legitimationsgrundlage für gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik eingesetzt werden konnte. Darin bestand gerade das Besondere des sich als „links“ bezeichnenden Keynesianismus.

Zu Relevanz und Ansehen gelangt eine Theorie nur dann, wenn sie die vorherrschenden Kapitalinteressen der jeweiligen Zeit ausdrückt. Und das tut die keynesianische Theorie nur zu gut, sobald das Kapital in eine Krise gerät und die verschiedenen Fraktionen des Kapitals Staatsinterventionen einfordern. Man muss nicht auf den New Deal der 1930er Jahre in den USA oder auf den deutschen „Rüstungskeynesianismus“ verweisen, in unserer Gegenwart meldet das Kapital Bedarf an massiven Interventionen an. Die plötzliche „Rückkehr des Meisters“ Keynes (Skidelsky 2010) als unmittelbare Folge der sich im Herbst 2008 zuspitzenden Wirtschaftskrise ist ein nicht zu übersehender zeitgeschichtlicher Beleg, wie sehr das Kapital in all

Der Übergang zu weitgehend unregulierten Geld- und Kapitalmärkten setzte eine beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals in Gang.“ Später heißt es (S. 132): „Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte.“ Altvater (2005: 110ff.) bezeichnet die politisch initiierte Deregulierung als „Entbettung“, wodurch der „finanzmarktgetriebene Kapitalismus“ bzw. der „Shareholder- oder Casino-Kapitalismus“ entstanden sei. Selbst in der Krisendeutung von Lohoff/Trenkle (2012: 68f.), die weitgehend einem anderen Erklärungsmuster folgt, sollen die „neoliberalen Regierungen“ den „Startschuss für die gewaltigste Aufblähung des Kreditgelds“ gegeben haben und „entfesselten damit jene Dynamik der Spekulation und des Kredits an den Finanzmärkten, die bis heute die Weltwirtschaft dominiert“.

seinen Facetten den Interventionsstaat benötigt, wenn sein eigenes System des Produzierens in Gefahr gerät oder eine Entwertungsspirale für das Kapital droht (Sandleben 2011b: 35 ff.).

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sieht nur den Neoliberalismus, nicht aber ihren eigenen Keynesianismus im Dienste von Kapitalfraktionen. Sie muss sich über diesen Punkt hinwegtäuschen, um ihre Glaubwürdigkeit bei denjenigen nicht einzubüßen, die auf der Schattenseite des Systems stehen und die alle Lasten zu tragen haben, ohne die Vorteile einer Zeit genießen zu können, die auf der Grundlage hoch entwickelter Produktivkräfte jedem Einzelnen einen persönlichen Reichtum im Überfluss ermöglichen könnte – wären da nicht die Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Das politische Elend der alternativen auf den Staat gerichteten Politikberatung besteht darin, diese emanzipatorische Perspektive durch die Illusion zu verdunkeln, als ließe sich das von Keynes angesprochene „Paradox der Armut mitten im Überfluss“ durch Sozialreformen und Lohnsteigerungen lösen. Die ganze Kraft und die Möglichkeit der Befreiung, die in diesem Paradox angesprochen ist, wird zerrieben, ausgelaugt und ausgeblendet durch eine aussichtslose und dazu armselige Reformperspektive, die sich kaum mehr vorstellen kann als die Rückkehr in das „Kooperationsmodell“ eines „Nachkriegsreformismus“.

II.

Geld – der vertrackte Kern des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“: Der Beitrag von Lucas Zeise

Der Beitrag von Lucas Zeise weist etliche Parallelen zur linkskeynesianischen Krisendiskussion auf: Methodisch gesehen beruht er auf der Vorstellung, die Marx'sche Theorie müsse wegen ihrer Schwächen unbedingt korrigiert und ergänzt werden u. a. durch die Theorie von John M. Keynes (Zeise 2011: 9). Wie Jörg Huffs Schmid verbindet auch Zeise „viele methodische Elemente miteinander“ (2011: 9, 50), ein Verfahren, das wir bereits als eklektisch kritisiert haben. Vor allem in Zeises Geld- und Kapitaltheorie hat dieser Eklektizismus zu schwerwiegenden Inkonsistenzen geführt. Zeise rechtfertigt seine Abkehr von einigen Punkten der Marx'schen Geldtheorie mit dem Hinweis, Marx habe die entsprechenden Kapitel des ersten Bandes des *Kapital* „noch nicht annähernd so konsequent durchgearbeitet, [...] dass ihm keine Widersprüchlichkeiten unterlaufen wären“ (Zeise 2011: 50). Seine Korrekturen der Marx'schen Geld- und Kredittheorie laufen inhaltlich auf die Behauptung hinaus, Geld sei zugleich fiktives Kapital, und Banken könnten „Geld aus dem Nichts“ schaffen.

Der Mythos „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ – ein Kristallisationspunkt unserer Kritik am linkskeynesianischen Krisenbeitrag – hat ebenfalls Eingang in Zeises Theorie gefunden. Allerdings stellt Zeise andere Bezüge her. Während Huffs Schmid und die gesamte *Memorandum*-Gruppe Bezüge zur klassischen Theorie des Finanzkapitals, wie sie Hilferding am Vorabend des Ersten Weltkriegs formulierte, weitgehend vermieden haben, übernimmt Zeise diese Theorie und verbindet sie mit der „Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, kurz Stamokap genannt“ (2011: 155). Seiner Meinung nach nimmt der Stamokap-Staat die Interessen der großen und mächtigen Kapitalgruppen wahr.²⁸

28 „Die Antwort, der Stamokap-Staat Sorge systematisch für eine Aufplusterung der Gewinne der großen und mächtigen Kapitalgruppen hat allgemeinen Erklärungswert [...] Sie erklärt den Vorgang der dauerhaft hohen Gewinne im Finanzsektor mit den Eingriffen des regulatorischen Staates und der engen Kooperation zwischen Finanzsektor und Staat.“ (Zeise 2011: 156)

Schwerpunkte unserer Kritik sollen die neuen Akzente sein, die in Zeises Beitrag zur Erklärung der Krise enthalten sind.

1. Kritik der Verschmelzungsthese und die Daseinsformen des Kapitals

Seit Rudolf Hilferdings Buch *Das Finanzkapital* (Hilferding 1910/1973) werden in weiten Teilen der Linken sowohl die Theorie von der Verschmelzung des Industrie- und Bankenkaptals als auch die der Durchsetzung der Monopole (und dem Ende der „freien Konkurrenz“) vertreten. Wie an anderer Stelle nachgewiesen worden ist, hat Hilferding das theoretische Feld für zentrale Vorstellungen der heutigen Debatte maßgeblich vorbereitet: „[...] die Hegemonie des Kapitals in Geldform gegenüber allen übrigen Kapitalformen, die hohe Mobilität des Finanzkapitals durch die angenommene Geldform, die hiermit verbundene große Bedeutung der Wertpapiere, vor allem der Aktie, der angebliche Triumphzug der Banken bzw. ihrer Fondsmanager, globale Unternehmenszusammenschlüsse, schließlich die Erpressbarkeit von Staaten“ (Sandleben 2003: 29). Letztlich sind die neueren Ausführungen zum angeblich „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ und zur „Herrschaft des Finanzkapitals“ nur eine Weiterentwicklung dieser Grundthesen und knüpfen dabei an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) an.

Lucas Zeise, einer ihrer prominentesten Vertreter, schreibt: „Nach hundert Jahren ist die Feststellung, dass das Finanzkapital die politische und ökonomische Vorherrschaft innehat, so aktuell wie eh und je. Das Finanzkapital ist monopolistisches Kapital, soll heißen, es ist in der Lage, die eigene Profitrate höher zu halten, als es in einem System des Konkurrenzkapitalismus, wo die Waren zu ihrem Wert getauscht werden, möglich ist. Die hohe Profitrate sichert sich das monopolistische Finanzkapital durch politische und ökonomische Maßnahmen des Staates. Wir sprechen deshalb zu Recht vom staatsmonopolistischen Kapitalismus.“ Auf den Themen-Seiten der *jun-gen Welt* (*jW*) vom 30.5.2012, denen das Zitat entnommen wurde, versuchte Zeise in seinem Artikel „Die Herrschaft des Finanzkapitals“ die Kritik von Guenther Sandleben zurückzuweisen²⁹, die einen Tag zuvor in der *jW* unter dem Titel „Mythos Bankenmacht“ erschienen war.³⁰

29 Zeise hat seinen Artikel in leicht modifizierter Fassung in sein Buch *Euroland wird abgebrannt* als viertes Kapitel aufgenommen.

30 Die nachfolgenden Ausführungen – soweit sie sich auf Lucas Zeise beziehen – sind zu einem geringeren Teil enthalten in *Avanti* Nr. 200 (Juli 2012). Jakob Schäfers Kritik an Zeises Entgegnung zu veröffentlichen, hat die *junge Welt* abgelehnt. Der von der

Mit dem von Hilferding stammenden Begriff „Finanzkapital“ suggeriert Zeise, dass sich verschiedene „Kapitalarten“ miteinander vermengen, vermischen und miteinander verschmelzen und dadurch eine besondere Macht ausüben würden.

Zeise berücksichtigt nicht, dass der Verwertungsprozess des Kapitals Formveränderungen des eingesetzten Kapitals beinhaltet: Kapital wird in Geldform zum Kauf der Produktionsvoraussetzungen vorgeschossen. Nachdem es seine Geldfunktion, den Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, vollzogen hat, besitzt es nicht mehr die Geldform, sondern die Form des produktiven Kapitals. Resultat des Produktionsprozesses ist die Ware, worin der produzierte Mehrwert enthalten ist. Dieses Warenkapital muss schließlich wieder in Geld umgesetzt werden. Das Kapital weist also verschiedene funktionelle Bestimmungen auf, die es bald annimmt, bald wieder abstreift, je nachdem in welchem Stadium es gerade fungiert. Befindet sich das Kapital beispielsweise im Produktionsstadium, dann spielt die Funktion des Geldkapitals gerade keine Rolle mehr. Das Kapital in der Form des Geldes aber festzuhalten und so zu tun, als könnte das Geld aus dem Produktionsprozess wieder herausgenommen werden, ist empirisch wie theoretisch eine widersinnige Vorstellung. Das Kapital in der Form des Geldkapitals ist kein Bestandteil des Produktionsprozesses oder des Warenkapitals.

Aber nicht nur die unterschiedlichen funktionellen Bestimmungen des Kapitals im tatsächlichen Produktions- und Zirkulationsprozess werden übersehen, sie werden zusätzlich mit den Bestimmungen des Kapitals als Leihkapital vermengt. Industriell fungierendes Kapital ist per se gerade nicht dasselbe wie das Leihkapital, das die Bank (also ein anderes Kapital, das einen anderen Verwertungsmechanismus nutzt) als Kredit zur Verfügung stellt. Das Kapital benötigt für seine erweiterte Reproduktion regelmäßig den Kredit, den es dann als Teil seines Geldkapitals in eigener Regie vorschießt.

Und dass das industrielle Kapital ganz regelmäßig den Kredit für die einfache und erweiterte Reproduktion braucht, ist nichts Neues und hat sich seit der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise (also seit dem 18. Jahrhundert) nicht geändert. Die Bank dient als Geldsammelstelle für diejenigen – ob klein oder groß, ob industrieller Kapitalist, Handelskapitalist, Rentier, Lohnarbeiter oder sonst was –, die gerade mal für kurze oder längere Zeit Geld übrig haben und nicht selbst investieren können oder wollen. Und diese Sammelstelle kann dem investierenden Kapitalisten das Geld als Leihkapital zur Verfügung stellen.

jungen Welt nicht abgedruckte Text vom Sommer 2012: <http://www.rsb4.de/content/view/4669/84/>.

Marx über Verleihen, Borgen und Banken

„Das Eigentum wird nicht abgetreten, weil kein Austausch vorgeht, kein Äquivalent empfangen wird. [...] A gibt sein Geld weg, nicht als Geld, sondern als Kapital. Es geht hier keine Veränderung mit dem Kapital vor. Es wechselt nur die Hände. Seine wirkliche Veränderung vollzieht es erst in der Hand von B. Aber für A ist es Kapital geworden durch die bloße Weggabe an B.“ (MEW 25: 359 ff.) Später heißt es: „Diesen Gebrauchswert des Geldes als Kapital – die Fähigkeit, den Durchschnittsprofit zu erzeugen – veräußert der Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten für die Zeit, während deren er diesem die Verfügung über das verliehene Kapital abtritt.“ (MEW 25: 364)

„Beide geben dieselbe Geldsumme als Kapital aus, der Verleiher und der Borger. Aber nur in der Hand des letzteren fungiert sie als Kapital. Der Profit wird nicht verdoppelt durch das doppelte Dasein derselben Geldsumme als Kapital für zwei Personen. Es kann für beide als Kapital nur fungieren durch Teilung des Profits. Der dem Verleiher zufallende Profit heißt Zins.“ (MEW 25: 366)

„Es ist in der Tat nur die Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten, die einen Teil des Profits in Zins verwandelt, die überhaupt die Kategorie des Zinses schafft; und es ist nur die Konkurrenz zwischen diesen beiden Sorten Kapitalisten, die den Zinsfuß schafft.“ (MEW 25: 383) „Das Borgen und Verleihen des Geldes wird ihr besonderes Geschäft. Sie treten als Vermittler zwischen den wirklichen Verleiher und den Borger von Geldkapital. Allgemein ausgedrückt besteht das Bankiergeschäft nach dieser Seite darin, das verleihbare Geldkapital in seiner Hand zu großen Massen zu konzentrieren, so daß statt des einzelnen Geldverleihers die Bankiers als Repräsentanten aller Geldverleiher den industriellen und kommerziellen Kapitalisten gegenüber treten. Sie werden die allgemeinen Verwalter des Geldkapitals. Andererseits konzentrieren sie, allen Verleihern gegenüber, die Borger, indem sie für die ganze Handelswelt borgen. Eine Bank stellt auf der einen Seite die Zentralisation des Geldkapitals, der Verleiher, auf der andern die Zentralisation der Borger dar. Ihr Profit besteht im allgemeinen darin, daß sie zu niedrigeren Zinsen borgt, als sie ausleiht.“ (MEW 25: 416)

Nimmt er das Leihkapital als Kredit auf, dann spielt die funktionelle Bestimmung des Kapitals als Leihkapital in seinen Händen keine Rolle mehr, wenn er es als Geldkapital zum Kauf der benötigten Investitionsgüter einsetzt. Den Verkäufern von solchen Produktionsmitteln ist der Umstand völ-

lig gleichgültig, ob sie mit dem Fremd- oder Eigenkapital des Käufers bezahlt werden. Als Kaufmittel hat das Geld die einstige funktionelle Bestimmung als Leihkapital abgestreift. Nicht die Bank, sondern der investierende Kapitalist ist es, der den industriellen Kreislauf durch Vorschuss von Geldkapital eröffnet.

Auch in den folgenden Stadien des industriellen Kreislaufprozesses sind die spezifisch-funktionellen Bestimmungen des Leihkapitals gar nicht mehr vorhanden. Für den Lohnarbeiter ist es gleichgültig, ob er mit dem Geld des „eigenen“ Kapitalisten oder mit dem Geld Anderer ausgebeutet wird. Er spürt die Autorität des Kapitals, den kleinlichen Geiz in der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen; er weiß, dass sein personifizierter Kapitalist die Löhne so weit wie möglich drücken möchte, die Arbeitszeit durch allerlei Tricks zu verlängern und die Arbeitsverdichtung zu steigern sucht. Der personifizierte Kapitalist, die Unternehmensleitung, ist es, die das Geschäft der Ausbeutung betreiben lässt, nicht die verleihende Bank, die allerdings über den Zins davon profitiert.

Die von Hilferding einst formulierte und von Zeise übernommene Verschmelzungsthese hält an den verschiedenen Kapitalbestimmungen fest, statt zu berücksichtigen, wie sich das Kapital in seinen Funktionen und Erscheinungsformen wandelt. Sie ignoriert, dass der Kapitalwert in jeder seiner Phasen, worin er sich befindet, verschiedene spezielle Funktionen ausübt; in der Hand der Bank eine andere als in der Hand des Industriellen, und im Stadium des Geldkapitals eine andere als im Stadium des produktiven Kapitals. Statt die verschiedenen funktionellen Bestimmungen und Formen desselben Kapitalwerts zu analysieren und zu unterscheiden, werden sie ineinander verschmolzen. Und da das Kapital in Geldform, vor allem in der Form des Leihkapitals, eine besondere Flexibilität besitzt, scheint es so zu sein, als könnte es jederzeit zurückgezogen werden zum Nachteil des Unternehmens, das es gerade anwendet.

Das industrielle Kapital durchläuft also verschiedene Phasen und nimmt dabei auch unterschiedliche Existenzformen an. Wenn ein Teil der gefertigten Produkte in die Zirkulation geworfen und ihr Wert in Geld umgewandelt wird, hat der industrielle Kapitalist – je nach Produktart und Zeitdauer des Gesamtumschlags – für eine bestimmte Zeit Geld zur Verfügung, das er nicht gleich wieder investieren kann (weil dafür noch nicht genug zusammen ist, weil es noch keine neuen Bestellungen/Aufträge gibt usw.). Statt nun dieses Geld (den verwandelten Warenwert) im Sparstrumpf zu sammeln (und damit der Teilentwertung zu überlassen), deponiert er es (befristet) auf der

Bank³¹, welche dieses Geld (zusammen mit anderen Teilsommen) anderweitig verleiht. Es findet also ein ständiger Fluss von leihbarem Geld statt, das von den Banken konzentriert wird und den Charakter von „gesellschaftlichem Kapital“ (MEW 25, 381) erhält. Aber diese Vermischung von Geldern aus unterschiedlichen Quellen hat nichts mehr mit dem industriellen Kreislauf zu tun. Im Produktionsprozess entsteht der Mehrwert, der nach seiner Verwandlung in Profit sich aufspaltet in Unternehmergewinn und Zins. Nur weil der industrielle Kapitalist zwischenzeitlich sein Geld, bzw. einen Teil seines Geldes, auf die Bank bringt, ist er noch keine Bank. Und umgekehrt. Nur weil die Bank Geld verleiht, ist sie noch lange kein industrieller Kapitalist.

2. Zur Rolle und „Macht des Finanzkapitals“

Es wurde gezeigt, dass Zeise die verschiedenen funktionellen Bestimmungen und Formen des Kapitals, die es in den verschiedenen Stadien besitzt, nicht klar genug unterscheidet und sie – ähnlich wie Hilferding es tat – miteinander verquickt, woraus dann die Fiktion von der Macht des Finanzkapitals entsteht. Zeise übersieht, dass der industrielle Kreislauf des Kapitals eine Angelegenheit des fungierenden Kapitalisten ist, mit dem die Banken und sonstige externe Finanziers erst einmal nichts zu tun haben. Von dem Geldkapital in der Hand des fungierenden Kapitalisten ist das Leihkapital zu unterscheiden, das z. B. die verleihende Bank dem Industriellen auf Zeit als Kredit zur Verfügung stellt. Sobald sie es verliehen hat, besitzt sie nur noch einen Anspruch auf Zins und Rückzahlung, aber nicht mehr das Geld selbst. Die Geldansprüche bilden natürlich kein zusätzliches wirkliches Kapital, sondern erzeugen nur die Illusion, es handle sich um zusätzliche Werte.

Diese Illusion wird besonders dadurch hervorgebracht, dass solche Geldansprüche verbrieft sein können mit dem Vorzug, dass sie handelbar sind, also gekauft und verkauft werden können, vergleichbar mit den gewöhnlichen Waren. Zu den zirkulationsfähigen Wertpapieren gehören Aktien und Anleihen. Marx zählte diese zum fiktiven Kapital und sah in deren Zirkulationsweise die Voraussetzungen für „verrückte“ Vorstellungen (MEW 25: 483), die sich im Alltagsbewusstsein wie auch in der Theorie niederschlagen.

Der Charakter der in den Wertpapieren enthaltenen Geldansprüche ändert sich nicht dadurch, dass sie verbrieft sind, aber sie verstärken die Mystifikation, als würde das Finanzkapital aufgrund der eigenständigen Zirkulationsweisen der Wertpapiere eine eigene Sphäre bilden. Wir verzichten hier

31 So beispielsweise auch Siemens.

auf eine kritische Beurteilung, da diese uns noch im Zusammenhang mit dem Beitrag von Michael Heinrich beschäftigen wird. Festzuhalten ist nur, dass Zeise mit dem fiktiven Kapital eine besondere Machtstellung des Finanzkapitals verbindet.

Instrumente der Macht

Zeise (2012: 56) schreibt: „Wo die Gefahr besteht, dass fiktives Kapital seinen Anspruch auf Zahlung nicht durchsetzen kann, wo also der ‚Illusion‘, dass es sich um einen Vermögens-‚Wert‘ handelt, nicht aufs Wort geglaubt und Folge geleistet wird, dort werden diese Zahlungsansprüche, wenn nötig mit Gewalt durchgesetzt. Tatsächlich wird die reale Ökonomie vom Kapitalmarkt aus gesteuert. Die Eigentümer der finanziellen Vermögenswerte reagieren und setzen sich im Regelfall durch.“

Erstens übersieht Zeise, dass der „Anspruch auf Zahlung“ auch innerhalb des Finanzsektors besteht. Die Bank muss z. B. Zinsen für die von ihr emittierten Bankschuldverschreibungen zahlen. Aber niemand käme auf den Gedanken, dass die Bank dadurch fremdgesteuert wird. Gleiches gilt, wenn sich die Industrie Geld leiht. Die Industrie wird nicht gesteuert, nur weil sie Kredit aufnimmt. Sie will Profit machen und benötigt für diesen Zweck Fremdkapital. Dass sie einen Teil ihres Profits in Form des Zinses abtritt, hat nichts mit besonderer Macht zu tun, sondern liegt in der Natur des Geschäfts. Dem Kreditgeber nutzt das Geschäft wie dem Kreditnehmer, jeder hat auf seine Weise ein Interesse daran.

Die Industrie wird auch nicht gesteuert über einen „Vermögenspreiseffekt“, wie Zeise dies unter einem zweiten Gesichtspunkt behauptet. Darunter versteht Zeise steigende Preise, die angeblich zu Spekulationsgewinnen führen. „Mit diesem Effekt verfügt der Finanzsektor über ein geradezu magisches Mittel, Reichtum zu erzeugen, der nicht aus der Arbeit stammt, sondern buchstäblich aus dem Nichts entspringt“ (Zeise 2011: 159). Da sich die Spekulanten reicher fühlten, wenn die Kurse steigen, kauften sie mehr Autos etc. Eine solche Nachfragewirkung mag hier und da auftreten, aber das passiert nicht voraussetzungslos. Der hier unterstellte Börsenboom besitzt seine Wurzeln in einer guten Industriekonjunktur. Die Wirtschaft treibt die Börse, und die Börse wirkt lediglich zurück auf die Wirtschaft. Mehr ist das nicht. Eine solche Rückwirkung hat mit einer Steuerung der realen Ökonomie nichts zu tun.

Zeise behauptet drittens, dass steigende Aktienkurse die Investitionstätigkeit anregen würden. Denn Unternehmen würden unter solchen Umständen als wertvoller erscheinen. Investitionen lohnten sich mehr bei hohen als bei niedrigen Aktienkursen.

Steigende Aktienkurse drücken einen allgemeinen Optimismus aus, der günstig ist für die Investitionstätigkeit. Dieser Optimismus hat aber seine Ursachen nicht im Bereich des fiktiven Kapitals. Die Ursache liegt in den günstig verlaufenden Geschäften. Nur weil die Wirtschaft gut läuft und auch weiterhin gut zu laufen scheint, also hohe Gewinne erwartet werden können, entsteht Optimismus. Dieser Optimismus beflügelt die Börse.

Insgesamt gesehen verläuft die Wirkungskette, die Zeise teilweise der Keynes'schen Theorie entnommen hat, anders herum: Börsenzyklen sind eine Konsequenz des wirklichen Akkumulationsprozesses. Nicht die Börse steuert die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft steuert die Börse.

Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital

Zeise hatte davon gesprochen, dass Zahlungsansprüche des fiktiven Kapitals „wenn nötig mit Gewalt durchgesetzt“ werden. In einem solchen juristischen Anspruch sieht Zeise einen weiteren Beleg für die These, dass die „reale Ökonomie vom Kapitalmarkt aus gesteuert (wird)“ (2012: 56). Zeise hätte auffallen müssen, dass er nur den Fall der Krise nimmt, also eine besondere Phase des Reproduktionsprozesses, um die Machtthese zu belegen. Implizit gibt er damit zu, dass in „normalen Zeiten“ eine solche Macht gar nicht besteht.

Wie sieht die behauptete Steuerung im Fall der Krise aus? Leider unterscheidet Zeise an dieser Stelle nicht zwischen Eigentumstiteln (z. B. Aktien) und Schuldtiteln (Anleihen) mit den entsprechenden Derivaten, die daraus abgeleitet sind. Ob die Ansprüche des Aktionärs auf Dividende und Wertsteigerung erfüllt werden, ist keine juristische, sondern eine ökonomische Frage. Ein unzufriedener Aktionär kann alles andere, nur nicht selbst die Ökonomie steuern. Verkauft er die Aktie, dann hat diese Aktion praktisch keinerlei Einfluss auf die „reale Ökonomie“. Sorgt er zusammen mit seinen „Kapitalgenossen“ dafür, dass der Vorstand der Aktiengesellschaft ausgetauscht wird, dann hat er bestenfalls einen Funktionär des Kapitals gefunden, der die Bewegungen des Kapitals besser organisiert, d. h. die Zwänge der Konkurrenz sachgemäß exekutiert. Wenn schließlich die Aktiengesellschaft durch die Krise in die Pleite gerät, dann verliert der Aktionär seine Ansprüche. Statt steuernde Macht auszuüben, wird sein fiktives Kapital, nämlich die Aktie, entwertet. Eine solche Entwertung trifft auch die Schuldtitel. Juristische Ansprüche hin oder her – wo ein werthaltiger vollstreckbarer Titel fehlt, hat der Kreditgeber das Nachsehen.

Zeise blendet diese Kapitalentwertung nicht nur aus, er erweckt den Schein, als wäre eine solche Pleite ein Machtgewinn für die Bank. „Wenn der Kapitalist nicht zahlt oder nicht zahlen kann, also pleitegeht, findet sich

die Bank dann notorisch als neuer Eigentümer des kapitalistischen Betriebes wieder. Der Kredit wird zum Eigenkapital, wie die Banker sagen. Die Bank wandelt sich ganz real zum industriellen Kapitalisten“ (Zeise 2012: 48).

Dass es sich hierbei um eine Sanierungsmaßnahme handelt, die einhergeht mit einer Entwertung des Kredits, verschweigt Zeise. Die Bank verliert, auch wenn sie Eigentümer wird! Dass das fürs Erste gerettete Unternehmen möglicherweise später prosperiert oder dass andere Leihkapitalisten sich billig einkaufen können in das zahlungsunfähige Unternehmen, ist eine andere Sache.

Ferner verwechselt Zeise das Kapitaleigentum mit der Kapitalfunktion, institutionell betrachtet die Bank als Eigentümerin mit der tatsächlichen Unternehmensleitung. Auch wenn die Bank Aktionär wird, dann ist sie immer noch kein „industrieller Kapitalist“. Sie selbst besitzt nur den Eigentumstitel, der sie berechtigt, die Unternehmensleitung auszutauschen, um vergangene Fehler nicht zu wiederholen. Aber sie bleibt Bank und steuert selbst in diesem Fall nicht den industriellen Verwertungsprozess, auch wenn sie davon profitiert. Man sieht, wie die Verschmelzungsthese auch hier zum Mythos Bankenmacht führt.

Wer steuert die Geschäfte der Industrie?

Die Vorstellung vom Hineinregieren des „Finanzkapitals“ in die „Realwirtschaft“ („Die reale Ökonomie wird vom Finanzmarkt aus gesteuert“) widerspricht der Funktionsweise eines Industrieunternehmens. Wir müssen klar trennen zwischen den kaufmännischen Vereinbarungen, die eine Bank mit ihrem Kreditkunden bei der Kreditvergabe trifft, und der realen Verfügung über das im Industrieunternehmen fungierende Kapital. Ob die kaufmännischen Erwartungen sich wirklich erfüllen und ob die Ziele erreicht werden, die bei der Kreditvergabe festgelegt werden, ist vor dem Ende des entsprechenden Kapitalverwertungsprozesses nicht wirklich zu klären bzw. ist solange nicht entschieden, wie der Markt nicht sein letztes Wort gesprochen hat. Entscheidend bei der Verfügung über das real vorhandene Kapital ist immer noch, dass das Industriekapital selbst am Zug und verantwortlich ist. Die jeweilige technische Geschäftsführung – in Zusammenarbeit mit der kaufmännischen – entscheidet über die konkreten Prozesse, die eingeschlagen werden, und zwar nicht nur, weil sie im Auftrag der realen BesitzerInnen handeln oder diese selbst sind. Es geht dabei sowohl um die Besitztitel an diesem Industriekapital wie um die technische (und kaufmännische) Kompetenz. Wo und wann haben Bank-Manager die Entscheidung getroffen, ob bei der Weiterentwicklung eines bestimmten (bereits eingeführten) Elektroantriebs auf 4-Quadrantensteller gesetzt werden soll, ob die Resolvertech-

nik eine Zukunft hat, ob für den Maschinenbau die Regelung integriert oder als Modul entwickelt und gesondert angeboten werden soll – alles Dinge bzw. Probleme, von denen Bankmanager so wenig Ahnung haben wie die Leserinnen und Leser dieses Buchs? Mensch merkt: Dies sind *willkürliche* Beispiele für Hunderte (!) von Entscheidungen vergleichbarer Art, die *jeden Tag* in der deutschen Metall- und Elektroindustrie auf *strategischer* Ebene getroffen werden müssen. Aber dies sind keine Finanzentscheidungen!

Und diese strategischen Entscheidungen sehen noch ganz von den technischen Umsetzungsfragen ab, die jeden Tag Tausende und Abertausende von weiteren Entscheidungen erfordern, für die es auf unterschiedlichen Stufen sehr viele Fachleute braucht, die real der „Verfügungsgewalt“ (dem Direktionsrecht) des industriellen Kapitals unterstehen! Ob also der industrielle Kapitalist die eine oder die andere (Teil)lösung wählt und deswegen die eine Sorte von Vorprodukten benötigt oder eine andere, ob er diese Vorprodukte hier oder in China kauft, ob er sich für die eine oder die andere Produktvariante und -weiterentwicklung entscheidet, ob er sich entschließt, den Beschäftigten die Löhne kürzen zu wollen oder eine Sonderzahlung zu gewähren, ob er Abteilungen schließt oder auslagert usw., all das unterliegt den unternehmerischen Entscheidungen des industriellen Kapitalisten. Es wird nicht im Büro der Bank geplant und gemanagt und die Bank vertritt das Unternehmen nicht gegenüber den klagenden Geschäftspartnern (oder Beschäftigten) z. B. vor Gericht bzw. in den Verkaufsverhandlungen für die zu produzierenden Produkte usw. Was die technische Leitung (gestützt auf die Konstruktionsabteilung) in Kooperation mit der kaufmännischen Leitung beschließt, wie sie welche Mittel, welches Know-how (gegebenenfalls auch Patente), welche technischen Anlagen sie einsetzt, ist ihr ureigenstes „Geschäft“ und obliegt der Verfügungsgewalt der Besitzer dieses industriellen Kapitals. Die Kombination dieser (zumeist bedeutsamen) technischen Mittel (also die materielle Seite der Technologie) und des ausgereiften Know-hows ergibt übrigens die hohe Produktivität – und damit die extrem hohe Konkurrenzfähigkeit – der deutschen Industrie und macht ihre Exportstärke aus. All dies sind nicht untergeordnete Faktoren im internationalen Konkurrenzkampf und sie werden auch nicht von Bankmanagern oder dem berühmten „Finanzkapital“ gesteuert. Die Vorgaben bei der Kreditvergabe (z. B. welche Sicherheiten hinterlegt werden usw.) ändern daran rein gar nichts.

Schlussfolgernd aus alledem können wir sagen, dass das „Finanzkapital“ ein widersinniges Konstrukt ist. Zum einen gibt es diese Verschmelzung nicht, und zum anderen kann die Vormachtstellung des Finanzsektors (über die „Realwirtschaft“) nicht nachgewiesen werden. Wer sich einen Begriff von der Systemkrise machen will, der/die darf nicht in machttheoretischen

Konstruktionen denken, sondern muss den gesamtkapitalistischen Verwertungsprozess im Blick haben. Wann, wie viel und wo im Einzelnen Kapital in größerem Umfang vernichtet wird, hängt von dem offenen Ausgang des Konkurrenzkampfes zwischen den Kapitalen ab. Und ob und wie stark die lohnabhängige Bevölkerung dabei bluten wird, hängt von der organisierten Gegenwehr derselben ab.

3. Fiktives Kapital und Geld

Die Gelderklärung von Lucas Zeise erweist sich als besonders problematisch. Schon der Titel seines Buches „Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus“ legt nahe, dass ein solcher Kern bereits die Bestimmung des Kapitals enthält. Tatsächlich behauptet Zeise (2011: 54), „dass der Zins zum Wesen des Geldes gehört“. Geld sei „sich mehrender Wert, indem es Mehrprodukt (bei anderen Warenproduzenten) abschöpft. Kapital ist sich selbstverwertender Wert, indem es Mehrwert schaffende Arbeitskraft ausbeutet“ (S. 56).

Der Unterschied von Geld und Kapital fasst sich in dieser Formulierung in einem Unterschied von zinstragendem und von industriellem Kapital zusammen. Das zinstragende Kapital schöpft im Zins Mehrwert ab, den das industrielle Kapital durch die Ausbeutung „Mehrwert schaffender Arbeitskraft“ erzielt hat. „Der Kern der Gesell’schen Theorie besteht darin“, schreibt Zeise (2011: 25), „dass der Zins direkt aus dem Geld erklärt wird.“ Hier finden wir die Quelle seiner Vorstellung: Dass der Zins zum Wesen des Geldes gehört, war die Auffassung von Silvio Gesell und gerade nicht die von Marx, wie Zeise (2011: 54) irrtümlich meint.

Geld, gefasst als zinstragendes Kapital, hat zur Konsequenz: „fiktives Kapital‘ ist Geld“. „Auch die Aktie ist Geld“ (Zeise 2011: 49, 66). Selbst die eigentliche Geldware soll „im aktuellen, überreif entwickelten Kapitalismus das fiktive Kapital“ sein (S. 49).

Schon der Praktiker, der Geld besitzt und damit einkaufen geht, würde scheitern, nähme er Zeises Geldbestimmungen ernst. Würde er dem Bäcker eine Aktie oder eine Anleihe als Kaufmittel für die dringend benötigten Brötchen vorlegen, würde er mit großem Unverständnis abgewiesen. Geld ist eben etwas anderes als ein Wertpapier, das erst in Geld umgesetzt werden muss, um als Kaufmittel fungieren zu können. Auch beweist der Praktiker eine tiefere Einsicht ins Geld, wenn er keineswegs seine Banknoten in den Safe legt, um daraus einen Zins zu ziehen. Mit seinen Banknoten kauft er besser eine Anleihe, wodurch er Gläubiger und damit Zinsempfänger wird. Was der Praktiker weiß, fällt dem Theoretiker schwer zu begreifen.

Zeise unterläuft in seiner Geldbestimmung derselbe Fehler, den wir schon bei seiner Vorstellung vom Finanzkapital herausgefunden hatten. Seine Verschmelzungsthese dort setzt sich hier in der Weise fort, dass er nun die funktionellen Bestimmungen des Geldes als Geld mit den funktionellen Bestimmungen des zinstragenden Kapitals verschmelzen lässt.

Geld, fortgegeben als Leihkapital, schlägt sich beim Kreditgeber in einem Anspruch auf Zins und Rückzahlung nieder, der als Wertpapier verbrieft sein kann. Dass für den Verleiher die spezifische Funktion des Geldes aufgehört hat zu existieren, weil er das Geld im Akt des Verleihens fortgegeben hat, ignoriert Zeise. Stattdessen hält er an der Geldbestimmung fest, als hätte sie noch Bedeutung für den Verleiher und verquickt sie mit der Bestimmung des zinstragenden Kapitals. Den Anspruch auf Geld verwechselt er mit wirklichem Geld.

Zugleich verwechselt er das Kapital in Geldform mit dem zinstragenden Kapital, wenn er meint, „der Finanzsektor“ sei „Kapital in Geldform“ (2011: 148). Kapital in Geldform ist entweder das Geldkapital, das ein funktionsfähiger Kapitalist für sein Geschäft vorschießt, oder es ist Leihkapital, das der Verleiher in zinstragendes Kapital erst noch verwandeln muss. Gedankenlos verquickt Zeise die unterschiedlichen Bestimmungen, um dann in diesem Wirrwarr den Mythos Bankenmacht entstehen zu lassen.

4. „Geld aus dem Nichts“

Das Geschäft der Banken besteht unter anderem darin, Gelder einzusammeln, sie zu konzentrieren und als Kredite auszuleihen. Fiktives Kapital (hier als Anspruch auf Rückzahlung und Zins) wird auf diese Weise geschaffen. Wird nun das Geld mit dem fiktiven Kapital identifiziert, dann besitzen die Banken die Macht, neues Geld gewissermaßen „aus dem Nichts“ zu produzieren. Die Banken scheinen also über ein erstklassiges Bereicherungs- und Erpressungsmittel zu verfügen.

Die Gleichsetzung von Geld mit dem fiktiven Kapital und die daraus entstehende Illusion, Banken würden „Geld aus dem Nichts“ (Zeise 2012: 48) schaffen, ist keineswegs eine harmlose „Korrektur der Marx’schen Kategorisierung“. Sie widerspricht der Marx’schen Geld- und Kredittheorie und beinhaltet eine Abkehr von jeglicher rationaler Geldbetrachtung. Der entscheidende Punkt zur Enträtselung des Geldes, dass nämlich das Geld ein Produkt der Waren ist, wird ausgeräumt.

Tatsächlich sind es die Warenverkäufer, die darüber befinden, was sie als Geld für ihre Ware entgegennehmen. Diese Akzeptanz ist keineswegs voraussetzungslos. Für die Warenverkäufer hat die Ware unmittelbar nur den

Gebrauchswert, Träger von Tauschwert und so Tauschmittel zu sein. Die Warenverkäufer erkennen nur das als Geld an, was sich unmittelbar in Waren ihres Bedarfs tauschen lässt. Durch ihre Aktion entsteht das Geld.

Wenn aber die Warenverkäufer das Geld schaffen, dann schöpfen es nicht die Banken. Die Banken handeln mit dem Geld, das die Warenbesitzer als solches anerkannt haben.

Die Selbsttäuschung, Banken würden „Geld aus dem Nichts“ schaffen, ignoriert die Voraussetzungen des Geldes, die auf der Handlungsebene darin bestehen, dass kein Warenverkäufer sich mit einem wertlosen Papierzettel abspesen lässt. Geht das Vertrauen ins Geld verloren, dann verschwindet der spezifisch gesellschaftliche Gebrauchswert des Geldes, allgemeines Äquivalent, d. h. gegen jede Ware direkt austauschbar zu sein.

Die Lehman-Pleite vom September 2008 hätte es gar nicht geben dürfen, wenn es so einfach wäre, wie Zeise (2011: 94) meint, „dass Geld aus dem Nichts vom Bankangestellten (mit Prokura versteht sich) kreiert wird“. Die Bankenkrise von 2007 und 2008 liefert den praktischen Beweis für die Fehlkonstruktion einer solchen Geldauffassung.

Die großen Notenbanken haben bereits damit zu kämpfen, dass auf die vergebenen Kredite und auf die Wertpapierkäufe hohe Abschreibungen anfallen, die das Eigenkapital aufzuzehren drohen mit der Gefahr eines um sich greifenden Vertrauensverlustes in die Seriosität der Währung. Denn wenn der Emittent faule Kredite besitzt, dann wächst das Misstrauen, dass auch die emittierten Banknoten eine faule Währung sein könnten. Möglicherweise ist die jüngste Schwäche einiger Währungen bereits ein Hinweis darauf. Zum Teil ist sie aber auch bewusst gefördert, um dem Exportkapital Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Zurzeit erleben wir einen solchen – bewusst herbeigeführten – Abwertungsprozess in Japan, wo die dortige Zentralbank massenhaft Banknoten druckt, ohne dass reale Werte gegenüberstehen. Erklärtes Ziel ist ein kalkulierter – aber dennoch *starker* – Vertrauensverlust in den Yen, um die eigene Währung abzuwerten. Damit sollen Exporte erleichtert und Importe erschwert werden. Die gezielte Abwertung soll vor allem die deflationäre Spirale beenden. (Japan erlebt seit Anfang der 1990er Jahre lange Phasen der Stagnation, teilweise der Rezession und nur kurze Phasen mit wenigstens geringem Wirtschaftswachstum.)

Der internationale Abwertungswettlauf, der dadurch eingeleitet wird (nämlich mit möglichen Reaktionen anderer Länder), ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite besteht in der Steuerbarkeit der gezielten Inflationierung des Yen. Greift der Vertrauensverlust in den Yen unter den Warenbesitzern erst einmal um sich, könnten rasch panikartige Reaktionen ent-

stehen, die zu einer galoppierenden Inflation und selbst zu einem Verlust der Geldeigenschaften führen.

Wenn aktuell der Euro trotz der vielen faulen Papiere in den Tresoren der EZB gegenüber der Leitwährung Dollar immer noch gut (d.h. auch relativ sicher) dasteht, dann nur deshalb, weil auch die Emission des Dollars auf fragwürdigen Wertpapieren beruht.

Selbst die Macht der Zentralbank ist also ökonomisch beschränkt, trotz ihrer staatlich eingeräumten Monopolstellung. Sobald sie das Vertrauen einbüßt, verliert sie die Fähigkeit, „Kreditgeber der letzten Instanz“ („lender of last resort“) zu sein. Ohne das Vertrauen der Warenbesitzer in die von ihr herausgegebenen Banknoten verwandeln sich die mit vornehmen nationalen Symbolen ausgestatteten Geldscheine in nichtswürdige Papierlappen.

Merkwürdig ist das schon, dass Zeise die ökonomischen Voraussetzungen der „Geldschöpfungsmacht“ nicht thematisiert, obwohl er sich doch selbst in die Tradition der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie stellt. „Das Kapitel vom Geld“ (Marx, „Grundrisse“, MEW 42: 49-164) hätte ihn gelehrt, dass die Geldform nicht einfach vom Staat gemacht wird, sondern eine Konsequenz des Werts der Ware ist. Warum ignoriert er die Marx'sche Geldtheorie und flüchtet stattdessen in die Niederungen vulgärer Auffassungen, Banken (also nicht nur die Zentralbank) könnten voraussetzungslos Geld aus dem Nichts schaffen? Hinzu kommt, dass Zeises oberflächliche Geldbetrachtung den Eindruck vermittelt (bzw. entstehen lässt), dass mit der angeblichen Geldschöpfung auch Werte geschaffen werden.

Wenn nun das Bankensystem keineswegs – im Gegensatz zu Zeises Behauptung – Geld aus dem Nichts schöpfen kann, dann ist eine weitere These erschüttert, dass nämlich die dem Finanzkapital vom Staat verliehene Geldschöpfungsmacht die „beste Illustration“ dafür ist, „dass wir es heute mit einem staatsmonopolistischen Kapitalismus (kurz Stamokap) zu tun haben“ (Zeise 2012: 50f.). Weder kann sich das Bankensystem dem ökonomischen Geldgesetz entziehen, noch ist es dem fungierenden Kapital möglich, das Wertgesetz, das sich in der Konkurrenz der Kapitale durchsetzt, zu modifizieren oder gar auszuhebeln.

5. Monopolistisches Finanzkapital und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Man hat gesehen, dass Zeise Hilferdings Theorie des Finanzkapitals nicht einfach nur übernimmt, sondern sie mit weiteren Theorieelementen vermischt. Auf diese Weise wird Hilferdings Verschmelzungsthese bis in die Geldtheorie hinein verlängert. Daraus entsteht der Trugschluss, als würde

das Finanzkapital die Wirtschaft beherrschen. Zeise verknüpft seine Vorstellungen vom Finanzkapital mit der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die nun im Zentrum unserer Analyse stehen soll.

Zeise (2012: 56) schreibt zusammenfassend:

„1. Nach hundert Jahren ist die Feststellung, dass das Finanzkapital die politische und ökonomische Vorherrschaft innehat, so aktuell wie eh und je. 2. Das Finanzkapital ist monopolistisches Kapital, soll heißen, es ist in der Lage, die eigene Profitrate höher zu halten, als es in einem System des Kapitalismus der freien Konkurrenz, wo die Waren zu ihren Werten getauscht werden, möglich ist. 3. Die hohe Profitrate sichert sich das monopolistische Finanzkapital durch politische und ökonomische Maßnahmen des Staates. Wir sprechen deshalb zu Recht vom staatsmonopolistischen Kapitalismus.“

Wirklich nachprüfbar empirische Belege für seine Behauptungen bleibt Zeise schuldig. Das „monopolistische Kapital“ soll die Fähigkeit besitzen, durch Einschränkung der Konkurrenz die Profitrate „höher zu halten“, als es unter dem System der Konkurrenz möglich wäre. Diese Vorstellung stammt von Hilferding und wurde auch von Lenin geteilt: „Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“ (Lenin 1960: 230)

Leider haben sich inzwischen Generationen von MarxistInnen durch Hilferdings und Lenins Thesen von der Herausbildung des Monopolkapitals und des Finanzkapitals in die Irre leiten lassen.³² Die ausgeprägteste Form dieser Fehlorientierung ist die Stamokap-Theorie, wie sie heute von Zeise und anderen vertreten wird.

Die theoriegeschichtlichen Wurzeln der Monopoltheorie und deren frühe Kritik

Lenin kennzeichnete das „ökonomische Wesen“ des Imperialismus „als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“ (Lenin 1960: 307) Ökonomisch sei das Grundlegende in diesem Prozess die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Diese Entwicklung sei unaufhaltsam. „Das Monopol bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln Bahn von ‚bescheidenen‘ Abstandszahlungen bis zur amerikanischen ‚Anwendung‘ von Dynamit gegen den Konkurrenten.“ (Lenin 1960: 212)

³² Einer der prominentesten Marxisten, die sich davon *nicht* beeinflussen ließen, war Ernest Mandel, dem wir wesentliche Einsichten verdanken, auch und gerade zu den hier berührten Themenbereichen.

Für Hilferding und dann auch für Lenin sind die Monopole Herrschaftsorganisationen, die mit der Überwindung der Konkurrenz das Wertgesetz aushebeln.

Die Vorstufe des Monopols soll das Kartell sein, in dem Kapitalisten konkrete Verabredungen treffen, um sich monopolartig gegen die Konkurrenz zu schützen. Die dort wirkenden Mechanismen finden wir – modifiziert – auch bei Monopolen. Eine genauere Analyse zeigt aber, wie gering der Spielraum ist und mit welcher Kraft sich die Gesetze der Konkurrenz Geltung verschaffen.

Kartelle sind gezwungen, sich nach innen zu schützen, d. h. sie müssen auf der Einhaltung der Verabredungen bestehen. Damals wie heute sind es gerade die technologisch führenden Konzerne, die am ehesten dazu tendieren, das jeweilige Kartell faktisch aufzukündigen.

Fritz Kestner hat in seinem 1912 erschienenen Buch *Der Organisationszwang* das Kartell- und Monopolproblem grundlegend analysiert. Seiner Auffassung nach gibt es einen inneren und einen äußeren Zwang, der die beteiligten Kapitale dazu drängen würde, sich als „Organisation“ (als Kartell) zusammenzuschließen. Der innere: Kapitale sollen daran gehindert werden, auszutreten. Der äußere: Neueinsteiger in die Branche sollen daran gehindert werden, von außen her Druck auf das Kartell (die Organisation) auszuüben.

Kartelle müssen immer mit Angriffen „von außen“ rechnen, denn wenn in ihrer Sphäre größere Profitraten zu erzielen sind, drängt „fremdes“ Kapital (existierende „Außenseiter und neu entstehende Außenkonkurrenz“) in diesen Sektor. Es müssen also Maßnahmen gegen den „äußeren Kartellzwang“ (Kestner) ergriffen werden.

Schließlich sind die akkumulierbaren Profitteile in kartellfremden Sektoren anzulegen, weil sich das Kartell sonst selbst Konkurrenz machen würde. „Die Gefahren, die diesen Verbänden [von Kestner am Beispiel der Montanindustrie erläutert] drohen, erwachsen ihnen nicht aus der Entstehung einer neuen Konkurrenz, sondern aus dem Ausdehnungsdrang ihrer eigenen Mitglieder.“³³

Solche Grenzen des Kartells sind wichtig, um die Konzentrations- und Zentralisationsmöglichkeiten zu beurteilen. Für Kestner geht aus der Analyse klar hervor, dass „das Kartell die ungleichmäßige Entwicklung der Einzelkapitale nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil befördert und so den Konkurrenzkampf innerhalb des Kartells – z. B. in der Form des Tauzie-

33 Fritz Kestner, *Der Organisationszwang*, Berlin 1912, S. 171, im Folgenden jeweils zitiert nach: Klaus Winter: „Monopolkapitalismus und Finanzkapital – Zur Problematik beider Begriffe in Lenins Imperialismusschrift“, [<http://www.kommunistische-debatte.de/imperialismus/monopol1987.html>].

hens um Beteiligungsziffern und neue Preisgestaltung – verschärft.“ (Winter 2002: 7)

Neben diese kartellinterne Konkurrenz tritt die Entstehung neuer Außenseiter als notwendige Folge der Kartellierung. Kestner hält es für charakteristisch, dass „gerade durch die Kartellierung das Entstehen neuen Wettbewerbs befördert und begünstigt wird. Dabei handelt es sich um zwei verschiedene Vorgänge [...]

1. Es ist wiederholt beobachtet worden und kann als eine allgemeine Erscheinung gelten, daß die durch die Kartellierung bewirkte Rentabilität neue Unternehmer und neues Kapital in die Industrie hineinzieht; diese neuen Unternehmungen erscheinen zunächst als Außenseiter. Am deutlichsten hat sich das wohl bei dem Kalisyndikat gezeigt, dessen hohe Preise dauernde Neugründungen hervorriefen. 1879 gab es 4, 1886: 10, 1898: 13, 1901: 23, 1905: 44, 1909: 52 Unternehmungen [...]

2. Die mit der Kartellierung verbundenen höheren Preise führen aber nun außerdem dazu, daß die Abnehmer oder Verbraucher der kartellierten Waren, um sich von dem Syndikat unabhängig zu machen, zur eigenen Erzeugung des Materials übergehen oder sich in den Besitz von Unternehmungen des vorangehenden Produktionsabschnitts setzen, und auf diese Weise in die Gliederkette des Kartells eingreifen. Auch hier handelt es sich um einen vielfach beobachteten Vorgang, dem eine allgemeine Bedeutung zukommt.“ (Kestner 1912: 59)

Schließlich: Da jedes Kapital den Maximalprofit anstrebt, wird auch innerhalb des Kartells – trotz möglicher Preisabsprachen – versucht, über die Senkung des Kostpreises die Profitrate zu erhöhen. Selbst in der Ölwirtschaft – wo heute (2013) gewaltige Summen für den Neueinstieg erforderlich sind – gibt es kein umfassendes und weltweit wirkendes Kartell. Es kommen immer wieder neue Ölförderer hinzu, und es gibt bei der Exploration neuer Ölfelder, bei der Nutzung neuer Ölfördertechnik usw. einen erbitterten Konkurrenzkampf.

Kestner kommt zu dem Schluss: „Wenn man so die Kartelle allgemein in Tätigkeit sieht, die Entstehung neuer Konkurrenz zu verhindern, so sind doch der Durchführbarkeit derartig dauernder Monopolisierungen verhältnismäßig enge Schranken gezogen. In der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige und des Handels ist zwar eine vorübergehende, aber – ohne Staatshilfe – keine dauernde Monopolisierung möglich.“ (Kestner 1912: 164)

Da Kestner keine Möglichkeit zur Bildung von wirklichen (also absoluten und dauerhaften) Monopolen sah, handelte er nur die Kartelle und deren Bestreben ab, sich mit organisatorischen Maßnahmen der Konkurrenz zu erwehren.

Hilferdings und Lenins Irreführungen

Der Österreicher Rudolf Hilferding revidierte in seinem erstmals 1910 erschienenen Buch *Das Finanzkapital* die Marx'sche Theorie nicht dadurch, dass er sie kritisierte, sondern indem er den Anschein erweckte, als würde er sie wissenschaftlich fortentwickeln. Das Buch fand u. a. bei Otto Bauer, Karl Kautsky und selbst bei Lenin großen Beifall, der darin „eine höchst wertvolle theoretische ‚Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘“ (Lenin 1960: 199) sah. Die versteckte Revision der Marx'schen Analyse wurde von Lenin recht kritiklos übernommen: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie“, schreibt Hilferding, „gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“ Das Finanzkapital ist also „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“ (Lenin 1960: 229f.)

Hilferding und in seinem Gefolge Lenin sitzen einem Irrtum auf, dass nämlich „[...] hierbei aber Geldkapital verwechselt wird mit moneyed capital in dem Sinn des zinstragenden Kapitals, während [...] das Geldkapital stets nur eine Durchgangsform des Kapitals ist, als unterschieden von den andern Formen des Kapitals, dem Warenkapital und produktiven Kapital“. (MEW 25: 481)

Hilferding behauptet, dass das Finanzkapital „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“ (S. 309) sei. Aber wenn das Kapital einmal weggegeben ist, verfügt gerade nicht die Bank darüber, sondern der industrielle Kapitalist. Der Kredit ermöglicht „dem einzelnen Kapitalisten oder dem, der für einen Kapitalisten gilt, eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit.“ (MEW 25: 454f.)

Die Banken sind kein Machtzentrum, das über alle Kapitalquellen verfügt und über das Verleihen die Bedingungen und jede Einzelheit der Verwendung festlegt (so als ob sie weiterhin darüber verfügt). Schließlich gibt es noch einen letzten Punkt zu bedenken: Die Banken sind auch Kreditnehmer. Sie sammeln Geld ein und verleihen es dann an ihre eigenen Kreditnehmer. Marx: „Erstens ist es der Teil des Kapitals, den Industrielle und Kaufleute momentan unbeschäftigt in Geldform halten, als Geldreserve oder erst anzulegendes Kapital; also müßiges Kapital, aber nicht Kapital der Müßigen. Zweitens der Teil der Revenuen und Ersparungen aller, der permanent oder

transitorisch für Akkumulation bestimmt ist. Und beides ist wesentlich für den Charakter des Banksystems.“ (MEW 25: 620)

Indem Hilferding und Lenin dem verliehenen Kapital eine besondere Macht zuschreiben, wird das zinstragende Kapital in „Finanzkapital“ verwandelt, ohne dass aber nachgewiesen wäre, in welcher Weise sich das so machtvolle Finanzkapital von dem Geldverleih unterscheiden soll, den schon Marx analysierte. Eine Macht über das fungierende Kapital konnte Marx mit der Kreditvergabe nicht erkennen. Zur angeblichen Fähigkeit der Banken, die gesamtgesellschaftliche Produktion zu kontrollieren, schreibt Marx, es seien „Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankwesens [, die] aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen [hervorgehen].“ (MEW 25: 621)

Mit jener willkürlichen Zuschreibung einer neuen Funktion wird die spezifische Rolle des Kredits verwischt und dem Kreditgeber eine besondere Macht im Reproduktionsprozess zugeschrieben. Das zinstragende Kapital – von Marx im fünften Abschnitt des III. Bands des *Kapital* ausführlich analysiert – bekommt auf einmal bei Hilferding und bei Lenin eine die Industrie und die Gesamtwirtschaft beherrschende Macht. Und weil sich Banken zusammenschließen, werden sie bei Lenin auch noch gleich zu Monopolen. Lenin: „Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“ (Lenin 1960: 230)

Im Gegensatz zum einstigen Wucherer wird das moderne zinstragende Kapital, wie Marx bemerkte, „den Bedingungen der kapitalistischen Produktion angepaßt“ (MEW 25: 613). Das „moderne Bankwesen“ würde einerseits das Wucherkapital seines Monopols berauben, indem es alle totliegenden Geldreserven konzentrierte und auf den Geldmarkt werfe, andererseits beschränke es das Monopol der edlen Metalle selbst durch Schöpfung des Kreditgelds. Diese Emanzipation des Handels und der Industrie vom Wucher bringe zugleich „kolossale Illusionen über die Wunderwirkung des Kredits“ hervor (MEW 25: 617).

Lenin sah den Imperialismus durch folgende fünf Merkmale gekennzeichnet:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich in-

ternationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat, und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (Lenin 1960: 270f.)

Um nicht missverstanden zu werden: Nicht alle diese Beobachtungen lagen (bzw. liegen) daneben. In der Tat gibt es einen beträchtlichen Kapitalexport, und die territoriale Aufteilung der Erde in direkte Kolonialgebiete war am Anfang des 20. Jahrhunderts erst einmal weitgehend abgeschlossen. Folglich drängte das expandierende (und nach zusätzlichem Einflussgebiet/Absatzgebiet drängende) Kapital letztlich auf eine verstärkte Kriegspolitik.

Aber die zwei zuerst genannten Veränderungen, die Hilferding und Lenin als absolut und wesensmäßig ansahen, konnte es schon aus kapitallogischen Gründen nicht geben: Sie widersprechen dem allgemeinen Begriff des Kapitals, der daraus hervorgehenden Konkurrenz der Kapitale untereinander und den verschiedenen funktionellen Bestimmungen des Kapitals, die es bald annimmt, bald wieder abstreift, je nachdem in welchem Stadium es gerade fungiert oder ob es als leihbares Geldkapital ein Dasein noch jenseits des wirklichen Reproduktionsprozesses besitzt. Und jene Veränderungen, die Lenin anführte, wurden auch durch die weitere Entwicklung des Kapitalismus nicht bestätigt.

Lassen wir mal ganz beiseite, dass Lenin sich in seiner Prognose irrte, etwa wenn er schrieb: „Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“³⁴ Auch andere haben sich mit ihren Prognosen geirrt. Lenin unterstreicht den seiner Ansicht nach *eingetretenen* Umschlag in eine neue Qualität u. a. mit folgenden Worten: „Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe [...], als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozess die Ablösung

34 Lenin 1960: 307. Eine solche Prognose steht in gewisser Weise in einem Widerspruch zum Aufschwung des kapitalistischen Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg, zur Durchkapitalisierung großer Regionen vor allem in Asien während der zurückliegenden 25 Jahre und der trotz bremsender Wirkung durch das Kapital nicht zu übersehenden Produktivkraftentwicklung.

der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz [...] Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.“ (Lenin 1960: 269f.)

Diese Entwicklung ist laut Lenin unaufhaltsam. Vorher gab es den Kapitalismus – der durch die freie Konkurrenz gekennzeichnet war – und jetzt (laut Lenin seit Anfang des 20. Jahrhunderts) gibt es die Monopole. „Das Monopol bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln Bahn von ‚bescheidenen Abstandszahlungen bis zur amerikanischen ‚Anwendung‘ von Dynamit gegen den Konkurrenten.“ (Lenin 1960: 212)

Für Hilferding und dann auch für Lenin sind die Monopole Herrschaftsorganisationen, die mit der Überwindung der Konkurrenz das Wertgesetz aushebeln.

Die Frage ist nicht, ob es überhaupt Monopole gibt, sondern wie beständig sie sind, welche Macht sie haben, ob sie sich der Konkurrenz und damit auch der Wirkung des Wertgesetzes entziehen können. Bestimmen diese Monopole das Wirtschaftsgeschehen? Beherrschen sie die gesamte Ökonomie?

Zunächst auf der augenfälligsten Ebene: Wäre wirklich das eingetreten, was Lenin prognostizierte, dann gäbe es heute, hundert Jahre nach Lenins Behauptung („[...] bricht sich überall und mit allen Mitteln Bahn“) nur noch Monopole, dann wäre auch der „Übergang“ längst abgeschlossen.

Lenin kannte Kestners Schrift und verwertete sie in seinem berühmten Imperialismus-Buch, aber er entstellte die eigentlichen Schlussfolgerungen von Kestners Beitrag. Durch Hilferdings Finanzkapitaltheorie auf eine falsche Spur geraten, machte er aus dem „Organisationszwang“ plötzlich wirkliche und dauerhafte Monopole und sah darin eine lang anhaltende Tendenz, die den Charakter des Wirtschaftssystems ändern werde, weg vom ‚klassischen‘ Kapitalismus.³⁵

Die selektive Wahrnehmung der Wirkungsmöglichkeiten (genauer: der Grenzen) von Kartellen brachte Lenin zu der auch empirisch nicht belegbaren Extrapolation: „Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen.“ (Lenin 1960: 210)

35 Lenin spricht vom „Zwang zur Unterwerfung unter die Monopolverbände“ (Lenin 1960: 210) und: „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.“ (Lenin 1960: 211)

Nun hat Lenin in der Programmdebatte von 1920 (nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Debatten der neu entstandenen Komintern) davor gewarnt, sich einzig auf die Monopole als mögliche Gegner zu stürzen. In der politischen Praxis plädierte er weiterhin für den Kampf gegen das Kapital insgesamt, ob kartelliert oder nicht. Aber das hielt seine oberflächlichen Adepten nicht davon ab, die krudesten Ausführungen aus Lenins Schrift als Bibel aufzufassen und das trotz der in den Folgejahrzehnten immer wieder zu machenden Erfahrungen, dass sogenannte Monopole die Konkurrenz nicht aushebeln konnten und dass sie an keiner Stelle dauerhaft waren – es sei denn, sie wurden staatlich geschützt, was nur in wenigen Ausnahmefällen so umgesetzt wurde und auch funktionierte. Schon die Empirie belegt, dass das Wertgesetz und seine Durchsetzung in der Konkurrenz keineswegs historisch überholt sind und dass sich der Kapitalismus nicht qualitativ verändert und in eine andere Produktionsweise transformiert hat. Der von Marx entwickelte Kapitalbegriff und die von ihm herausgefundenen Bewegungsgesetze sind keineswegs historisch begrenzt auf die besondere Phase eines „Konkurrenzkapitalismus“, sondern besitzen allgemeine Gültigkeit für die gesamte kapitalistische Epoche, wie sie heute noch besteht.

Wenn Lenin unter dem Eindruck der Bildung sehr großer Kartelle zu Fehlurteilen gelangte, dann ist dies aus der besonderen historischen Situation heraus erklärbar und ‚entschuldigbar‘. Dass die seit hundert Jahren aber anders sich vollziehende Realität nicht wahrgenommen wird, sollte den Vertretern der Stamokap-Theorie allerdings nicht nur als theoretisches Unvermögen angelastet werden. Dahinter steckt – neben der Bibelgläubigkeit gegenüber Lenins Schriften – vor allem eine verzerrende Darstellung der ökonomischen (und daraus abgeleiteten politischen) Realitäten, um eine ganz bestimmte Art der Bündnispolitik zu rechtfertigen.

Der entscheidende Grund für die Unbeständigkeit wirtschaftlich begründeter Monopole liegt in der Konkurrenz der Kapitale und der Mobilität des Kapitals. Hätten doch die Anhänger der Stamokap-Theorie und so manche andere Linke nur ihren Marx mal wirklich gelesen und dabei die grundlegende Bedeutung der Konkurrenz erfasst.

Wert- und konkurrenzkritische Betrachtungen zur Stamokap-Theorie

Zeise hat die Vorstellung, dass im heutigen Kapitalismus die „Waren nicht mehr zu ihren Werten getauscht“ (*junge Welt* 30.5.2012) würden. Wenn dem so wäre, dann gäbe es nach unserer Auffassung doch wohl nur zwei Möglichkeiten der Erklärung:

Die Arbeitswertlehre ist überholt, denn die Wertbildung läuft nicht mehr über die Vergegenständlichung lebendiger Arbeit, und es erfolgt keine Preis-

bildung mehr über den Ausgleich der Profitraten und die Herausbildung von Marktproduktionspreisen. Wenn der erste Band des *Kapital* sowie die Abschnitte I und II des dritten Bandes neu zu schreiben wären, müsste aber mehr kommen als nur die Behauptung, dass die Waren nicht zu ihren Werten getauscht werden. Oder aber:

Es findet ein ständiger Eingriff in das Funktionieren des Wertgesetzes statt, indem mit außerökonomischen Mitteln (bzw. mit der Macht der Monopole) die einen Marktteilnehmer von den anderen – also in Verletzung der Marktgesetze – übervorteilt, ja betrogen werden, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass gesamtgesellschaftlich gesagt werden könnte, dass Waren „nicht mehr zu ihren Werten getauscht“ werden. Aber auch das müsste nachgewiesen werden.

Marx erklärt im zweiten Abschnitt des dritten Bandes des *Kapital*, wie sich die Warenwerte in einem Prozess des Ausgleichs der Profitraten zu Produktionspreisen modifizieren, um den dann die täglichen Marktpreise oszillieren; die Summe aller Preise entspricht der Summe aller Werte. Waren, die etwa wegen Absatzschwierigkeiten nicht getauscht werden, können ihren Wert nicht realisieren. Die zu ihrer Herstellung eingesetzte Arbeit war – ökonomisch betrachtet – wertlos.

Ein solcher Ausgleich der Profitraten ist keineswegs eine dem Kapital äußerliche Angelegenheit, sondern entspricht dem Wesen des Kapitals. Denn jeder einzelne Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals besitzt als Kapital dieselbe Qualität, die darin besteht, dass ein Wert zu dem Zweck der Verwertung, d.h. zur Erzielung von Profit vorgeschossen wird. Die Gleichheit der Kapitale beinhaltet die Gleichheit ihrer Verwertung. Da sich die Verwertung an der Profitrate, dem Verhältnis von Profit und Kapitalvorschuss, misst, besteht die Gleichheit der Kapitale in der Gleichheit ihrer Profitraten.

Die ursprünglich unterschiedlichen Profitraten, die in verschiedenen Branchen aufgrund deren unterschiedlicher Verwertungsbedingungen bestehen (verschiedene Kapitalzusammensetzungen und Umschlagszeiten), werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten ist. Dieser Ausgleich geschieht dadurch, dass Kapitale vom Sektor niedrigerer Profitabilität in den anderen mit höherer Profitabilität fließen. Angebot und Nachfrage ändern sich. Die hierdurch ausgelöste Preisbewegung führt zu Produktionspreisen, in denen der Durchschnittsprofit enthalten ist.³⁶ Wenn die Konkurrenz einen tendenziellen Ausgleich der Profitraten hervorbringt,

36 „Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostpreis plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzten Profit, oder gleich ihrem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit.“ (MEW 25: 167)

Zusammenhang von innerer Natur des Kapitals und Konkurrenz (Marx)

„Die Konkurrenz überhaupt, dieser wesentliche Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie, etabliert nicht ihre Gesetze, sondern ist deren Exekutor. Illimited competition [unbegrenzte Konkurrenz, d. Verf.] ist darum nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge – die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert.“ (MEW 42: 457)

„Da dem so ist, so wäre zu zeigen, wie die *illimited competition* und *industrial production* Verwirklichungsbedingungen des Kapitals sind, die es selbst mehr und mehr produzieren muß [...]“ (MEW 42: 462)

([...]) „Die freie Konkurrenz, wie Herr *Wakefield** in seinem Kommentar zu Smith richtig herauswittert, ist *noch nie* entwickelt worden von den Ökonomen, soviel von ihr geschwätzt wird und so sehr sie die Grundlage der ganzen bürgerlichen, auf dem Kapital beruhenden Produktion. Sie ist nur negativ verstanden worden: d. h. als Negation von Monopolen, Korporationen, gesetzlichen Regulationen etc. Als Negation der feudalen Produktion. Sie muß aber doch auch etwas *für sich* sein, da bloß 0 leere Negation ist, Abstrahieren von einer Schranke, die z. B. in der Form von Monopol, natürlichen Monopolen etc. sofort wieder aufersteht. Begrifflich ist die *Konkurrenz* nichts anderes als die innre *Natur des Kapitals*, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innre Tendenz als äußerliche Notwendigkeit.) (Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.)“ (MEW 42: 327)

„Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.“ (MEW 23: 286)

* in der Handschrift: *Wakley*

dann exekutiert sie durch den äußeren Zwang, den die Kapitale untereinander ausüben, nur die immanente Bestimmung des Kapitals (siehe Kasten).

Zu Marxens Zeiten setzten sich die Freihändler (im Kampf gegen die Merkantilisten) für die Abschaffung diverser noch existierender (historisch überkommener) Monopole ein. Diese waren außerökonomisch entstanden, basierten also auf staatlichen (hoheitlichen) Festlegungen, die einem bestimmten Produzenten das Monopol zuwiesen oder z. B. bestimmte Importe nicht einfach nur mit Zöllen belegten, sondern geradewegs verboten (hier

handelt es sich also um das sog. *absolute Monopol*, im Gegensatz zum *prozessualen Monopol*). So gab es rechtliche Monopole (etwa das Branntwein-Monopol) durch den Staat oder durch Gesetze (Patentrecht). Laut Marx werden gesetzliche Monopole früher oder später zu Hemmnissen der kapitalistischen Entwicklung und geraten dann unter Druck.

Im 20. und 21. Jahrhundert sind die *absoluten Monopole* für den Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion ohne nennenswerte Bedeutung. Für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft spielten sie schon im 19. Jahrhundert keine wirkliche Rolle.

Marx spricht vom Monopol aufgrund „monopolisierter Naturkräfte“ (natürlicher Wasserfall etc.) (MEW 25: 656, 658f.). Der Extraprofit, der durch die Anwendung einer monopolisierbaren Naturkraft entsteht, verwandelt sich in Grundrente und kann nur deshalb nicht wegkonkurriert werden, weil er gerade nicht aus dem Kapital selbst entspringt (MEW 25: 659). Wäre dies aber der Fall, dann würde sich die prinzipielle Gleichheit der Kapitale in einer Tendenz zu gleich großen Profitraten realisieren. Denn die aus dem Kapital selbst hervorgehende Konkurrenz strebt immer dazu, Unterschiede der Verwertung mehr und mehr auszugleichen.

Sehen wir von den monopolisierten Naturkräften als Basis der Grundrente ab, so müssen wir zunächst festhalten: Wenn Marx von Monopolen spricht, dann sind dies entweder außerökonomisch begründete (staatlich geschützte) Monopole oder eben überkommene Verhältnisse aus vorkapitalistischen Produktionsweisen, die im Fortgang des Kapitalismus mehr und mehr verschwinden, wie die einstigen Privilegiensysteme, Stapelrechte, Binnenzölle, das Zunftwesen, die Handelsmonopole, das Monopol des Wuchers etc. Monopole, die sich auf der Grundlage eines noch nicht verallgemeinerten technischen Fortschritts ergeben, sind laut Marx aufgrund der Kapitalbewegung und des Ausgleichs der Profitraten nicht auf Dauer zu halten.

Wie die Dinge auch betrachtet werden: Aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozess heraus entstehen keine dauerhaften Monopole, die sich in irgendeiner Weise hätten festsetzen und Profite an sich ziehen können.

An der Ausgleichstendenz der Profitraten hat sich bis heute nichts geändert. Es gibt nach wie vor einen fortgesetzten Konkurrenzkampf und eine ständige Kapitalbewegung zwischen den Sektoren. Das Einzelkapital kann weder die Anwendung einer ausnahmsweisen Produktivkraft, die aus dem Kapital selbst hervorgegangen ist, monopolisieren noch kann es seinen Verkaufspreis nach Belieben festlegen, denn die Marktproduktionspreise setzen ihm klare Grenzen.

Diese Voraussetzungen stellen sich dem Einzelkapital als äußerer Zwang dar, als unumgehbare Bedingungen der Kapitalverwertung. Konkurrenz bil-

Staat, Patentrecht, Monopol

Der einzige nennenswerte Bereich staatlichen Eingreifens zum Schutz von marktbeherrschender Produktion ist das Patentrecht (in Deutschland durch das Deutsche Patent- und Markenamt, DPMA, in München oder durch das Europäische Patentamt, EPA, dessen Monopolschutz in den 20 Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens gültig ist). Die größten Auswirkungen hat das im chemischen Bereich und hier vor allem in der Pharmaindustrie.

Das Patentrecht ist aber letztlich nur eine besondere Form der „technologischen Rente“, die nämlich den damit erzielten Extraprofit zeitlich befristet (maximal 20 Jahre) schützen hilft, aber eben nicht absolut durchsetzt. Wenn nämlich die Konkurrenten noch bessere Produktionsverfahren als das patentierte entwickeln, verliert dieses Patent seine Wirkung. Es stellt also keine Garantie für eine bestimmte Höhe des Profits dar, schon gar nicht auf Dauer.*

Schreitet nun aber der Staat nicht im Interesse des Gesamtkapitals gegen Monopole ein? Am bekanntesten ist die Anti-Trust-Gesetzgebung in den USA vom Ende des 19. Jahrhunderts. 1890 versorgte der Standard Oil Trust (Rockefeller) 80% der US-Ortschaften mit Benzin. Dies schränkte die Möglichkeiten der Konkurrenz ganz beträchtlich ein, sodass sich der Kongress (21.3.1892) entschloss, den Trust zu zerschlagen. Dieser politische Eingriff war aber nur eine vordergründige politische Reaktion auf die Empörung der Verbraucher, die die hohen Preise beklagten (also eine Ablenkung), und keine preiswirksame Maßnahme. Denn die Kostenkalkulation bei Standard Oil hatte ergeben: Eine Preissenkung des Benzins von Standard Oil um 1 Cent pro Gallone gefährdete bereits die Rentabilität des Unternehmens. Die preisliche Entlastung der Verbraucher konnte also keine Rolle spielen. Die Aufspaltung des Konzerns führte nicht zu einer generellen und nennenswerten Preissenkung in den USA, sondern nur zu einer Umverteilung des Profits innerhalb der USA auf mehrere Kapitalisten, und zwar mit dem Zweck der politischen Beruhigung**, die sofort eintrat, nachdem vorübergehende Barrieren für den Ausgleich der Profitraten politisch weggeräumt waren.

* Ganz abgesehen von dem aufwändigen Patentverfahren, das sich für die täglich stattfindenden Verbesserungsprozesse (Rationalisierungen usw.) gar nicht lohnt, weil es Jahre (im Schnitt 2,5 Jahre) bis zur Anerkennung in Anspruch nimmt.

** Vor allem die *Progressives* drangen auf eine Umsetzung der Anti-Trust-Bestimmungen.

det also die essenzielle Grundlage der Marktpreisbildung. Von einer Außerkraftsetzung des Wertgesetzes und von einer willkürlichen Preisbestimmung kann keine Rede sein.

Kapitalismus ohne Konkurrenz ist nicht vorstellbar; diese geht aus den inneren Bestimmungen des Kapitals selbst hervor und lässt sich keineswegs durch Monopole beseitigen. Zeise verkennt den inneren Zusammenhang von Kapital und Konkurrenz. Er sieht in der Konkurrenz lediglich ein dem Kapital äußerliches Wirkungsverhältnis, das von monopolistischen Finanzkapitalen so stark eingeschränkt werden kann, dass damit höhere Profite durchgesetzt werden können.

Wenn Zeise und alle anderen Anhänger der „Stamokap-Theorie“ den „staatsmonopolistischen“ Charakter des heutigen Kapitalismus erläutern, bleiben sie bei der Wirkungsbeschreibung immer recht allgemein. Die vielen Beispiele, die sie in Sachen Macht der „monopolistischen“ Konzerne anführen, lassen vermuten, dass sich Grundsätzliches ändern würde und wir in einem besseren System leben würden, wenn ihnen nur ihre besondere Macht (die dem „Monopol“ zugeschrieben wird) weggenommen würde. Wie genau (in welchem Umfang, in welchen Grenzen) sich das von Zeise behauptete Außerkraftsetzen des Wertgesetzes vollzieht, wird nicht thematisiert. Wenn das Wertgesetz außer Kraft gesetzt werden kann, warum werden dann die Profite nicht ständig erfolgreich nach oben getrieben? Wieso haben wir gesamtwirtschaftlich eher sinkende Profitraten, wenn doch die Monopole so allmächtig sind und sich über das Wirken des Wertgesetzes hinwegsetzen können?

III.

Geldökonomie und Realökonomie – die Zwei-Welten-Theorie von Michael Heinrich

Als ein großes Problem in der linksorientierten Krisendebatte erwies sich die oberflächliche und inkonsistente Betrachtungsweise der Krise, die vorwiegend als eine Angelegenheit des aufgeblähten Finanzsektors gesehen wird. Wir stießen immer wieder auf disparate Begründungszusammenhänge, denen unterschiedliche Theorien zugrunde lagen. Von gelegentlichen Ausflügen in die monetäre Konjunkturtheorie abgesehen, bestand der Eklektizismus linker Krisentheorien vor allem in einer Kombination aus Marx'scher und keynesianischer Theorie. Es gehört zur Ironie dieser Debatte, dass gerade diejenigen, die mit dem Anspruch angetreten waren, durch „Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie“ die angeblichen „Ambivalenzen und Inkonsistenzen“ der Marx'schen Theorie zu beseitigen, in ihrer eigenen „Neuen Marxlektüre“ erst die Ambivalenzen generierten und insgesamt zu einer Vulgarisierung der Kritik der politischen Ökonomie beitrugen. Gemeint sind hier vor allem die Beiträge von Michael Heinrich.

Zunächst einmal enthalten seine Ausführungen zur Marx'schen Krisentheorie und deren Aktualität nichts Neues. Er wiederholt längst vorgebrachte Einwände: Bei Marx gebe es „keine zusammenhängende Darstellung einer Krisentheorie“, die deshalb einen „unfertigen Charakter“ trage, einige „Ambivalenzen“ enthalte und bezogen sei auf die historisch begrenzten Krisenerfahrungen des 19. Jahrhunderts (Heinrich 2006: 341 ff.). Bei der Erörterung des „Marx'schen Gesetzes zum tendenziellen Fall der Profitrate“ und der „Marx'schen Zusammenbruchstheorie“ tauchen längst bekannte Kritikpunkte auf. Dass sich Heinrich schließlich auf die Seite der Kritiker schlägt, soll uns hier nicht näher beschäftigen.³⁷ Uns interessieren mehr seine

37 Kritisch dazu vermerkt Wendt (2008: 4f.): „Alle Aspekte des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, denen Marx potenziell systemtranszendierende Momente zuschreibt, werden unter Ideologieverdacht gestellt und aus der Kritik der politischen Ökonomie eliminiert. [...] Die Krisen? Marx betrachtet sie als „eklatierende Widersprüche“, die die kapitalistische Produktionsweise „selbst dem groben Blick als bloß historische Übergangsform kennzeichnen“. Heinrich leugnet die über den Kapitalis-

Aussagen zur Bedeutung des Kreditsystems und zur besonderen Stellung der Finanzmärkte – wie gezeigt ein zentraler Punkt linker Krisentheorien.

Anders als die empirisch reichhaltigen Studien, etwa die von Jörg Huffschild, in denen mit viel Fleiß versucht wird, die jüngsten Entwicklungen der Finanzmärkte zu erfassen und einzuordnen, vulgarisiert Heinrich einige Betrachtungsweisen dieser Debatte und vermischt sie mit keynesianischer und Marx'scher Begrifflichkeit: Ein „aufgeblähtes Finanzsystem“ sei entstanden, das nicht mehr so recht zur Realökonomie passe. Es sei „die Folge enormer Umverteilungsprozesse“. Immer größere Teile der Profite „flossen in die seit den Siebzigerjahren zunehmend deregulierten Finanzmärkte“ (Heinrich 2009). Mit der Entstehung eines „monetären Weltmarktes“ habe sich die Funktionsweise des Finanzsystems verändert, das jetzt das „eigentliche Steuerungszentrum des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs“ sei (Heinrich 2000: 2). Eine solche Steuerungsfunktion des Kreditsystems sei im Einklang mit der von Keynes betonten „Hierarchie der Märkte“, wonach der Kapitalmarkt den Umfang der Investitionen und damit den „Güter- und Arbeitsmarkt“ steuere. Diese keynesianische Sicht stehe „nicht im Widerspruch zur Marx'schen Theorie“, würde diese nur richtig, d. h. monetär gedeutet (Heinrich 2006: 300).

All diese Vorstellungen von der besonderen Bedeutung des Finanzsystems im Krisengeschehen haben wir im Zusammenhang mit der linkskeynesianischen *Memorandum*-Gruppe und entlang des Beitrags von Lucas Zeise kritisiert, wo wir es mit einer vergleichsweise differenzierten Argumentationsweise zu tun hatten. Wenn wir dennoch Heinrichs Beiträge systematisch in unsere Kritik einbeziehen, dann ausschließlich deshalb, weil mit seiner „Neuen Marxlektüre“ eine besondere Art der Keynesianisierung der Marx'schen Theorie verbunden ist, die in ihrem Eklektizismus das theoretische Feld für die Vorstellung vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in einer Weise aufbereitet hat, worin die Kritik der politischen Ökonomie einen durchweg apologetischen Charakter erhält: Die kapitalistische Krisenhaftigkeit wird verharmlost, indem sie jenseits des kapitalistischen Kernsektors angesiedelt wird und als politisch steuerbar erscheint. Das keynesianische Dogma von der „Hierarchie der Märkte“ und von der besonderen

mus hinausweisenden Aspekte der Krisen, betont einseitig die von ihnen ausgehende Wiederherstellung der Bedingungen der kapitalistischen Reproduktion. [...] Der tendenzielle Fall der Profitrate? Marx nennt ihn das wichtigste Gesetz der Politischen Ökonomie. ... Für Heinrich ist das Ganze ein bloßer Irrtum. [...] Folgt man Heinrich, hat der Kapitalismus keine Geschichte. Er ist keine transitorische Gesellschaft, er ist ein in sich selbst kreisendes, vielleicht zuweilen von Krisen heimgesuchtes, vielleicht unschönes, letztlich jedoch stabiles System.“

Rolle des Geldes, das der „Realökonomie“ ihre Werte stiftet, bilden zentrale Punkte, die der Marx’schen Theorie untergeschoben werden. Das geschieht im Verborgenen. Offen wird nur gesagt, dass die Marx’sche Werttheorie von verschiedenen Mängeln zu befreien sei. Die Rettung der Marx’schen Werttheorie durch eine fehlerfreie, konsistente und monetär ausgelegte Rekonstruktion wird proklamiert. In Wirklichkeit wird die Marx’sche Werttheorie verfälscht und verdreht, um sie keynesianisch zu öffnen. Die „Neue Marxlektüre“ läuft auf einen radikalen Bruch mit der Marx’schen Wert- und Kredittheorie hinaus.³⁸

1. Dominanz des Geldes

Heinrichs „Neue Marxlektüre“ zielt auf den Kern der Marx’schen Theorie, auf die Arbeitswert- und Geldtheorie. Die Marx’sche Lösung des Geld-Rätsels wird rückgängig gemacht, indem Michael Heinrich das Geld als unabhängig von der produzierten Ware setzt. Eine Erklärung des Geldes aus dem Wert der Waren, also genau das, was Marx als den entscheidenden Springpunkt gegenüber der bürgerlichen Gelderklärung angesehen hat – „die Genesis dieser Geldform nachzuweisen“ (MEW 23: 62) –, ist nun gar nicht mehr möglich. „Die wertformanalytische Geldtheorie von Marx wird in eine geldtheoretische („monetäre“) Werttheorie verkehrt“ (Haug 2007: 563).

Zudem beseitigt Heinrich den für die Geldform des Werts notwendigen Zusammenhang von Ware und Geldware. Geld, so verkündet seine Lesart, sei immer nur ein Zeichen von Wert. Die „konzeptionelle Bindung der Geldtheorie an eine Geldware“ führe in die Irre und sei auch durch die institutionelle Entwicklung des Kredit- und Bankensektors historisch überholt.³⁹ Ein „reines Zeichengeld“, ganz so, wie es die Zentralbank heutzutage herausgibt, sei das „wirkliche Geld“, dessen Entstehungsort jenseits der Warenzirkulation liegt. Aller Warenbezüge entkleidet, thront das Geld über der Warenwelt. Diese Lehre von der Dominanz des Zentralbankgeldes bildet die

38 Nähere Ausführungen dazu: Haug (2003/2004/2007), Sandleben (2008), Schulz (2008), Gegenstandspunkt (2008), Voegelé (2011).

39 „Die Marx’sche Geldauffassung weist allerdings auch einen bedeutenden Defekt auf, da Marx davon ausgeht, dass Geld grundsätzlich an eine Geldware gebunden sein muss. [...] Spätestens seit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods in den frühen 70er Jahren kann man jedoch nicht mehr davon sprechen, dass das kapitalistische Geldsystem in irgendeiner Weise von einer Geldware abhängt“ (Heinrich 2001: 161).

Kernbotschaft der „monetären Wertlehre“⁴⁰, die in mühevoller Kleinarbeit das theoretische Feld für die Vorstellung vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ vorbereitet hat.

Papierzettel der Zentralbank, die nach Heinrichs Meinung Geld sein sollen, fungieren als Voraussetzung des Warenwerts. Der Wert existiert nur „als Bezug der Waren auf Geld“, schreibt Heinrich. „Nur indem die Waren auf Geld bezogen werden, kann sich ein kohärenter gesellschaftlicher Zusammenhang zwischen den verschiedenen Privatarbeiten herstellen“ (Heinrich 2006: 250 f.). Heinrich sagt: Geld konstituiert den Wert. Das direkte Gegenteil schreibt Marx: Geld ist der selbstständige Ausdruck des Werts. Die „monetäre Wertlehre“ ist keine Marx-Rekonstruktion, sondern der Abschied von der Marx’schen Theorie.

2. Realökonomie

Wir haben bereits kritisch darauf hingewiesen, dass in der finanzmarktbezogenen Krisendebatte die Himmelfahrt von Geld und Kredit einhergeht mit einer kruden Betrachtung der „Realökonomie“, die von ihren Wert- und Kapitalbestimmungen entkernt wird. Unsere Kritik zielte darauf ab, dass der Wertcharakter der Waren und damit sein Zusammenhang zum Geld ignoriert wurde, was dann darauf hinauslaufen musste, die Warenwelt als einen bloßen Haufen von Gebrauchswerten zu sehen, denen das Geld äußerlich gegenübersteht und die erst durch das Geld ihren gemeinsamen Nenner erhalten.

„Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel“, schreibt Marx. „Umgekehrt. Weil alle Waren als Werte vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben spezifischen Ware messen“ (MEW 23: 109). Der Preis ist nur der Geldname, ein objektiver Ausdruck gleichartiger Arbeit, verausgabt in der Produktion der Ware.

Heinrichs „monetäre Wertlehre“ mit dem Geld als die „schaffende Kraft“ (Schulz), die der Ware erst ihren Wert gibt, muss genau diesen Punkt in das Gegenteil verkehren. In seiner besonderen Lesart deutet er die Waren pro-

40 „Das Geld ist bei ihm von vornherein die schaffende Kraft, weshalb er seine Lehre ja auch ‚monetäre Werttheorie‘ tauft. Ein Ding, das Geld, wird zum Schöpfer eines gesellschaftlichen Verhältnisses, zum Schöpfer nämlich des Wertes. Bereits im Ansatz ist diese Konsequenz seiner ‚Theorie‘ dermaßen auffällig, dass es ganz und gar unerfindlich ist, wie sie sich über viele Jahre verbreiten konnte. Während Marx den Wert entziffert als ein ‚unter sachlicher Hülle verborgenes gesellschaftliches Verhältnis‘, will Heinrich ihn als ein Geschöpf dieser sachlichen Hülle unter die Leute bringen“ (Schulz 2008).

duzierende Arbeit in eine reine Privatarbeit um. Allein aus einer Vielzahl konkret nützlicher Arbeiten soll diese existieren. Heinrich unterschlägt den spezifisch gesellschaftlichen Charakter dieser Arbeit, der in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht. Solch eine gleiche Arbeit kann nur abstrakte, unterschiedslose Arbeit sein, die in der Verausgabung von „menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.“ existiert (MEW 23: 58). Die abstrakte Arbeit ist nach Marx sowohl gesellschaftliche Arbeit als auch tatsächliche Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft schlechthin. Sie ist beides und sie ist es, die den Wert produziert.

Genau das verwirft Heinrich. Seiner Meinung nach gehen die produzierten Dinge in den Austausch, ohne dass sie Wert besitzen. „Gebrauchswerte werden [...] erst innerhalb und durch den Austausch zu Waren“, schreibt er (2006: 232).⁴¹ Hier erst, durch das Geld, erhalten sie ihren gesellschaftlichen Charakter und mit ihm den Wert.

Für die Werttheorie ergeben sich daraus folgenschwere Konsequenzen. Wird der gesellschaftliche Charakter der Arbeit in die Zirkulation verschoben, dann wandert zugleich die Wertquelle, also die gesellschaftliche Arbeit, die den Wert produziert, in die Zirkulation. Werte entstehen dann nicht mehr in der Produktion, sondern in der Zirkulation also paradoxerweise dort, wo gar nicht mehr gearbeitet wird.⁴² Konsequenz ist es dann, wenn Heinrich

41 „[...] vor dem Austausch existieren nur Gebrauchswerte“ (Heinrich 2006: 242) „Der hier herausgestellte Punkt, dass die Produkte ihre Wertgegenständlichkeit erst im Austausch erhalten, vor dem Austausch also noch gar keine Waren sind, wurde verschiedentlich kritisiert“ (Heinrich 2006: 216). Backhaus und Reichelt (1995: 68ff.) setzten sich in ihrer Marxlektüre davon ab und warfen Heinrich einen Rückfall in die bürgerliche „Zweiweltenlehre“ vor, in eine „naturale Realsphäre“ und in die Welt des Austausches.

42 „Jetzt soll die konkrete Arbeit in eine abstrakte ‚verwandelt‘ werden – und zwar kraft einer rätselhaften Eigenschaft des Geldes. Statt auf die Lösung des ‚Geldrätsels‘ loszusteuern, dichtet er (Michael Heinrich) dem Geld eine bisher noch ganz vergessene Fähigkeit an, nämlich die Fähigkeit, konkrete Arbeit in abstrakte zu verwandeln. Die Marx'sche Frage, worin denn der Zusammenhang der abstrakten Arbeit mit dem Geld besteht, wird umformuliert in die Frage, wie konkrete Arbeit abstrakt wird, und diese Frage wird auch noch beantwortet: durch den ‚Bezug‘ auf das Geld. Mehr Fetischismus geht nicht. Dagegen hat Marx ‚im Rahmen seiner Wertformanalyse‘ die notwendige Entwicklung der abstrakten Arbeit zum Geld durch den Warenaustausch analysiert, was natürlich abstrakte Arbeit unterstellt, die weiter nichts ist als Arbeit unter dem Gesichtspunkt der bloßen Verausgabung von Arbeitskraft. [...] Wenn nach Marx also die abstrakte Arbeit den Warenaustausch möglich macht und dieser Austausch das Geld notwendig, dann bringt er damit deutlich zum Ausdruck, dass für ihn das Geld die abhängige Variable ist und die abstrakte Arbeit die bestimmende. Die genaue Entwicklung dieses Zusammenhanges hat über Jahrzehnte hinweg einen Großteil seiner Arbeitskraft beansprucht. Und nun das!“ (Schulz 2008)

(2006: 218f., 243) nicht mehr in der Arbeitszeit das Größenmaß des Werts sieht, sondern eben im Geld, das die Werte auch schaffen soll. Die Quintessenz ist eine völlige Abkehr von der Marx'schen Werttheorie und nicht einfach nur eine andere Lesart.

Man sollte sich Heinrichs Lesart nochmals vor Augen führen, um das Ungeheuerliche dieser Verkehrung vollständig zu begreifen: Vor dem Tausch sollen nur Gebrauchswerte, keine Werte existieren. Es ist der im Tausch existierende Bezug zum Geld, wodurch die heterogenen Arbeitsprodukte kommensurabel werden.⁴³ Die gleiche Wertgegenständlichkeit wird erst durch das Geld geschaffen, ein Geld aber, das aus Papierzetteln der Notenbank besteht. Mit ihrem Geld scheint die Bank die Realökonomie in eine Warenökonomie verzaubern zu können. Heinrich produziert den kuriosen Zusammenhang, wonach sich heterogene Arbeitsprodukte, also untereinander inkommensurable Gebrauchswerte, mit einer Menge Zeichen – etwa in Gestalt bedruckter Papierzettel – austauschen. Und ebenso unbegreiflich ist, wie solche (wertlosen) Zeichen Werte hervorbringen, um auf diese Weise heterogene Arbeitsprodukte in Waren zu verwandeln.

Halten wir den für uns wichtigen Punkt fest: Heinrichs Produktionsökonomie besteht aus einer Ansammlung von Gebrauchswerten und konkret nützlicher Arbeiten. Damit wäre sie tatsächlich eine „Realökonomie“, in der Produkte und keine Waren produziert werden.

Das ist genau der Standpunkt des Bankiers: Aus seiner Sicht handelt der Banker mit Geld und Ansprüchen auf Geld im Unterschied zu den „nicht monetären Finanzinstituten“, die mit profanen „Gütern“ zu tun haben. Es ist dieser bornierte Blick des Bankiers, den Heinrich in seine monetäre Werttheorie umgesetzt hat.

Für die Betrachtung der Krise ergeben sich Konsequenzen, die Heinrich allerdings nur gelegentlich zieht. Das Geld, weiter gedacht: auch der Kredit, müssen die eigentliche Krisenursache sein, nicht aber die Realökonomie, die als bloße Anhäufung von Produkten gerade keine inneren Gegensätze und Widersprüche mehr besitzt, die aus sich selbst heraus zu Krisen treiben. Geld- und Kreditkrisen, so die Konsequenz, können nur aus dem Finanzsektor selbst kommen und sie können nicht, worauf Marx stets beharrte, ein Folgeereignis einer Krise in der kapitalistischen Warenproduktion sein mit dem in der Ware eingeschlossenen Gegensatz von Gebrauchswert und

43 Während Keynes (1936: 33ff., 179) ein Problem darin sah, eine „Realproduktion mit einer anderen zu vergleichen“ und dabei zumindest noch die Frage nach der Homogenität von Arbeit und ihrem Maß aufwarf, verdeckt Heinrich dieses Problem nicht nur, sondern macht die Lösung durch Leugnung der Gleichartigkeit der im Produktionsprozess verausgabten Arbeit unmöglich.

Tauschwert als der Möglichkeit der Krise. Heinrichs theoretische Konstruktionen laufen in letzter Konsequenz darauf hinaus, das Krisengeschehen aus der Warenproduktion herauszunehmen und es in den Geld- und Kreditbereich zu verschieben.

3. „Kreditsystem als Steuerungsinstanz der kapitalistischen Ökonomie“

Marx löste das Geldrätsel durch die Klärung der Voraussetzungen des Geldes, eine große wissenschaftliche Tat⁴⁴, die durch Heinrichs „Neue Marxlektüre“ verdunkelt wird. Die monetäre Deutungsweise der Werttheorie beseitigt den Wert als die Voraussetzung des Geldes, das nun scheinbar voraussetzungslos von der Zentralbank einfach so geschaffen werden kann. Näher betrachtet erweist sich eine solche Lesart als keynesianische Sicht der Dinge, in der das Geld zu einer exogenen Angelegenheit, vor allem zu einer Angelegenheit der Notenbank wird. Das ist ein Rückfall in die bürgerliche Geldbetrachtung, für die eine werttheoretische Fundierung und damit eine Lösung des Geldrätsels schon deshalb nicht infrage kommt, weil genau diese Arbeitswertlehre den Kristallisationspunkt einer Kritik kapitalistischer Ökonomie bildet und deshalb aus ideologischen Gründen nicht thematisiert werden darf.

Das Geld, das scheinbar jenseits und losgelöst von der Warenwelt durch das bloße Anwerfen der (auch elektronischen) „Druckerpresse“ von der Zentralbank in beliebiger Höhe geschaffen wird, soll nach Heinrichs Meinung dem Kreditsektor eine neue Bedeutung geben. Denn solches „reines Zeichengeld“, wie er das „wirkliche Geld“ nennt, kann jede Geld- und Kreditkrise mühelos beseitigen, einfach dadurch, dass Zentralbanknoten in genügender Menge gedruckt werden. Der im Krisenzyklus stattfindende plötzliche Umschlag des Kreditsystems in das Monetarsystem, der Schrei nach Geld, wenn Kreditketten brüchig werden oder gar reißen und deshalb Waren auf den Markt geworfen werden, um zahlen zu können, soll keineswegs mehr „unausweichlich“ sein, wie Heinrich (2006: 298) den Leser beruhigt. Mit dem „reinen Zeichengeld“ scheint die Geldpolitik über das Instrument zu verfügen, wenigstens die kritischste Phase des Krisenzyklus zu beheben.

44 „Es steht daher dem Werte nicht auf der Stirn geschrieben, was er ist. Der Wert verwandelt vielmehr jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Später suchen die Menschen den Sinn der Hieroglyphe zu entziffern, hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Produkts zu kommen [...] Die späte wissenschaftliche Entdeckung, dass die Arbeitsprodukte, soweit sie Werte, bloß sachliche Ausdrücke der in ihrer Produktion verausgabten menschlichen Arbeit sind, macht Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit“ (MEW 23: 88).

Hierarchie der Märkte

Das Kreditwesen soll noch eine weitere Bedeutung besitzen, wenn das Geld als bloßes Zeichengeld scheinbar unabhängig von irgendwelchen Restriktionen der Warenwelt emittiert wird. Denn jetzt erhalte das Kreditsystem die nötige „Flexibilität“, die „zur Steuerung einer entwickelten kapitalistischen Produktion erforderlich ist“, schreibt Heinrich (2006: 303). Es sei das „Kredit- und Bankensystem, über welches die kapitalistische Produktion letzten Endes gesteuert“ werde (Heinrich 2006. 299 f.).⁴⁵

Mit einer solchen Steuerungsfunktion verbindet Heinrich die Vorstellung des Monetärkeynesianismus von der „Hierarchie der Märkte“, wonach der Finanzmarkt den Gütermarkt bestimmt.⁴⁶ Den Zins, den Unternehmen für die Kreditaufnahme bezahlen müssen, zwingt sie, einen Profit zu erzielen, der es erlaube, mindestens den Zins zu zahlen, sei es „durch Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals, Druck auf die Löhne, Steigerung der Produktivität oder durch einen Wechsel der Branche. Insofern hat Keynes auch für die Marx'sche Theorie relevante gesamtwirtschaftliche Wirkungszusammenhänge im Blick“ (Heinrich 2006: 300).

Der Verwertungszwang des Kapitals, bei Marx eine Angelegenheit des fungierenden Kapitals selbst, wird in einen äußerlich bestehenden Zwang zur Zinszahlung umgemünzt. Die Finanzmärkte bzw. deren Akteure seien schuld, wenn die Unternehmen die Löhne drückten, eine These, die uns immer wieder in der linken Krisendebatte begegnete. Neu ist lediglich, dass Heinrich den keynesianischen Inhalt in Marx'scher Verkleidung vorträgt und dem Leser einzureden versucht, es handle sich um eine Präzisierung und Fortentwicklung der Marx'schen Kapital- und Akkumulationstheorie.

45 Ähnlich Altvater: „Am Ende dieser Kette von Verselbständigungen befindet sich dann ein Finanzsektor, der nach seiner eigenen Musik tanzt. [...] Die Entbettung und Verselbständigung der Märkte gegenüber der Gesellschaft ist auch die Grundlage für jene Hierarchie der Märkte, die von der an Keynes orientierten ökonomischen Theorie gegen die klassisch-neoklassische Annahme, dass Märkte prinzipiell gleichartig und jeweils durch den Preismechanismus zu einem Marktgleichgewicht der Vollbeschäftigung aller Faktoren gesteuert würden, ins Zentrum der Analyse von Marktgleichgewichten stellt: Der Geld- und Finanzmarkt steuert mit seinen Preissignalen (den Zinsen) den Gütermarkt. [...] In der Sphäre der Finanzen operiert zwar ‚fiktives‘ [...] Kapital, das aber reale Konsequenzen zeitigt“ (Altvater 2010: 55 f.).

46 „Vielmehr wird hier eine Hierarchie der Märkte postuliert, die alle durch monetäre Prozesse gesteuert sind. Der Vermögensmarkt steht an der Spitze der Markthierarchie, er dominiert den Güter- und den Arbeitsmarkt. Nach Keynes steuern Geldvorschüsse die Produktion. Das bedeutet, dass Prozesse auf dem Vermögensmarkt über den gewünschten Bestand an Produktivvermögen und damit auch über die Investitionstätigkeit entscheiden. Nach dieser Sicht ist eine Marktwirtschaft eine Kredit- bzw. Verpflichtungsökonomie“ (Herr 2001: 211).

Die Steuerungsfunktion des Kredit- und Finanzmarkts wird noch in anderer Weise plausibel gemacht. Heinrich unterscheidet auf der „Ebene des Gesamtprozesses kapitalistischer Produktion“ zwischen der wirklichen Akkumulation und einer Akkumulation von „fiktivem Kapital“, darunter Anleihen und Aktien. Zwischen beiden Akkumulationsmöglichkeiten, so klärt uns Heinrich keynesianisch⁴⁷ auf, könnten die „einzelnen Kapitalisten durchaus entscheiden, ob sie ihren Profit in Form von Realkapital oder von Geldkapital akkumulieren“ (Heinrich 2006: 301). Hier ist es, wie er später hinzugefügt, „die Interaktion der [...] Zinsrate mit der [...] Durchschnittsprofitrate, die ein dynamisches Element ins Spiel bringt“ (2006: 315).

Indem die Besitzer von verleihbarem Geldkapital den Zins mit der Profitrate verglichen und dann ihr Geld je nach erwarteter Rentabilität entweder für eine Finanz- oder für eine Sachinvestition ausgaben, würden sie den wirklichen Akkumulationsprozess steuern.

Eine solche Entscheidungsmöglichkeit ist nur im Einzelfall möglich, etwa wenn ein Geldbesitzer ein neues Geschäft eröffnen möchte und sich überlegt, ob sich das Geschäft im Vergleich zum Kauf einer Anleihe lohnt. Setzt er das Geld als Geldkapital ein, um das Geschäft tatsächlich zu eröffnen, dann würde er mit seiner Investition die Akkumulation erweitern.

Schon diese Entscheidung zugunsten der wirklichen Akkumulation ist jedoch an Voraussetzungen gebunden, die der Kredit- und Finanzsektor gar nicht liefert. Die Umstände, die die Profitrate beeinflussen, werden vom wirklichen Akkumulationsprozess gesteuert und nicht vom Finanzmarkt. Da die Keynesianer auf eine Werttheorie verzichten, können sie auch die Bewegung der Profitrate nicht erklären. Sie verwandeln die Profitrate in eine spekulative Größe, die von der Erwartung der Akteure und deren Vorstellung von der Knappheit des Kapitals bestimmt wird.⁴⁸ Mit dem Verzicht auf

47 „Diese, in der Keynes’schen Gedankenwelt formulierte Alternative hat mit der Marx’schen Werttheorie jedoch nichts zu tun. Die in der Monetären Werttheorie suggerierte Beliebigkeit einer Wahl zwischen Kapitalverwertung in Form des industriellen Kapitals oder des fiktiven Kapitals ist werttheoretisch Unsinn. [...] Doch auch die versuchte Verschwisterung von Keynes und Marx über die ‚zentrale Rolle des Geldes‘ ist missglückt“ (Voegele 2011: 116).

48 „Denn der einzige Grund, warum ein Vermögenswert eine Aussicht bietet, während seines Bestandes Dienste von einem größeren Gesamtwert als dem ursprünglichen Angebotspreis zu leisten, ist seine Knappheit; und es wird knapp gehalten wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld. Wird das Kapital weniger knapp, so vermindert sich das überschüssige Erträgnis.“ (Keynes 1936: 178f.) Der Vermögenswert selbst, also das Kapital, soll die Qualität besitzen, aus sich selbst heraus kraft eingeborener Eigenschaft einen Überschuss zu produzieren. Keynes steckt tief im Kapitalfetisch! Der Zins, der für die Knappheit verantwortlich sein soll, verantwortet seiner Meinung nach auch den Profit – eine Vorstellung, die von Silvio Gesell stammt.

eine Werttheorie geht zugleich der innere Zusammenhang von Profitrate und Zins verloren, sodass beide nur noch äußerlich aufeinander bezogen werden können.

Diejenigen, die nicht ein neues Geschäft eröffnen wollen, sondern inmitten des wirklichen Akkumulationsprozesses stehen, finden eine ganz andere Entscheidungssituation vor: Die Konkurrenz erzwingt ein Handeln, das durch die Bestimmungen des fungierenden Kapitals vorgezeichnet wird. Um nicht in der Konkurrenz unterzugehen, muss das Kapital akkumulieren, selbst wenn die Zinsrate einmal höher stehen sollte als die Profitrate.

Heinrichs keynesianische Vorstellung, es gebe eine Wahlmöglichkeit zwischen einer Akkumulation von fiktivem oder wirklichem Kapital, ist auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlich bedeutungslos. Kauft ein Geldbesitzer eine Anleihe, dann wird diese von einem anderen verkauft. Der bloße Händewechsel von Geld und Anleihe ist gesamtwirtschaftlich irrelevant und trägt nicht, wie Heinrich aber andeutet, zur Akkumulation von fiktivem Kapital bei.

Fiktives Kapital lässt sich bei gleich bleibendem Kursniveau nur durch Neuemissionen von Wertpapieren (netto betrachtet) vergrößern, was aber gerade heißt, dass Geldkapital zum Emittenten fließt, etwa zu einem Unternehmer, der sich durch die Ausgabe von Anleihen Geld für Investitionen besorgt. Das Geldkapital fließt also nur scheinbar in die Finanzanlage. Die Akkumulation fiktiven Kapitals bestände hier in nichts Anderem als in einer zusätzlichen Kreditvergabe, deren Zins- und Rückzahlungsversprechen verbrieft sind und die vom Zeichner der Anleihe akkumuliert werden. Heinrich verwechselt Geldkapital mit fiktivem Kapital, also das Geld, das als Leihkapital fortgegeben wird, mit den verbrieften Ansprüchen auf Geld. Auf diese Verwechslung von Geld und Anspruch auf Geld, die bei Lucas Zeise zu einer Gleichsetzung des fiktiven Kapitals mit dem Geld führte, sind wir immer wieder in der linken Krisen-debatte gestoßen.

Die Produktion von „wirklichem Geld“ ist nach Heinrichs Meinung die Sache der Zentralbank; die Geschäftsbanken schöpften darüber hinaus jede Menge Kreditgeld, deren Umfang durch den „Geldschöpfungsmultiplikator“ berechnet werde. „Mit dem Kreditgeld schaffen die Banken ein eigenes Geld und erhöhen dadurch ihren Profit“ (Heinrich 2006: 295). Dieses Kreditgeld sei mit der Kreditvergabe „aus dem Nichts“ entstanden; es existiere mit jedem Sichtguthaben bei einer Bank.

Die Gleichsetzung von Kredit und Geld unter der Form des „Buchgelds“ und die Vorstellungen, Banken könnten „Geld aus dem Nichts“ schaffen, wurden bereits kritisiert. Dass der Kredit etwa in Form eines Sichtguthabens das Geld keineswegs vermehrt, sondern stattdessen verdrängt und es auf

diese Weise ökonomisiert, indem durch Kredittransaktionen Zahlungen erledigt werden, wird unsere Analyse des Zahlungsverkehrs der Banken noch genauer zeigen. Festzuhalten ist hier lediglich, dass Heinrich das Buchgeld anführt, um auf eine besondere Profitmöglichkeit der Bank und auf die besondere Bedeutung des Finanzsektors hinzuweisen.

4. Kapitalfetisch und die besondere Rolle des Kreditystems

Bei Marx finden wir die Bemerkung, dass das „zinstragende Kapital überhaupt die Mutter aller verrückten Formen ist“ (MEW 25: 483). Marx konnte allerdings nicht ahnen, dass seine Kritik der politischen Ökonomie durch eine Lesart verdreht werden würde, die den kritisierten Kapitalfetisch wieder hineinliest, und das noch mit dem perfiden Argument, angebliche Mängel zu korrigieren.

Heinrich (2006: 296) legt großen Wert auf die Aussage, dass die Kreditmärkte angeblich eine „verselbständigte und teilweise selbstbezügliche Sphäre“ bilden, die „beständig eigene Instrumente schafft, die eigenen Gesetzen gehorcht und auch eine eigene Akkumulation kennt, die von der Akkumulation des wirklichen Kapitals verschieden ist“.

Diese Verselbständigung des Kreditwesens und der Finanzmärkte – eine durchgängige These in der linken Krisen-debatte – ist schon in Heinrichs Gegenüberstellung von Realökonomie und Geld enthalten, wobei das Geld in Gestalt der von der Notenbank selbst produzierten Zentralbanknoten jenseits des Warenverkehrs seine Geburtsstätte haben soll. Tatsächlich sind es jedoch die Warenverkäufer, die darüber befinden, was sie als Geld für ihre Ware entgegennehmen.⁴⁹ Durch ihre Aktion entsteht das Geld. Dass Zentralbanknoten nur dann wirkliches Geld sein können, wenn sie von der Warenmetamorphose auch wirklich zirkuliert werden, also hierdurch erst in eine selbständige Form des Warenwerts verwandelt werden und damit als

49 Diese Akzeptanz ist keineswegs voraussetzungslos. Für die Warenverkäufer hat die Ware unmittelbar nur den Gebrauchswert, Träger von Tauschwert und so Tauschmittel zu sein. Die Warenverkäufer erkennen nur das als Geld an, was sich unmittelbar in Waren ihres Bedarfs tauschen lässt. Wenn aber die Warenverkäufer das Geld schaffen, dann schöpfen es nicht die Banken. Die Banken handeln mit dem Geld, das die Warenbesitzer als solches anerkannt haben. Heinrichs Vorstellung, die Zentralbank schaffe das wirkliche Geld, ignoriert die Voraussetzungen des Geldes, die auf der Handlungsebene darin bestehen, dass kein Warenverkäufer sich mit einem wertlosen Papierzettel abspeisen lässt. Geht das Vertrauen ins Geld verloren, dann verschwindet der spezifisch gesellschaftliche Gebrauchswert des Geldes, allgemeines Äquivalent zu sein, d.h. gegen jede Ware auch direkt austauschbar zu sein.

ein Wertzeichen für die verkaufte Ware fungieren, blendet Heinrichs Zwei-Welten-Theorie von vornherein aus.

Der Mythos von den zwei Welten wird genährt durch den Zins. Das Zeugen von Zins scheint dem zinstragenden Kapital ebenso eigentümlich zu sein wie das Wachsen der Bäume. Jeglicher Bezug zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, zur Wertschöpfung, die in der Produktion stattfindet, ist in der Form des Zinses ausgelöscht. Diese Form trägt, wie Marx herausarbeitet, „keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes zu sich selbst“ (MEW 25: 405).

Dieser Kapitalfetisch ist nicht nur eine Eigenart des zinstragenden Kapitals, sondern ist derart fest im allgemeinen Denken verankert, dass diese Form auf andere Geldeinnahmen übertragen wird, die der Zinszahlung auch nur im Entferntesten ähneln. In dieser verdrehten Welt scheinen selbst Lohnzahlungen ein Kapital als Quelle zu haben, Humankapital nämlich. Ein solcher Kapitalwert ist natürlich rein illusorisch. Er ist nur fiktiv vorhanden, gebildet aus der Kapitalisierung einer regelmäßig sich wiederholenden Einnahme. Der Kapitalwert aller zinstragenden Papiere, die an den Finanzmärkten gehandelt werden, darunter Anleihen verschiedenster Art und Aktien, beruhen auf illusorischem Kapital, das in der Marx'schen Kredittheorie auch die Bezeichnung „fiktives Kapital“ trägt (MEW 25: 484 f.).

Nach ihrer Emission führen die Wertpapiere ein Eigenleben: Sie werden in Depots gehalten, werden verkauft und erneut gekauft. Ihr Wert besitzt in dieser Zirkulation eine gewisse Eigenständigkeit, sodass der Schein entsteht, als handle es sich nicht um einen kapitalisierten Zinsanspruch, sondern um wirklich vorhandenes Kapital. Zudem wird der Wert der zirkulationsfähigen Wertpapiere noch durch allgemeine Faktoren, darunter die Zinsentwicklung bestimmt, die mit dem Schuldner, der das Wertpapier emittierte, nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht. Das fiktive Kapital scheint also eine Welt für sich zu sein, jenseits der wirklichen Akkumulation. Dass es durch das Kreditbedürfnis der Wirtschaft oder des Staates entsteht, tritt demgegenüber in den Hintergrund.

Es ist interessant, dass Michael Heinrich zur Untermauerung seiner These von der Verselbständigung des Kreditwesens genau diesen verselbständigten Schein anführt, der durch die Zirkulationsweise des fiktiven Kapitals zustande kommt. Er sieht, wie Aktien und Anleihen zirkulieren, wie deren Kurse sich täglich bewegen, häufig ohne Bezug zur wirklichen Akkumulation und meint dann, dass fiktives Kapital auch eine „eigene Akkumulation kennt, die von der Akkumulation des wirklichen Kapitals verschieden ist“ (Heinrich 2006: 296). Heinrichs Vorstellung von der Eigenständigkeit des

Kreditwesens, die ihren reinsten Ausdruck in der These vom „Kreditsystem als Steuerungsinstanz der kapitalistischen Ökonomie“ findet, sitzt tief in diesem Fetisch des fiktiven Kapitals fest. Hinzu kommt der Geldfetisch, seine Vorstellung also, dass bloße Dinge, wie die Papierzettel einer Notenbank, aus sich selbst heraus Geld sein können.

Den gesamte Kredit- und Finanzsektor stellt Heinrich sich wie ein sich selbst reproduzierendes und in der Reproduktion zugleich expandierendes System vor, vergleichbar mit einem zinstragenden Kapital, das sich kraft seiner eingeborenen Eigenschaften wie ein selbsttätiger, in geometrischer Progression wachsender Automat zu bewegen scheint, worin alle Voraussetzungen, die in der Warenproduktion liegen, ausgelöscht sind.

IV.

Das fiktive Kapital als treibende und zerstörende Macht: Zur Kritik der Wertkritik

Auf den ersten Blick scheint die Krisentheorie, die Ernst Lohoff und Norbert Trenkle in ihrem Buch *Die große Entwertung* (2012) formuliert haben, wenig mit den bislang diskutierten Beiträgen zu tun zu haben. Tatsächlich sehen beide Autoren weder in einer keynesianischen Nachfragesteuerung bzw. Umverteilungspolitik in Richtung höherer Löhne noch in einer Reform des Finanz- und Bankensektors eine Lösung der schwerwiegenden Verwerfungen. Die Krise soll eine Krise des kapitalistischen Systems selbst sein, das schon bald aufgrund seines inneren Selbstwiderspruchs zusammenbrechen werde. Eine politische Lösung der strukturellen Verwertungskrise auf kapitalistischer Grundlage halten sie für unmöglich. Die Keynes'sche Theorie betrachten sie als Teil des herrschenden Dogmas und nicht als Ergänzung, Fortsetzung oder als Korrekturposten der Marx'schen Theorie. Diese Form des Eklektizismus ist bei ihnen nicht anzutreffen.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch unerwartet viele Gemeinsamkeiten mit der übrigen linken Krisen-debatte. Was die Eigenständigkeit des Finanzsektors anbelangt und die besondere Bedeutung, die er schon wegen seiner Größe für die wirkliche Akkumulation besitzen soll, bestehen große Übereinstimmungen. Gleiches gilt für die politische Vorstellung, neoliberale Regierungen hätten vor mehr als 30 Jahren den „Startschuss“ für die „gewaltigste Aufblähung“ und für die „weltweite Entfesselung“ der Finanzmärkte gegeben, die bis heute die Weltwirtschaft dominiere (2012: 68, 70f.). Im fiktiven Kapital sehen Lohoff/Trenkle ebenfalls ein „neues Feld der Kapitalanlage“. Sie gehen hier noch einen Schritt weiter, wenn sie den Finanzsektor zur „Schlüsselindustrie des kapitalistischen Gesamtsystems“ aufwerten. Das fiktive Kapital ist ihnen ein Buch mit sieben Siegeln geblieben, nur in anderer Weise. Hinzu kommen noch einige Kuriositäten, die in den bislang betrachteten Krisenvorstellungen noch nicht in dieser Deutlichkeit formuliert worden sind.

Was die Autoren unter heutiger Krise verstehen, ist schnell erzählt: Die dritte industrielle Revolution und der Siegeszug der neuen Informations- und Kommunikations-Technologien hätten zu einer massenhaften Verdrängung von Arbeitskraft aus den wertproduktiven Sektoren geführt. Das Abschmel-

zen der Wertbasis beinhalte eine strukturelle Überakkumulationskrise, mit der der Kapitalismus seine Fähigkeit für einen selbsttragenden Aufschwung endgültig verloren habe. Dass er noch nicht zusammengebrochen sei, läge an der „Revitalisierung der Kapitalverwertung“ (Lohoff/Trenkle 2012: 108) durch die „ungeheure Auftürmung von fiktivem Kapital“. Dadurch sei das vom klassischen Kapitalismus vertraute Verhältnis von fungierendem Kapital und fiktivem Kapital auf den Kopf gestellt worden. In diesem „inversen Kapitalismus“ (2012: 211 ff.) werde das Wachstum des fungierenden Kapitals zu einer abhängigen Variablen des Wachstums des fiktiven Kapitals.

Wie das fiktive Kapital, bestehend aus papierenen Ansprüchen auf Dividenden, Zinsen und Rückzahlungen, den Kapitalismus zeitweise vor dem Zusammenbruch bewahren konnte, ist das eigentliche Geheimnis dieser Krisenbetrachtung, das wir erst später lüften werden. Zunächst einmal geht es um den Ausgangspunkt und die eigentliche Grundlage dieser linken Krisengeschichte, um die „Krise der Arbeit“, die sich seit den 1970er Jahren deutlich bemerkbar gemacht haben soll und angeblich die strukturelle Überakkumulationskrise verursachte.

1. Abschmelzung der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution

Die Vorstellung, dem Kapitalismus würde die Arbeit ausgehen, verbunden mit der Sorge, dass daraus eine Krise des Kapitalismus entstehen könnte, gehört zu den hausbackenen Modeströmungen des bürgerlichen Kulturbetriebs und wurde unter anderen von Hannah Arendt Ende der 1950er Jahre formuliert. Der Kapitalismus habe im 17. Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen und er habe zu Beginn des 20. Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. Nun käme die Automation. „Wir wissen bereits“, schrieb sie in ihrem Buch *Vita activa* (1958/1981: 11), „dass die Fabriken sich in wenigen Jahren von Menschen geleert haben werden“. Arendt empfand diese Entwicklung als ein „bedrohliches Ereignis“. Was ihr als Sinnkrise bürgerlicher Ideologie erschien, nimmt bei der *Gruppe Krisis* die Form einer ökonomischen Krise an.

Wenn, wie Lohoff und Trenkle meinen, dem Kapitalismus seit den 1970er Jahren heute ein weiteres Mal die Arbeit ausgegangen sein soll, dann wäre eine konkrete Analyse der jüngsten kapitalistischen Entwicklung zu erwarten gewesen, schon um die Irrtümer der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Dies gilt um so mehr, als eine Reihe empirischer Entwicklungstendenzen für eine Zunahme der Wertproduktion sprechen: die beschleunigte Kapitalak-

kumulation in den USA seit Mitte der 1980er Jahre mit rasch steigenden Beschäftigtenzahlen, die Industrialisierungsprozesse in großen Teilen Asiens (darunter China), Lateinamerikas und in jüngster Zeit in Teilen Afrikas, die rasante Verdichtung der Arbeit überall auf der Welt.

Bevor man eine solch weit reichende These wie die vom Abschmelzen der Wertbasis aufstellt, hätte der Versuch unternommen werden müssen, die in den zurückliegenden Dekaden produktiv verausgabte Arbeit wenigstens annähernd zu quantifizieren, um auf diese Weise herauszubekommen, ob die Wertquelle tatsächlich zu versiegen beginnt. Das wird aber gerade nicht geleistet. Die wenigen Hinweise, die zur Plausibilisierung der zentralen These vom Abschmelzen der „Arbeits- und Wertsubstanzen im Weltmaßstab“ vorgebracht werden (2012: 75 ff.), sind völlig unzureichend und lohnen nicht, näher erörtert zu werden. Sie tragen den Charakter der Rechtfertigung für eine Anschauung, an der unbedingt festgehalten werden soll, selbst wenn sich die Welt entgegen dem Dogma entwickelte.

Auch wenn in den nächsten zwei Jahren die Zahl der weltweit erwerbslosen Lohnabhängigen von voraussichtlich 200 Mio. auf 208 Mio. steigen wird: Weltweit nimmt die Zahl der Lohnabhängigen – wie auch die Zahl der tatsächlich lohnabhängig Beschäftigten – weiter zu. Laut ILO (Internationale Arbeitsorganisation) ist der langfristige Trend nur in Zeiten starker Krisen für jeweils ein bis zwei Jahre unterbrochen. In den sogenannten Entwicklungsländern und den Schwellenländern wächst die Bevölkerung jährlich im Schnitt um 1,2 % und die Zahl der abhängig Beschäftigten um 2,1 %. Dass beides gleichzeitig wächst, die Beschäftigtenzahlen und die Zahl der Erwerbslosen, hängt mit der fortschreitenden Zerstörung der Subsistenzwirtschaft (vor allem in der Landwirtschaft und im Handwerk) zusammen.⁵⁰

Modeströmungen der 1970er Jahre, in denen die Vorstellung von einer „nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“ vorgebracht wurde, scheinen Lohoff/Trenkle als Ratgeber gedient zu haben. Dass auch im Dienstleistungsbereich jenseits des Banken- und Handelssektors produktive Arbeit verrichtet wird, wenn kapitalistische Dienstleister Arbeitskräfte kaufen und sie anwenden, wird zwar grundsätzlich eingestanden, jedoch wird die hier produktiv verausgabte Arbeit in ihrer quantitativen Bedeutung heruntergespielt und durch allerlei Winkelzüge annähernd auf „produktionsnahe Dienstleister“ reduziert.

Lohoff/Trenkle haben ihre Grundthese von einer strukturellen Überakkumulationskrise, deren entscheidendes Merkmal eine schrumpfende Wertbasis sein soll, nicht bewiesen, weder empirisch noch theoretisch. Schon in

50 Mehr Details zur Entwicklung der „labour force“ in: ILO 2013.

dieser Hinsicht gehört die daraus abgeleitete Argumentation von der Möglichkeit des Krisenaufschubs auf Grundlage wachsenden fiktiven Kapitals ins Reich der Fabel.

2. Fiktives Kapital als Verdoppelung des Kapitals

Unsere Kritik hat gezeigt, dass der zentralen These vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ eine unzureichende Unterscheidung der verschiedenen funktionellen Bestimmungen des Kapitals zugrunde liegt. Das als Kredit fortgegebene Leihkapital wird nicht klar unterschieden von dem Anspruch auf Geld, d. h. auf Rückzahlung und Zins, den der Verleiher im Zahlungsverprechen erhält. Diesen Anspruch auf Geld, worin das zinstragende Kapital für den Verleiher besteht und das auch als „fiktives Kapital“ bezeichnet wird, hat der Mainstream linker Krisentheorie in die Nähe des Geldes gerückt oder gar mit dem Geld gleichgesetzt.

Lohoff/Trenkle gehen noch einen Schritt weiter: Sie vermengen das fiktive Kapital nicht einfach nur mit Bestimmungen des Leih- und Geldkapitals, sondern machen daraus ein dem Wert nach ebenbürtiges Kapital, als würde es mit seiner Entstehung das vorhandene Kapital direkt vermehren. Kapitalakkumulation soll auf diese Weise trotz der strukturellen Überakkumulationskrise wieder möglich sein, allerdings nur dadurch, dass diese Art der Kapitalvermehrung sich nicht aus der tatsächlichen Produktion von Werten, sondern aus erwarteten Zukunftswerten, aus der Verausgabung künftiger Arbeit speist. Da ein solcher Zugriff auf die Zukunft allerdings nur begrenzt möglich sei, werde die verschobene Überakkumulationskrise schon bald wieder akut werden, versichern die Autoren den Leserinnen und Lesern.

Während die zuvor betrachteten Krisenbeiträge in den Finanzmärkten einen Krisengrund sahen und davon ausgingen, dass Kapital des Reproduktionsprozesses dorthin zulasten der wirklichen Akkumulation transferiert werde, drehen Lohoff/Trenkle das Argumentationsmuster einfach nur um: Sie verwandeln die Finanzmärkte in eine eigenständige Kapitalquelle, welche bedeutend genug sein soll, um den Zusammenbruch des Kapitalismus zu vertagen. Die *Gruppe Krisis* bewegt sich also auf gleichem theoretischem Feld, nur dass sie entgegengesetzte Konsequenzen zieht.

Wie ist jene Kapitalvermehrung möglich, die auf den Finanzmärkten zunächst jenseits der Produktion stattfinden soll?

„Wenn ein Geldkapitalbesitzer eine bestimmte Geldsumme gegen das verbrieftete Versprechen weggibt, zu einem späteren Zeitpunkt eine vergrößerte Geldsumme zu erhalten, ist damit nicht nur eine neue zusätzliche Ware ent-

standen, nämlich der betreffende Eigentumstitel, der auf dem Finanzmarkt gehandelt werden kann; diese Ware vermehrt den aktuell vorhandenen kapitalistischen Reichtum; denn mit ihr hat sich zusätzliches Kapital gebildet, das vor dem Tauschakt noch nicht existiert hat“ (Lohoff/Trenkle 2012: 128).

Mit dem Verleihen des Geldes, hier als „Tauschakt“ verstanden, soll eine „neue zusätzliche Ware“ entstanden sein, etwa in Gestalt einer gezeichneten Anleihe, und von diesem Wertpapier wird gesagt, es handle sich um „zusätzliches Kapital“. Es mehrt, wird wenig später bestätigt (S. 135), „nicht nur auf dem Papier den vorhandenen Reichtum, sondern auch tatsächlich“. Dieses zusätzliche Kapital sei zwar „fiktives Kapital“, was jedoch seine Funktion für die Gesamtwirtschaft angehe, „unterscheidet es sich aber erst einmal durch nichts von Kapital, das auf reale Verwertung zurückgeht“ (S. 135).

Schein der Verdoppelung

Auffallend ist, dass die Autoren das fiktive Kapital nur in der Weise aufgreifen, wie es in verbriefter Form gleich einer Ware zirkulieren kann und nicht in der Gestalt etwa einer unverbrieften Darlehensforderung, die nicht zirkuliert. Marx, der das zinstragende Kapital wegen der darin enthaltenen Mystifikationen und Täuschungen als „die Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25: 483) bezeichnete, sah in der selbständigen Zirkulationsweise des verbrieften fiktiven Kapitals den Schein bestätigt, als bildeten die zirkulierenden Wertpapiere „wirkliches Kapital neben dem Kapital oder dem Anspruch, worauf sie möglicherweise Titel sind“ (MEW 25, 485).

Exakt die Stelle, an der die Mystifikation von der Verdoppelung des Kapitals die grellste Form erhält, also genau den Ort, wo die aus den Verhältnissen herauswachsenden Verdrehungen und die damit verknüpften Täuschungen im Bewusstsein am größten sind, greifen die Autoren heraus, um ihre These vom fiktiven Kapital als dupliziertem Reichtum ins Feld zu führen. Sie sitzen tief im Fetisch fest.

Schon das nicht zirkulierende fiktive Kapital produziert den Schein, als handle es sich um wirkliches Kapital, da die regelmäßige Geldeinnahme als Zins eines scheinbar bestehenden Kapitals betrachtet wird. Marx verweist auf den Arbeitslohn, der durch die Verdrehungen und Täuschungen, die das zinstragende Kapital ganz allgemein hervorbringt, als „Zins aufgefaßt und daher die Arbeitskraft als das Kapital, das diesen Zins abwirft“ (MEW 25, 483). Ein solches „Humankapital“, wie man heute sagt, ist natürlich rein illusorisch; es ist deshalb „fiktiv“, wie Marx das nur vorgetäuschte Kapital nennt, da der Kapitalwert in Wirklichkeit gar nicht existiert, also rein imaginär in der Kapitalisierung der regelmäßigen Lohnzahlung besteht.

Auch die Schuldforderung gegenüber dem Staat, so verbindlich sie im juristischen Sinne auch sein mag, besteht in keinem wirklichen Kapitalwert. „Das Kapital selbst ist aufgeessen, verausgabt vom Staat“, worauf Marx richtig hinweist (MEW 25: 482). Es ist die Vernichtung von Kapital, die hier verdreht als Kapital erscheint.

Aber selbst die Schuldforderung gegenüber einem Industrieunternehmen existiert nicht wirklich doppelt, einmal als Kapital des Gläubigers und dann ein zweites Mal als Kapital, das der Industrielle angelegt hat, sondern es existiert nur in jener letzten Form.

Erst wenn die Schuldforderungen verbrieft werden, erhält der darin enthaltene Anspruch Warenform, deren Preis eine eigentümliche Bewegung durchläuft. Die bloße Verbriefung schafft lediglich die Zirkulationsfähigkeit, verwandelt den Anspruchstitel aber keineswegs in wirkliches Kapital.

Verwechslung von Verleihen und Kauf

Die *Gruppe Krisis* sitzt nicht nur den Mystifikationen auf, die das fiktive Kapital vor allem in der verbrieften Form hervorbringt, sondern sie produziert selbst Verdrehungen, wenn sie das Verleihen in einen Akt des Warentauschs uminterpretiert. „Beim Kauf einer Ware 2ter Ordnung“, gemeint ist das zirkulationsfähige fiktive Kapital, „tauscht der Besitzer der allgemeinen Ware sein Geld gegen einen Eigentumstitel aus“ (Lohoff/Trenkle 2012: 129). Die Autoren verstehen nicht, dass der Kreditgeber für sein verliehenes Geld gerade kein Äquivalent zurück erhält⁵¹, wie das beim Kauf der Fall ist, wo das Geld, nicht aber sein Wert weggegeben wird, der in der Form der gekauften Ware ersetzt wird.

Wird jedoch das Verleihen in einen „Tauschakt“ verdreht, dann behält der Verleiher den Wert, statt ihn ohne Äquivalent fortzugeben. Den Wert, den er als Äquivalent erhält, besteht aber im Zahlungsverprechen, das diesen Wert in sich selbst zu besitzen scheint. Da das zirkulierende fiktive Kapital den Schein von wirklichem Kapital entstehen lässt, bilden sich die Autoren ein, als besäße der Borger die geheimnisvolle Macht, mit einer juristischen Transaktion, die in der Übergabe des Schuldtitels besteht, neuen kapitalistischen Reichtum und damit neues Kapital zu schaffen. Die von den Autoren behauptete Kapitalvermehrung besteht also einfach in der Herausgabe solcher Schuldtitel und in der Vorstellung, als würden die Kreditnehmer dem Zeichner der Anleihe die selbst geschaffenen Schuldtitel als Ware „verkaufen“.

51 „Aber Proudhon sieht nicht, dass beim Weggeben des Geldes in Form vom zinstragendem Kapital kein Äquivalent dafür zurückerhalten ist“, schreibt Marx (MEW 25, 357). „Der verleihende Kapitalist gibt sein Kapital weg, überträgt es an den industriellen Kapitalisten, ohne ein Äquivalent zu erhalten“ (MEW 25, 359).

fen“. Verkauf heißt Äquivalententausch, wie das Börsengeschehen täglich zu beweisen scheint. Der Besitzer des Leihkapitals scheint sein Geld gegen einen gleichwertigen Anspruchstitel zu tauschen⁵² – und schon ist ein neues Element des Reichtums, d. h. wirkliches Kapital, entstanden.

3. „Mirakelökonomie“

Die These vom Abschmelzen der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution hat zur Konsequenz, dass Akkumulation aus der laufenden Mehrwertproduktion immer weniger möglich wird. Und dennoch zeige sich der Kapitalismus, wie Lohoff/Trenkle (2012: 210) bemerken, „quietschfidel“. Wie ist das möglich?

Gesamtakkumulation = Wertakkumulation + Vermehrung monetärer Ansprüche

Die Antwort ist bereits mit der wundersamen Kapitalvermehrung gegeben, die jenseits der Produktion einfach durch den Verkauf neu geschaffener Schuld- oder Eigentumstitel erfolgen soll. Da es sich bei solchen Geldansprüchen um zusätzliches Kapital, also auch um zusätzlichen kapitalistischen Reichtum, handelt, kann das fiktive Kapital die fehlende „Wertakkumulation“ durch eigene Vermehrung ersetzen, die das fungierende Kapital wegen seiner schrumpfenden Wertbasis nicht mehr bereitstellen kann. Der Gesamtumfang der Akkumulation hängt nun nicht mehr allein von der Entwicklung der Mehrwertproduktion ab, sondern ebenso vom Verlauf des fiktiven Kapitals. „Werden mehr monetäre Ansprüche neu kreiert als realisiert“, schreiben Lohoff/Trenkle (2012: 147), „liegt die Gesamtakkumulation über der Wertakkumulation.“

Die Gesamtakkumulation besteht gewissermaßen aus „Kraut und Rüben“, enthält so disparate Dinge wie Aktien, Anleihen, Derivate, die lediglich Geldansprüche verbiefen und mit der erweiterten Produktion überhaupt nichts zu tun haben, einerseits und andererseits besteht sie aus zusätzlichen Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die in einem bestimmten stofflichen Verhältnis zueinander stehen müssen, um produktionswirksam zu sein.

Die Zunahme der Masse des fiktiven Kapitals, schreiben Lohoff/Trenkle weiter, „mehrt auch das in der sogenannten Realwirtschaft eingepreiste Ka-

52 „Während seiner Lebensdauer ist das in der Beziehung von Eigentumstitelkäufer und -verkäufer entstandene fiktive Kapital keinen Deut weniger gültiges Kapital als das aus realer Wertverwertung stammende“ (Lohoff/Trenkle 2012: 146).

pital und setzt auf Seiten des fungierenden Kapitals eine zusätzliche, durch die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung bedingte und damit abhängige Akkumulationsbewegung in Gang“ (2012: 148). Hier haben wir wieder die bekannte These, wonach das Finanzkapital die „Realwirtschaft“ steuern würde. Aber das sei nur am Rande vermerkt. Untersuchen wollen wir, wie das „wachsende fiktive Kapital“ das „realökonomische Wachstum induziert“. (Ebd.)

Letztlich sei die Entstehung von fiktivem Kapital immer mit der Entstehung zusätzlichen fungierenden Kapitals verschränkt, klären uns die Autoren auf, denn am „Ende jeder Besitztiterverflechtung (werde) ein mit der Realwirtschaft operierender Akteur mit zusätzlichem Kapital versorgt“. (Ebd.) Der „Pegelstand des fungierenden Kapitals“ steigt mit der Entstehung von fiktivem Kapital und fällt, „wenn fiktives Kapital schmilzt“ (2012: 157 f.).

Wird ein „in der Realwirtschaft operierender Akteur“ mit zusätzlichem Kapital versorgt, dann besteht dieses Zusatzkapital, das durch Emission von Wertpapieren dem Unternehmer zufließt, immer nur in Geldform. Der Unternehmer verfügt lediglich über mehr Geldkapital, noch nicht über mehr produktives Kapital oder mehr Warenkapital, woraus das fungierende Kapital besteht. Wie das gewachsene fiktive Kapital den „Pegelstand des fungierenden Kapitals“ zum Steigen bringen kann, bleibt ein ungelöstes Rätsel.

Dass diese Metapher vom „steigenden Pegelstand“ gewählt wird, macht erneut sichtbar, dass der stofflichen Seite des Akkumulationsprozesses keine Bedeutung beigemessen wird. Schon die brutale Addition von Wertpapieren und Waren des Reproduktionsprozesses zur „Gesamtakkumulation“ ist nur dann möglich, wenn gänzlich von den stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses abstrahiert wird. Die verschiedenen Formen, worin das Kapital sich in den verschiedenen Stadien kleiden muss, um im wirklichen Reproduktionsprozess als Element der Akkumulation zu fungieren, verschwinden hinter einer Vorstellung, in der das Kapital wie ein Selbstverwertungsautomat erscheint, vergleichbar mit den abstrakten Bestimmungen des zintragenden Kapitals. Diese Fetischform des Kapitals bildet die Sichtweise, wenn die Autoren den Begriff der Kapitalakkumulation auf bloße Kapitalvermehrung ohne jeglichen Inhalt reduzieren, also sowohl von der Quelle als auch von den Formen und dem realen Inhalt der Akkumulation abstrahieren.

Vorgriff auf künftige Wertproduktion

Bei der „Kreation des fiktiven Kapitals“ (2012: 142) soll etwas Ungeheuerliches stattfinden: Die zeitliche Ordnung wird in der „Wunderwelt der Waren 2ter Ordnung“ (ebd.) auf den Kopf gestellt. „In der abgedrehten Form des fiktiven Kapitals kann lebendige Arbeit verrückterweise bereits vor ih-

rer Vernutzung kapitalisiert werden und den vorhandenen gesellschaftlichen Kapitalstock vergrößern. Nicht der notwendige Zusammenhang von Kapitalvermehrung und Arbeitsverausgabung ist durch das fiktive Kapital also dementiert, sondern nur die Bedingung, dass lebendige Arbeit schon verausgabte sein muss, bevor sie als Kapital akkumuliert werden kann, ist hier außer Kraft gesetzt. Auch das fiktive Kapital hat abstrakte Arbeit zur ‚Substanz‘, allerdings Arbeit, die noch gar nicht verrichtet worden ist und bei der völlig offen bleibt, ob dies jemals geschehen wird. Die Waren 2ter Ordnung stehen also gesamtkapitalistisch betrachtet für das Kunststück der Vorabkapitalisierung noch gar nicht geschaffenen künftigen Werts“ (Lohoff/Trenkle 2012: 142).

Fiktives Kapital ist also selbst noch gar kein richtiger Wert, sondern bloß künftiger Wert, ein Vorgriff auf eine Wertproduktion, die noch gar nicht stattgefunden hat und möglicherweise nie stattfinden wird. Wie ein solch spekulativer Hoffnungswert die „gesamtgesellschaftliche Wertmasse“ erhöhen kann und dazu noch einen Bestandteil der wirklichen Akkumulation bilden soll, ist uns ein Rätsel. Die „Mirakelökonomie“ (2012: 228ff.), die sich die *Gruppe Krisis* ausdachte, akkumuliert zunächst die Werte, die erst später von der „lebendigen Arbeit“ geschaffen werden. Das Arbeitsresultat geht zeitlich dem Prozess voraus – man erntet, was noch gar nicht gesät und gewachsen ist.

Dass das fiktive Kapital für solche Verdrehungen eine Grundlage legt, wenn es die eigentliche Wertquelle in sich hinein vergräbt und sich als scheinbar selbständiger Automat jenseits gesellschaftlicher Verwertungsprozesse präsentiert, ist die eine Sache. Diese Verdrehungen aber für bare Münze zu nehmen und nicht zu versuchen, hinter diesem Schein die wirklichen Zusammenhänge zu erforschen, ist eine andere.

Die Werthaftigkeit des fiktiven Kapitals wird mit dem Hinweis untermauert, dass fiktives Kapital, ebenso wie die gewöhnlichen Waren, „abstrakte Arbeit zur ‚Substanz‘“ (2012: 142) haben soll, wenngleich nur künftige Arbeit. Lohoff/Trenkle selbst reden gelegentlich, wenn sie das fiktive Kapital meinen, von „monetären Ansprüchen“. Hier wird von den Autoren offenkundig der bloße Anspruch auf etwas, was einem noch gar nicht gehört, verwechselt mit dem Besitz der Sache selbst, der „Substanz“.

Fiktives Kapital bildet sich durch Kapitalisierung einer regelmäßigen Geldeinnahme, also durch bereits realisierten Wert, keinesfalls aber durch Kapitalisierung „lebendiger Arbeit“, wie die Autoren fälschlicherweise meinen. „Lebendige Arbeit“ – wann auch immer verausgabt – hat keinen Wert. Als ein Begriff des Produktionsprozesses bildet sie Wert.

Imaginäre Preisform

In verbriefter, zirkulationsfähiger Form besitzt fiktives Kapital, wie die Notierungen an den Börsen zeigen, einen Preis. Aber ist schon deshalb der Preis des Wertpapiers Ausdruck von Wert?

Wir wissen, dass bürgerliche Ökonomen die Arbeitswertlehre wegen der darin enthaltenen Sprengsätze ignorieren, ablehnen oder unglaubwürdig zu machen versuchen, indem sie inkonsistente Argumentationsweisen als Marx'sche Lesart etc. hineinschmuggeln. Sie unterscheiden nicht zwischen Preis und Wert, sodass alles, was einen Preis hat, zugleich einen Wert hat.

Lohoff/Trenkle verschwenden nicht einen einzigen Gedanken darauf, ob der Preis eines Wertpapiers möglicherweise gar keinen Wert ausdrückt, also so etwas wie die von Marx entwickelte „imaginäre Preisform“ ist, „wie z. B. der Preis des unkultivierten Bodens, der keinen Wert hat, weil keine menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist“ (MEW 23: 117). Wir wissen, dass Marx den Bodenpreis, der durch Kapitalisierung der Grundrente reguliert wird, als „fiktives Kapital“ bezeichnete (MEW 25: 636, 784). Auch die Grundrente, die erst in der Zukunft anfällt, wird wie der künftige Zins gewöhnlich aus dann zu realisierender künftiger Wertproduktion gezahlt, ohne dass solche Zukunftswerte in einen wirklichen, heute bereits existierenden Kapitalwert verwandelt werden. Ebenso wenig wie der „unkultivierte Boden“ einen Wert hat, dessen Substanz die Arbeit wäre, haben auch andere Anspruchstitel wie Aktien oder Anleihen einen Wert.

Das Anzapfen künftiger Werte, die noch gar nicht da sind, und deren Transferierung in die Gegenwart – so etwas ist nur gedanklich als finanzmathematische Rechenformel möglich, etwa um aus den abgezinsten Ertrags-schätzungen den Kapitalwert einer Investition zu berechnen. Aber jeder Investor, der sich dieser Kapitalwertmethode bedient, gibt sich keineswegs der Illusion hin, als wäre das ein tatsächlicher Wert und nicht ein bloßer Rechenwert, der auf Ertragserwartungen beruht. Lohoff/Trenkle verwandeln die finanzmathematische Kapitalwertmethode, worin exakt die Bestimmungsmomente für das fiktive Kapital enthalten sind, in einen wirklichen ökonomischen Prozess und verfallen der Illusion, als würden wirkliche Kapitalwerte durch Hoffnungen auf die Zukunft geschaffen.

4. „Inverser Kapitalismus“ als letztes Stadium der kapitalistischen Produktionsweise

Die „Mirakelökonomie“ bezeichnen Lohoff/Trenkle als „inversen Kapitalismus“. Neu daran soll die zentrale Stellung des fiktiven Kapitals sein. Angeblich habe es die Rolle als bloßes Anhängsel der Vermehrung des fungierenden

Kapitals abgestreift und sich dank neoliberaler Reformer zum „Schrittmacher der Wertverwertung und der Gesamtakkumulation“ (S. 172) gewandelt. Wegen seiner herausragenden Bedeutung sprechen die Autoren gelegentlich auch von der „Epoche des fiktiven Kapitals“ (S. 214): Das fiktive Kapital beherrscht die Wirtschaft, bestimmt deren Stabilität und spricht über die Wirtschaft das Todesurteil aus, sobald es seine hohe Wachstumsdynamik nicht mehr aufrechterhalten kann. Unfähig zu einer selbsttragenden Aufschwung infolge einer schrumpfenden Wertbasis, könne die Wirtschaft nur noch angetrieben werden durch eine wachsende Produktion des fiktiven Kapitals, das entsprechend zu einer „Basisindustrie“ (S. 211, 213) hochstilisiert wird.

Der Finanzmarkt mit dem dort gehandelten fiktiven Kapital ist eine Schlüsselgröße, noch bedeutungsvoller, als er in der übrigen linken Krisendiskussion gesehen wird. Der „finanzmarktgetriebene Kapitalismus“ ist gewissermaßen der kleine Bruder⁵³ des „inversen Kapitalismus“, aber mit durchaus eigenwilligen und auch gegensätzlichen Verhaltensweisen.

In der Vorstellungswelt vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ spielen die Finanzmärkte und deren Akteure eine parasitäre Rolle, weil sie Werte in Beschlag nehmen, die dringend die „Realökonomie“ für ihr eigenes Wachstum benötigt. Und sie stören die Ökonomie in ihrem eigenen Fluss durch Krisen verursachende Umverteilungsprozesse, schädliche Finanzprodukte, spekulatives Investment-Banking, unregulierte Hedge Fonds und durch all zu mächtige Ratingagenturen. Politisch regulierte und schrumpfende Finanzmärkte würden die Wachstumskräfte der Wirtschaft nicht länger lähmen – ganz im Gegensatz zum „inversen Kapitalismus“, der eine hohe Wachstumsdynamik der Finanzmärkte als Motor der Akkumulation unbedingt benötigt, um nicht an seiner schrumpfenden Wertbasis zugrunde zu gehen.

Beide Ansichten zur Ökonomie und Finanzwelt, so unterschiedlich sie in ihren Schlussfolgerungen auch sind, verkennen den Charakter des fiktiven Kapitals und ignorieren zumindest so weit die inneren Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Produktion, wie diese periodisch zur Krise treiben. Lohoff/Trenkle blenden den inneren zyklischen Krisenprozess aus, der ab 2006/2007 vor allem den US-Immobilienmarkt und 2008/2009 die gesamte Industrie kollabieren ließ und eine schwere Kredit-, Banken- und Börsenkrise auslöste. Den Autoren erscheint diese schwere Überproduk-

53 Die Hilferding'sche Theorie des Finanzkapitals bildet den gemeinsamen Ursprung dieser Heiligen Familie, deren Altmeister schon damals das Finanzkapital gen Himmel fahren ließ: „Denn das industrielle Kapital ist Gott Vater, das das Handels- und Bankkapital als Gott Sohn entlassen hat, das Geldkapital ist der Heilige Geist; sie sind drei, aber doch eins im Finanzkapital.“ (Hilferding 1910: 303)

tionskrise äußerlich als eine Krise des Finanzsektors, der nicht mehr genügend fiktives Kapital hervorbrachte. Das Krisengeschehen wird aus dem Kernprozess des Kapitalismus, der eigentlichen Warenproduktion und Warenzirkulation, herausgenommen und in die Finanzmärkte hineinverlagert. Auf diese Weise wird der normale Gang des Kapitalismus schön geredet.

Vom Standpunkt der Krisentheorie aus betrachtet, reduzieren Lohoff/Trenkle das vielfältige Krisengeschehen auf einen einzigen Punkt, auf die „fundamentale Krise der Wertverwertung“ (2012: 211), die durch die angeblich schrumpfende Wertbasis entstanden sein soll. Alles andere ist keine Krisentheorie mehr, sondern lediglich eine missglückte Erklärung dafür, warum der Kapitalismus noch nicht zusammengebrochen ist.

V.

Exkurs:

Die Macht der Banken – Eine theoretische und empirische Analyse von Bankenmacht, Bankprofiten und deren Quellen

Unsere Kritik der Krisentheorien enthält eine Kritik der These von der besonderen Macht der Banken. Allgemein formuliert beinhaltet unsere Gegenthese Folgendes: Bankgeschäfte, Zinsgeschäfte, Waren- und Dienstleistungsgeschäfte sind zusammengehörende Teile des kapitalistischen Gesamtprozesses; entsprechend bilden Bankkapitale, Industriekapitale, Handels- und sonstige Dienstleistungskapitale Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Im Zusammenwirken all dieser Kapitalsorten besteht das Kapitalverhältnis.

Jedes Kapital, in welcher Sphäre es auch immer angelegt wird, muss Profit machen. Das ist seine allgemeine Bestimmung. Das Bankgeschäft ist da nicht anders einzustufen als das Industriegeschäft. Die besondere Geschäftstätigkeit, die die Kapitale jeweils verrichten, sind nur Mittel, um exakt diesen Zweck zu erreichen. Eine Unterscheidung in gute, nützliche Kapitale und in gefährliche, schädliche Kapitale halten wir mit Bezug auf diese Grundbestimmung des Kapitals für unangemessen.

Wenn aber alles Kapital nur einen Zweck kennt, nämlich die Erhaltung und Vergrößerung, also die Verwertung des vorgeschossenen Werts, dann sind Bank- und Industriekapital, bezogen auf diese wesentliche Bestimmung, als einander völlig gleich einzustufen. Grundsätzlich herrscht Gleichrangigkeit zwischen den Kapitalen, keine Hierarchie. Und es ist die Konkurrenz, die im Ausgleich der Profitraten exakt diese Gleichheit der Kapitale realisiert. Danach erzielen größere Kapitale einen entsprechend größeren Profit als kleinere Kapitale, sodass die Profitraten sich der allgemeinen Tendenz nach einander angleichen.

Die Konkurrenz der Kapitale untereinander, sowohl die Konkurrenz der Kapitale innerhalb einer Branche als auch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Produktionszweigen, begrenzt wechselseitig den ökonomischen Einfluss der Kapitale. Diese selbst sind es, die einander Grenzen setzen. Im Austauschprozess treten die Träger des Kapitals als Repräsentanten ihrer je-

weiligen Ware einander als freie, rechtlich ebenbürtige Personen gegenüber, die sich nur mit dem Willen des anderen die Ware (darin eingeschlossen die Dienstleistungen) aneignen können. Niemand kann hier seinen Willen gegen den Willen des Geschäftspartners durchsetzen. Befehl und Gehorsam spielen genau dort keine Rolle, wo die verschiedenen Einzelkapitale in den Austauschprozess treten. Die einzige Autorität, die hier anerkannt wird, ist die der Konkurrenz, der Zwang also, der durch den Druck des wechselseitigen Interesses ausgeübt wird.

In unserem Exkurs wollen wir diese allgemeine Kritik an der These von der besonderen Macht der Banken vertiefen und den Hintergrund für den Mythos Bankenmacht ergründen. Würde es tatsächlich stimmen, dass Banken ihren Willen auch gegen den Willen anderer Kapitale durchsetzen könnten, dann müsste sich die Unterwerfung des Industrie- und Handelskapitals unter das Bankenkapital in den Geschäftsaktivitäten der Banken konkret zeigen. Um Dichtung und Wahrheit herauszufinden, treten wir deshalb einen kurzen Streifzug durch die Geschäftsfelder einer Bank an. Im letzten Abschnitt wollen wir die Frage empirisch erörtern, ob Banken im Vergleich zur Industrie höhere Renditen erzielen.

1. Commercial-Banking

Gewöhnlich wird die Tätigkeit von Kreditinstituten in zwei Teilbereiche gegliedert: Commercial- und Investment-Banking. Zum Bereich des Commercial-Bankings zählen die „klassischen“ Tätigkeiten, die gelegentlich auch als „Kerngeschäft“ bezeichnet werden: der Zahlungsverkehr, das Einlagen- und das Kreditgeschäft.

Zahlungsverkehr

Die rein technischen Bewegungen, die das Geld im Warenverkehr durchmacht, darunter der gesamte Zahlungsverkehr, werden zu einem großen Teil von den Banken geschäftsmäßig für andere erledigt. Indem die Banken dieses Geschäft konzentrieren und auf großer Stufenleiter ausüben, verringern sie für die gesamte Wirtschaft die Zirkulationskosten. Aber sie verursachen nicht die Geldzirkulation; sie wickeln lediglich die technischen Vorgänge ab, die mit der Bewegung des Geldes anfallen. Sie sind Dienstleister für andere und verwerten auf diese Weise ihr dafür vorgeschossenes Kapital. Eine besondere Macht fällt ihnen in diesem Geschäft nicht zu.

Würden die Banken solche technischen Funktionen getrennt vom Kreditverkehr verrichten, gewissermaßen als selbständige „Geldhandlungskapi-

tale“⁵⁴, dann würde das dafür vorgeschossene Kapital ebenso den jährlichen Durchschnittsprofit tendenziell abwerfen wie das in Produktion und Handel vorgeschossene Kapital. Als Profitquelle dienten ihnen Gebühren, darunter Kontoführungsgebühren, auferlegt ihren Kunden. Sofern es sich um kommerzielle Kunden handelte, wäre ihr Profit nur ein Abzug vom Mehrwert, den Kaufleute und Industrielle aus ihrem realisierten Mehrwert zu zahlen hätten. „Es ist augenscheinlich“, schreibt Marx, „dass die Masse des Geldkapitals, womit die Geldhändler zu tun haben, das in Zirkulation befindliche Geldkapital der Kaufleute und Industriellen ist, und daß die Operationen, die sie vollziehen, nur die Operationen jener sind, die sie vermitteln. Es ist ebenso klar, dass ihr Profit nur ein Abzug vom Mehrwert ist, da sie nur mit schon realisierten Werten (selbst wenn nur in Form von Schuldforderungen realisiert) zu tun haben.“ (MEW 25: 334) Im Unterschied dazu ziehen die Kaufleute ihren Profit aus dem vom Industriellen noch nicht realisierten Profit. (MEW 25: 297)

Ein Geldhandlungskapital, das getrennt vom Kreditgeschäft operieren würde, erhielte wie die Kaufleute Profit, ohne an der Profitproduktion selbst unmittelbar beteiligt zu sein. Aber es wäre indirekt produktiv, weil es zur Absenkung der gesellschaftlichen Zirkulationskosten beitragen würde. Tendenziell müssten die Gebühren hoch genug sein, um erstens alle sachlichen und personellen Aufwendungen zu decken und um zweitens daraus den Durchschnittsprofit für das vorgeschossene Kapital zu beziehen.

Hier gälte Vergleichbares wie für das fungierende Kapital in der Industrie: Was dort der Produktionspreis ist, also die Summe aus Kostpreis (Preis der verzehrten Produktionsmittel plus Preis der angewandten Arbeitskraft) und Durchschnittsprofit, wäre beim Geldhandlungskapital die „angemessene Gebühr“, aus der die sachlichen und personellen Aufwendungen zur Bereitstellung und Durchführung der entsprechenden Dienstleistung bezahlt werden könnten und die zudem den Durchschnittsprofit ermöglichen

54 Das „Geldhandlungskapital“ mit all seinen technischen Operationen, die mit der Geldzirkulation verbunden sind, aber getrennt vom Kreditwesen ausgeübt werden, analysiert Marx ausführlich im 19. Kapitel des dritten Bandes des *Kapital* (MEW 25, S. 327 ff.). Es ist eine Vorstufe des Bankiergeschäfts: „Wir haben im vorigen Abschnitt gesehen,“ schreibt Marx, als er auf den Bankkredit und damit auf die Banken zu sprechen kommt, „wie sich die Aufbewahrung der Reservefonds der Geschäftsleute, die technischen Operationen des Geldeinnehmens und Auszahlens, der internationalen Zahlungen, und damit der Barrenhandel, in den Händen der Geldhändler konzentriert. Im Anschluss an diesen Geldhandel entwickelt sich die andere Seite des Kreditwesens, die Verwaltung des zinstragenden Kapitals oder des Geldkapitals, als besondere Funktion der Geldhändler. Das Borgen und Verleihen des Geldes wird ihr besonderes Geschäft.“ (MEW 25, S. 415 f.)

würde. Die Gleichheit von Geldhandlungs- und Industriekapital, nicht mit Bezug auf die Wertschöpfung, wohl aber mit Bezug auf die Verwertung als die wesentliche Bestimmung des Kapitals wäre realisiert, würde das Geldkapital diese angemessene Gebühr von ihren Kunden bezahlt bekommen. Dieser Punkt ist wichtig nicht nur für den Zahlungsverkehr, den die Bank als Dienstleister für andere verrichtet, sondern auch für andere Dienstleistungen, die noch im Zusammenhang mit dem Investment-Banking zu behandeln sind.

Würde das Geldhandlungskapital durch überhöhte Gebühren einen höheren prozentigen Durchschnittsprofit ab als das industrielle Kapital, so würde sich ein Teil des industriellen Kapitals in Geldhandlungskapital verwandeln. Der umgekehrte Prozess fände statt, läge die Durchschnittsprofitrate niedriger.

Die Macht der Banken, an der Gebührenschraube nach Belieben zu drehen, wird durch das Gesetz der Konkurrenz ebenso begrenzt wie die Macht der Industriellen, den Preis ihrer Waren über den Produktionspreis zu setzen. Der Konkurrenzdruck, der durch die wechselseitigen Interessen ausgeübt wird, treibt die Preise immer wieder in Richtung ihrer Produktionspreise bzw. in Richtung solcher Gebühren, die tendenziell den Durchschnittsprofit, aber auch nicht mehr, ermöglichen.

Die Geschäfte des Geldhandlungskapitals, darunter der hier besonders hervorgehobene Zahlungsverkehr, sind innerhalb der Bank mit der Funktion des Leihens und Borgens nicht nur eng verbunden, sie basieren teilweise auf dem Kredit, wodurch sich die Zirkulationskosten außerordentlich verringern lassen. Die wichtigste Form der Ökonomisierung ist der bargeldlose Zahlungsverkehr. Ein Bankguthaben oder ein von der Bank gewährter Buchkredit⁵⁵ bilden die Grundlage dafür. Zirkulationsmittel verschwinden aus den Umsätzen, wenn eine bloße Kredittransaktion, also eine Überweisung von einem Girokonto zum anderen, die Zahlung vermittelt. In solchen Kreditoperationen, womit die wechselseitigen Zahlungen ausgeglichen werden, fungiert das Geld als Zahlungsmittel, ohne dass es selbst wirklich in die Zirkulation tritt. Es funktioniert, wie Marx diese Funktionsweise des

55 Unter Buchkredit versteht man einen Kredit an Kunden, der lediglich „in den Büchern“ erfasst wird, also ohne dass der Gegenwert beurkundet wird, etwa als Schuldscheindarlehen oder in Gestalt eines Wechsels. Die häufigste Form ist die Eröffnung einer Kreditlinie (Überziehungslimit) auf dem Kontokorrentkonto oder die Gewährung eines Darlehens. Buchkredite haben einen besonderen Stellenwert: Nach den Angaben der Deutschen Bundesbank belief sich im April 2013 das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken auf 3,260 Billionen Euro, davon entfielen 2,801 Billionen auf Buchkredite (Angaben für Deutschland).

Geldes auf den Punkt brachte, „nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte“ (MEW 23: 151). Die Gesamtsumme des in einem gegebenen Zeitabschnitt umlaufenden Geldes wird durch solche sich ausgleichende Zahlungen notwendig verringert; der Kredit „verdrängt das Geld und usurpiert seine Stelle“ (MEW 25: 588).

Marx selbst bringt diese Ökonomisierung des umlaufenden Geldes mit dem Buchkredit in Verbindung, der damals schon existierte wenngleich auf weniger entwickelter technischer Grundlage als heute. Statt Banknoten selbst auszugeben, könnte die Bank ihrem Kunden „einen Buchkredit eröffnen, wo also dieser, ihr Schuldner, zum imaginären Depositor bei ihr wird“. Mittels des Buchkredits ließe sich die Transaktion ohne alle Ausgabe von Noten abwickeln, „wo also eine bloße Kredittransaktion die Zahlungen vermittelt“ (MEW 25: 474 f.).

In der heutigen Krisen-debatte wird diese Ökonomisierung des umlaufenden Geldes in ihr Gegenteil verkehrt. Statt Geld einzusparen, unterstellt man den Banken, sie würden mit der Einräumung von Buchkrediten und den darauf beruhenden Kredittransaktionen zusätzliches Geld schaffen. Eine solche Zunahme des Kredits wird mit einer Geldschöpfung gleichgesetzt, mit der Schaffung von „Geld aus dem Nichts“.

Diese Vorstellung wurde bereits kritisiert. Hier ist nur noch festzuhalten, dass durch diese Mythenbildung das entsprechende Geschäftsfeld der Bank in eine geheimnisvolle Quelle von Macht verwandelt wird. Könnte die Bank nach Belieben „Geld aus dem Nichts“ produzieren, dann hätte sie die Macht, über den gesellschaftlichen Reichtum zu verfügen. Denn das Geld, das sie schaffen würde, ließe sich unmittelbar gegen sämtliche Waren austauschen und je mehr Geld sie produzierte, desto mehr Waren könnte sie sich aneignen. Sie müsste sich dann keineswegs mit dem Durchschnittsprofit begnügen, sondern hätte Zugriff auf den Gesamtprofit der Wirtschaft und könnte durch eine endlose Geldproduktion schließlich alle Waren der Gesellschaft kaufen.

Der Mythos Bankenmacht besteht hier darin, die Einsparung von umlaufendem Geld, die auf der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel beruht, welche wiederum auf dem Kredit beruht, in eine Produktion von Geld zu verwandeln, über die die Bank nach Belieben verfügt. Eine mit dem Kredit in Verbindung stehende bloße Dienstleistung wird als Macht über den gesellschaftlichen Reichtum mystifiziert.

Einlagen und Kreditgeschäft

Um Geld verleihen zu können, muss eine Bank selbst über Geld verfügen. Insgesamt gesehen kann sie – vom Eigenkapital abgesehen – nicht mehr Geld

ausleihen, als sie sich selbst geliehen hat. Solche Refinanzierungsgeschäfte heißen auch Passivgeschäfte, da sie sich auf der Passivseite der Bilanz abspielen.

Die Gelder einer Bank kommen zunächst von Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. In deren Kreislaufprozesse werden beständig Gelder freigesetzt, die bei den Banken angelegt werden. Hinzu kommen die Einlagen der Reichen. Schließlich fließen den Banken Gelder aus den vorübergehend oder auch für längere Zeit nicht genutzten Geldeinkommen aller Klassen zu. Diese Ansammlung und Konzentration kleiner Geldbeträge ist eine besondere Wirkung des Bankensystems im Unterschied zu ihrer bloß vermittelnden Funktion zwischen dem wirklichen Verleiher und dem Borger. Treten die Banken vor allem als Vermittler auf, konkurrieren sie nicht nur untereinander, sie stehen meist auch in Konkurrenz zu den Finanzmärkten. Im Unterschied dazu schaffen sie aber nicht nur einen Platz, wo sich Angebot und Nachfrage nach Leihkapital treffen können, sondern sie selbst treten als Marktteilnehmer auf.⁵⁶

Wie aus der Passivseite der aggregierten Bankbilanz hervorgeht, finanzieren sich die Banken zu etwa 30 % aus Einlagen und aufgenommenen Krediten anderer Banken. Dazu zählen auch die Refinanzierungsgeschäfte bei der Notenbank. Aufgrund der besonderen prekären Lage, in der der gesamte Finanzsektor seit der Wirtschaftskrise steckt, können sich die Euro-Banken derzeit zum historisch niedrigen Zinssatz von 0,50 % soviel Kredite von der Europäischen Zentralbank (EZB) besorgen, wie sie benötigen und wie sie an Sicherheiten hinterlegen können.

Die Einlagen von Nichtbanken bilden mit 45 % der Bilanzsumme die wichtigste Finanzierungsquelle. Dazu zählen Termineinlagen, Spareinlagen, Sparbriefe und vor allem die täglich fälligen Gelder, die – wie schon gezeigt – die Grundlage für den Zahlungsverkehr bilden. Darüber hinaus finanzieren sich die Banken am Kapitalmarkt durch die Herausgabe von Bankschuldverschreibungen, die im Jahre 2009 in der aggregierten Bilanz des Bankensektors 13,7 % der Bilanzsumme betragen hatten.

Diese Mittelbeschaffung der Bank setzt weder Herrschaft voraus, noch begründet sie ein Herrschaftsverhältnis. Es sind ökonomische Prozesse zum wechselseitigen Vorteil. Der Kreditgeber gibt seinen Kredit freiwillig fort, weil er auf diese Weise sein Geld als zinstragendes Kapital verwerten will.

56 „Solche Mittler zwischen Kapitalangebot und –nachfrage werden wir als Finanzintermediäre bezeichnen. Nach der engeren Definition ist ein Finanzintermediär eine Institution, die Kapital von Anlegern entgegennimmt und an Kapitalnehmer weiterleitet. Die Bank als Institution, die Depositen aufnimmt und Kredite vergibt, stellt einen Intermediär im engeren Sinne dar.“ (Hartmann-Wendels 2010: S. 2f.)

Die Bank profitiert davon, den Kredit, den sie nimmt, zu höheren Zinsen zu verleihen. Die daraus resultierende Zinsdifferenz ist für diesen Teil des Bankgeschäfts die Grundlage für die Deckung des Kostpreises und die Realisierung des Durchschnittsprofits.

Table 1: Geschäftsstruktur der inländischen Universalbanken (2009)

Bankbilanz 2009					
Aktiva	Mrd. €	in %	Passiva	Mrd. €	in %
Kassenbestand und Guthaben bei der EZB	62,6	1,1%	Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken	1733,4	29,1%
Kredite an Banken davon Wertpapiere	2357,7 (616,3)	39,6% (10,3%)	Einlagen von Nichtbanken davon Termineinlagen Spareinlagen+Sparbriefe	2710,4 (986,4) (698,8)	45,5% (16,6%) (11,7%)
Kredite an Nichtbanken davon Wertpapiere	3058,5 (529,6)	51,3% (8,9%)	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	813,5	13,7%
Beteiligungen	160,2	2,7%	Eigenkapital	288,9	4,8%
Sonstige Aktiva	320,8	5,4%	Sonstige Passiva	413,3	6,9%
Bilanzsumme	5959,6	100%	Bilanzsumme	5959,6	100%

Quelle: Hartmann-Wendels/Pfingsten/Weber, Bankbetriebslehre, 5. überarbeitete Auflage 2010

Das Kreditgeschäft dominiert die Aktivseite der Bilanz. Knapp 40 % der Bilanzsumme entfallen auf Kredite anderer Banken; der Hauptanteil von mehr als 50 % besteht aus Krediten an Nichtbanken.

Der Beteiligungsbesitz macht weniger als 3 % der Bilanzsumme aus. Durch diesen geringen Anteil relativiert sich bereits die Vorstellung, dass Anteile an Industrie- und Handelsunternehmen eine besondere Machtquelle für Banken sein könnten. Wäre dies der Fall, hätten die Banken ihre Geschäftspolitik auf eine Ausweitung des Beteiligungsbesitzes ausgerichtet. Das ist aber gerade nicht geschehen. Seit den 1970er Jahren, also seit der Zeit, da die Banken angeblich einen Machtzuwachs erhielten, ist der Anteilsbesitz

abgebaut worden. Diese Tendenz verstärkte sich, als mit der Steuerreform von 2001 Veräußerungsgewinne steuerbefreit wurden.

Zurück zum Kreditgeschäft, der Hauptaktivität der Bank. Quelle ihres Profits ist hier der Zins. Indem sie zu höheren Zinsen ausleihen, als sie selbst für das Depositum bezahlen müssen, erzielen sie ihren Zinsüberschuss. Diese Zinsdifferenz stammt also von den Schuldnern der Bank. Soweit es sich dabei um Geschäftsleute handelt, die im Reproduktionsprozess als Händler, Dienstleister oder Industrielle tätig sind, ist die Quelle des Zinses der Profit, den jene erzielen können, wenn sie ihre Geschäfte mit dem Kredit der Bank betreiben. Der Zins, den sie der Bank zahlen, ist ein Abzug von ihrem Gesamtprofit. Einen Teil davon gibt die Bank weiter an ihren eigenen Kreditgeber.

Der Zins als Teil des Profits bildet hier also die Grundlage des Bankprofits. Seine allgemeine Voraussetzung ist die kapitalistische Wirtschaft, auf deren Grundlage sich eine Wertsumme in Kapital, also in eine sich verwertende Wertgröße verwandeln kann. Der Unternehmer, der eine geliehene Wertsumme als Kapital vorschießt, erzielt unter normalen Umständen darauf den Durchschnittsprofit, von dem er einen Teil in Form des Zinses an den Eigentümer des geliehenen Geldkapitals abtritt. Dass der Profit als Quelle den Mehrwert, d. h. die unbezahlte Arbeit, hat, ist bei dieser Aufteilung nur insofern wichtig, als Bankkapitalist und Unternehmer ein gemeinsames Interesse daran haben, den Mehrwert durch Beibehaltung des kapitalistischen Eigentums zu erhalten und möglichst durch Lohndumping, Intensivierung der Arbeit und Verlängerung der Arbeitszeit zu steigern.

Mit einer besonderen Macht hat es also gar nichts zu tun, wenn die Bank für ihre eigene Geschäftstätigkeit einen Teil des Zinses in Beschlag nimmt. Für dieses Kreditgeschäft hat sie selbst Kapital in Form von Räumlichkeiten, Büroausstattung, EDV-Einrichtung etc. und für Lohnzahlungen vorgegossen, das als Kapital ebenso Anspruch auf durchschnittliche Verwertung hat wie die anderen Kapitalvorschüsse in Industrie und Handel.

Das Gesetz der Durchschnittsprofitrate schließt immer ein, dass Kapitale, die besonderen Risiken und Gefahren ausgesetzt sind, als Kompensation eine höhere Profitrate erzielen. Soweit solche Unterschiede durch Versicherungen ausgeglichen werden, entfällt natürlich die Entschädigung durch Profitaufschlag, der dann von der Versicherung für die eingegangenen Risiken angeeignet wird. Solche Kompensationsgründe gibt es in vielen Anlagesphären des Kapitals und sie haben immer die Grundvorstellung zur Voraussetzung, dass Kapitale von gleicher Größe in denselben Zeitperioden gleichgroße Pro-

fite abwerfen.⁵⁷ Mit einer besonderen Macht hat eine solche Kompensation nichts zu tun.

Das Kreditgeschäft als Machtquelle der Bank? Hilferdings Theorie des Finanzkapitals als allgemeine Argumentationsgrundlage

Wie man der Bilanzstruktur entnehmen konnte, ist die Bank selbst Finanzinvestor, wenn sie z. B. Wertpapiere von Nichtbanken besitzt; und sie selbst ist ein Geschäftsfeld für andere Finanzinvestoren, wenn sie Bankschuldverschreibungen emittiert oder wenn sie ihr Eigenkapital durch die Emission von eigenen Aktien erhöht. Die Bank ist also sowohl Kreditgeber als auch Kreditnehmer.

In unserer Kritik stießen wir immer wieder auf die Behauptung, Finanzinvestoren würden „Renditeziele“ für Unternehmen aufstellen und könnten sich bei Nichteinhaltung durch Verkauf ihrer Anteile jederzeit aus dem Unternehmen zurückziehen. Dass eine solche Exit-Option mit einer besonderen Macht der Finanzinvestoren in Verbindung gebracht wird, hat unsere Kritik bereits als ökonomisch haltlos zurückgewiesen. Hier ist nur noch ergänzend auf die Rolle der Bank als Kreditnehmer hinzuweisen. Die Exit-Option müsste auf beiden Seiten gelten. Wäre sie tatsächlich ein Machtmittel, was wir bestreiten, dann würde sie auch die Bank treffen. Die Vertreter dieser Machtthese hätten nachzuweisen gehabt, warum das Abhängigkeitsverhältnis nur auf der einen Seite bestehen soll und nicht dort, wo die Bank selbst leiht.

Tatsächlich enthält das Kreditverhältnis gar nicht jene Machthebel, über die eine Bank als Verleiher von Geld angeblich verfügt. Das ist ein Mythos, der aus einem falschen Verständnis des Kredits hervorgeht. Der Kredit besteht einfach darin, dass Geld ohne Äquivalent auf Zeit fortgegeben wird gegen ein Rückzahlungsversprechen und gegen Zins.⁵⁸ Der Kreditnehmer, ob Bank, Industrieunternehmer, Handwerker oder Privatkunde besitzt nun das Geld. Im Rahmen des Kreditvertrags setzt er es für seine Zwecke ein. Der ökonomische Kreislauf des Kreditnehmers vollzieht sich unabhängig vom Kreditgeber. Das gilt allgemein, auch wenn die Bank sich Geld leiht.

57 Kapitale, welche sich z. B. länger umschlagen, entferntere Märkte bedienen, größere Risiken eingehen etc., bedienen sich durch einen entsprechenden Preisaufschlag. Marx hat solche Kompensationsgründe, die einen vom Durchschnittsprofit abweichenden Profit rechtfertigen, immer wieder hervorgehoben. (Vgl. MEW 25, S. 218 ff., *Theorien über den Mehrwert*, Band 3, in: MEW 26.3., S. 163)

58 „Ein Kreditvertrag ist dadurch gekennzeichnet, dass ein Kreditgeber dem Kreditnehmer einen Geldbetrag zur Verfügung stellt, den dieser zu einem späteren Zeitpunkt mit Zins zurückbezahlen muss.“ (Hartmann-Wendels 2010: S. 149)

Diese Grundbestimmung des Kredits, dass nämlich der Verleiher des Geldes nicht mehr über das Geld selbst verfügt, sobald er es als Kredit fortgegeben hat, wird immer wieder verwässert, vernebelt und in der Weise umgedeutet, als verfüge der Kreditgeber immer noch irgendwie über das fortgegebene Leihkapital. Die These von der Exit-Option als ein „Druckpotenzial“ gegenüber dem Kreditnehmer assoziiert eine solche Verfügbarkeit.

Um dieses sich hartnäckig haltende Dogma theoriegeschichtlich zu hinterfragen, lohnt ein Rückgriff auf die klassische Theorie vom Finanzkapital, wie sie der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding im Jahre 1910 in seinem Buch *Finanzkapital* aufstellte. Die wichtigsten Bestimmungen des Finanzkapitals fasste Hilferding (1910/1973: 309) folgendermaßen zusammen: „Die Bank (muss) einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital. Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt. [...] und kann von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden. In Wirklichkeit aber ist der größte Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles [...] Kapital [...] verwandelt und im Produktionsprozess fixiert. Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“

Hilferding verwirrt das Kreditverhältnis gleich im ersten Satz, wenn er schreibt, dass die Bank durch die Vergabe von Krediten, gemeint ist vor allem der „Kapitalkredit“⁵⁹, ihr Kapital in der Industrie fixiere und in „immer größerem Umfang industrieller Kapitalist“ werde. In Wirklichkeit gibt die Bank nur Leihkapital für eine gewisse Zeit fort, ohne sich selbst in dem Kreislauf-

59 Der Kapitalkredit dient nach Hilferdings Meinung der Finanzierung des fixen Kapitals, und weil dieser im geschichtlichen Verlauf zunehme, wachse auch der Finanzierungsbedarf. „Die Bank hat ihr Kapital in das kapitalistische Unternehmen eingelegt und ist damit an dem Schicksal dieses Unternehmens beteiligt. Diese Beteiligung ist umso fester, je mehr das Bankkapital als fixes Kapital in dem Unternehmen fungiert.“ (Hilferding [1910/1973], S. 113) Die Bank hat ihr Leihkapital verliehen, also in Geldform für eine gewisse Zeit fortgegeben. Nicht mehr die Bank, sondern der Kreditkunde – das „kapitalistische Unternehmen“ – verfügt während der Kreditdauer darüber. Mit dem Ausdruck „hat eingelegt“ lässt Hilferding das Kreditverhältnis verschwimmen; nun ist unklar gemacht, ob die Bank das Geld überhaupt als Kredit fortgegeben hat oder ob sie nicht vielleicht eine Beteiligung erworben hat oder gar selbst Industriekapitalist geworden ist. Für die letzte Version spricht der zweite Satz, worin Hilferding das Bankkapital unmittelbar als fixes, also direkt als Industriekapital fungieren lässt. Die Trennung zwischen Verleiher und Borger, also das Kreditverhältnis selbst, um das es hier gehen soll, ist ausgelöscht.

prozess des Industriekapitals zu engagieren. Sie wird ebenso wenig Industriekapitalist, wenn sie einen Kredit gibt, wie der Industrielle Bankkapitalist wird, nur weil er der Bank ein Darlehen gibt.

Hilferding bestimmt das Finanzkapital als ein solches Kapital, das erstens noch die Geldform besitzt und zweitens in industrielles Kapital verwandelt worden ist. Wenn aber Kapital die Form des produktiven Kapitals annimmt, dann besitzt es die Geldform gerade nicht mehr; bereits beim Kauf der Produktionsmittel und Arbeitskräfte hat das vorgeschossene Kapital seine Geldform abgestreift und ist in die Warenform geschlüpft. Diese Formverwandlung des Werts klammert Hilferding aus. Stattdessen hält er an der Geldform fest, wo sie längst nicht mehr existiert. Das Kapital besitzt dann beides: Es hat immer noch die Geldform, obwohl es „in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist“ (1910/1973: 309). Beides zu sein, das ist aber ein Widerspruch in sich.

Auch ist es nicht die Bank, die ihr Kapital in industrielles verwandelt; sie gibt nur den Kredit. Der Industriekapitalist nimmt das geliehene Geld und kauft damit die nötigen Produktionselemente. Mit diesem Kreislaufprozess hat die Bank aber nichts mehr zu tun.

Die Geldform, die noch fortbestehen soll, obwohl sie längst in die Warenform übergegangen ist, wird von Hilferding in eine mystische Machtquelle der Bank verwandelt. Denn die Bank als Eigentümerin dieser angeblich noch bestehenden Geldform soll die Fähigkeit besitzen, das geliehene Geld „stets in Geldform“ zurückzuziehen. Das widerspricht jeglicher rationeller Betrachtung des Kredits, der nicht einfach zurückgezogen werden kann, wenn der Vertrag eine längere Leihfrist vorsieht.

Die Vorstellung, das als Kredit fortgegebene Leihkapital sei weiterhin „in der Verfügung der Banken“, während es der Industrielle etwa zum Ankauf der Produktionselemente anwendet, ist absurd. Was die Bank weggegeben hat, z. B. Leihkapital in Form des „Kapitalkredits“, soll sie noch besitzen. Sie soll also gleichzeitig Besitzerin und Nichtbesitzerin, Bank und als industrieller Kapitalist zugleich Nichtbank sein. Mit solchen Verdrehungen und Nebelschwaden wird der Schein einer Bankenmacht erzeugt, so als wäre die Bank in der Lage, alle Formen des Kapitals gleichzeitig zu vereinen: ihre eigene, die Form des produktiven Kapitals sowie alle Geldformen.⁶⁰

60 Wie sehr sich Hilferding in diesem Mystizismus verloren hat, geht aus folgendem Zitat hervor: Wie der Imperialismus die Krönung des Kapitalismus, so soll das Finanzkapital die Krönung aller vorangegangenen Kapitalformen sein: „Denn das industrielle Kapital ist Gott Vater, das das Handels- und Bankkapital als Gott Sohn entlassen hat, das Geldkapital ist der Heilige Geist; sie sind drei, aber doch eins im Finanzkapital.“ (Hilferding [1910/1973], S. 303) Diese himmlische Logik des Finanzkapitals hat mit der ökonomischen Logik des Kredits nichts mehr zu tun.

Würde das Finanzkapital tatsächlich alle Kapitalformen einschließen, müssten natürlich auch die Kategorien entfallen, die auf der Eigenständigkeit jener Kapitalformen beruhen. So ist etwa Voraussetzung der Zinsbildung, dass sich Verleiher und fungierende Kapitalisten als Personifikation besonderer Kapitalsorten wirklich auf dem Kreditmarkt gegenüberstehen, als Personen also, die unterschiedliche Rollen im Reproduktionsprozess spielen, oder in deren Hand dasselbe Kapital wirklich eine doppelte und gänzlich verschiedene Bewegung durchmacht: der eine, der das Geld nur verleiht, der andere, der es im Reproduktionsprozess anwendet. Die mit dem Finanzkapital behauptete funktionelle Verschmelzung von Bank- und Industriekapital wäre unvereinbar mit jeglicher Zinsbildung.

2. Investment-Banking

Bislang hat sich gezeigt, dass einer Bank weder in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs noch im Einlagen- und Kreditgeschäft eine besondere Macht zufällt, die es ihr ermöglichen würde, andere Kapitale zu beherrschen und höhere Profite für sich herauszuholen. Das im Bankgeschäft vorgeschossene Kapital erwies sich unter dem Gesichtspunkt seiner Verwertung als ein ganz normales Kapital, gesellschaftlich ebenso notwendig wie andere Kapitale, mit denen es zusammen das Kapital einer Gesellschaft bildet. Als Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nimmt es entsprechend seiner Größe Anteil am Gesamtprofit. Es realisiert, wie andere Kapitale auch, tendenziell den Durchschnittsprofit, der selbst wiederum eine Konsequenz der prinzipiellen Gleichheit der Kapitale ist. Dass Geschäftsbanken sich Profite aneignen, ohne ihn zu produzieren, haben sie mit den Groß- und Einzelhändlern gemeinsam. Nur, sie eignen sich die Profite nicht durch Weiterverkauf von Waren an, die sie von den Industriellen erworben haben, sondern durch Gebühren und Zinsen ihrer Geschäftskunden.

Nachfolgend untersuchen wir das Investment-Banking unter dem Gesichtspunkt, ob das Kapitalmarktgeschäft eine Machtquelle enthält, die von der Bank zur Beherrschung von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt werden kann. Zu diesem Geschäftsfeld gehören sehr verschiedene Banktätigkeiten, darunter der Eigenhandel, die Emission von Anleihen, Aktien und Derivate, Mergers & Acquisitions (Fusionen und Übernahmen), Asset Management (Kapitalanlage für Kunden).

Eigenhandel und die Quelle von Spekulationsgewinnen

Unter Eigenhandel fasst man alle Geschäfte, die eine Bank im eigenen Namen und auf eigene Rechnung tätigt: Handel mit Anleihen, Aktien, Derivaten,

Rohstoffen sowie der Geld- und Devisenhandel. Wie bei allen Geschäften geht es auch hier um die Verwertung des dafür vorgeschossenen Kapitals. Der Eigenhandel soll Gewinne machen vor allem durch die Ausnutzung von Kursschwankungen. Was ist die Quelle solcher Handelsgewinne?

Steigen z. B. die Kurse von Aktien, Anleihen, Devisen oder die Preise von Edelmetallen oder Rohstoffen, dann werden die im Eigenhandelsgeschäft tätigen Händler ihre eingegangenen Positionen mit Gewinn verkaufen. Solche Spekulationsgewinne können keinen Teil des Mehrwerts bilden, wie Dividenden- bzw. Zinszahlungen, die an Aktionäre ausgeschüttet bzw. für Anleihen ausgezahlt werden. Die Quelle der Spekulationsgewinne ist nicht die Wertschöpfung in der Produktion, sondern sie entstehen durch steigende Vermögenspreise. Da solche Spekulationsgewinne keinen Wertetransfer vom fungierenden Kapital hin zu den Banken beinhalten, kommt hier die Macht der Banken gar nicht erst ins Spiel. Jeder, der solche Vermögensposten besitzt, profitiert⁶¹ von den Wertsteigerungen, indem er sie teurer verkauft als er sie gekauft hat.

Verteuern sich Edelmetalle oder Rohstoffe, dann verdienen nicht nur die Händler der Bank daran, die solche Kontrakte kauften, auch die Unternehmen verdienen, die entsprechende Bestände aufbauten, um sie als Produktionsmittel in ihrer Produktion einzusetzen. Denn die Wertsteigerung führt zu einer Verteuerung der produzierten Waren und ermöglicht, dass die Unternehmen Werte realisieren, für die sie nichts zahlen mussten. Das gilt natürlich nur so lange, bis die Rohstoffvorräte verbraucht worden sind, die zu den niedrigeren Preisen gekauft wurden.⁶²

Aktien oder Anleihen gehen nicht als Produktionsvoraussetzungen in die Produktion ein. In Phasen steigender Kurse können sie aber mit Gewinn verkauft werden, ohne dass ein anderer Verluste macht. Jedoch nimmt der materielle Reichtum einer Gesellschaft nicht zu, nur weil die Aktien- oder Anleihekurse steigen. Fallen die Kurse, dann entstehen Verluste. Spekulationsgewinne und Verluste wechseln einander ab. Fallen die Kurse auf ihren Ausgangspunkt zurück, dann gleichen sich bei unterschiedlicher Aufteilung Gewinne und Verluste insgesamt aus.

61 Hier wird immer davon ausgegangen, dass diese Verteuerung nicht Ausdruck einer allgemeinen Entwertung des Geldes ist.

62 Da die Rohstoffverteuerung die Profitrate tendenziell vermindert, gewinnen die Unternehmen nur dann, wenn die auf Lager befindlichen Vorräte von Rohstoffen bedeutend sind. In einem solchen Fall kann, wie Marx herausgearbeitet hat, die Wertsteigerung der Rohstoffe „den einzelnen Kapitalisten, oder auch eine ganze besondere Produktionssphäre des Kapitals, entschädigen oder mehr als entschädigen für den Fall der Profitrate, der aus der Preissteigerung des Rohstoffs folgt.“ (Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 122)

Der Eigenhandel mit Derivaten⁶³ ist hingegen weitgehend ein Nullsummenspiel: Was der Eine gewinnt, verliert ein anderer. Werden z.B. Aktien auf Termin gekauft, und steigt währenddessen der entsprechende Aktienkurs, dann gewinnt der Käufer das, was der Verkäufer des Futures verliert. Je nachdem, wie sich eine Bank positioniert hat, gewinnt sie oder verliert sie auf Kosten des Anderen. Insgesamt gesehen gehen Banken in ihrem Eigenhandel erhebliche Risiken ein. Die Chancen auf hohe Gewinne wachsen im Allgemeinen mit den Verlustrisiken, die mit den Geschäften verbunden sind. Wegen des rein spekulativen Charakters unterliegen die Eigenhandelsergebnisse beträchtlichen Schwankungen.

Es hat sich gezeigt, dass die Spekulationsgewinne des Eigenhandels nichts mit einer besonderen Macht der Banken zu tun haben. Auch hier gilt der allgemeine Grundsatz des Warenverkehrs, dass die Eigentümer von Finanzkontrakten als freie, rechtlich ebenbürtige Personen einander gegenüber treten und ihren Willen nicht gegen den Willen des Geschäftspartners durchsetzen können. Die Banken besitzen keine Macht über ihren Kontrahenten, die über die allgemeine Zwangsgewalt der Konkurrenz hinausgeht.

Corporate Finance, Mergers & Acquisitions etc.

Ein weiterer Bereich des Investment-Bankings ist das Corporate Finance, die Bereitstellung von Finanzmitteln für Unternehmen, darunter die Emission von Aktien und Anleihen. Sofern nur Darlehen an Großkunden vergeben werden, brauchen wir die Frage nach der möglichen Macht der Banken nicht neu zu stellen, da das Nötige dazu schon bei der Betrachtung der Kernbank gesagt worden ist.

Die Möglichkeit, Kredite zu verbriefen d.h. sie als handelbare Wertpapiere auf dem Primärmarkt zu verkaufen, wird als ein weiteres Herrschaftsmittel der Bank interpretiert. Näher betrachtet besteht das Geschäft darin, dass die Bank Vermögensgegenstände in einem Pool zusammenfasst und Wertpapiere emittiert, die einen Anspruch auf Zahlungen aus den Vermögensgegenständen verbriefen. Solche Asset Backed Securities (ABS) bergen für den Käufer des handelbar gemachten Kredits die Gefahr, dass er Risiken eingeht, die er nicht, wohl aber die Bank kennt. Solche Fälle von Falschmünzerei gibt es natürlich, und wie wir heute wissen, haben Ratingagenturen das nicht verhindert. Dass Waren verkauft werden, die falsch deklariert sind, ist aber keineswegs eine Besonderheit des Bankgeschäfts und ist vor allem kein

63 „Ein Derivat ist ein Finanzinstrument, dessen Wert aus dem Wert eines anderen oder mehrerer anderer Finanztitel (Basiswert, Underlying) oder aus anderen Marktpreisen oder gar aus irgendwelchen Kenngrößen abgeleitet wird (lateinisch derivare = ableiten).“ (Hartmann-Wendels [2010], S. 271)

Beweis für die Macht der Banken. Wo Geschäfte gemacht werden, da lauert immer auch der Betrug.

Im Kreditbereich kommt noch hinzu, dass Kredite, die heute noch als sicher erscheinen, morgen bereits als uneinbringlich gelten können. Beispielsweise schuf der mehr als 15 Jahre anhaltende US-Immobilienboom nicht nur das Bedürfnis, durch Verbriefungen von Hypothekenkrediten neue Kreditmöglichkeiten zu eröffnen, sondern auch alle Voraussetzungen, die Kredite als sicher erscheinen zu lassen. Dass mit Ende des US-Immobilienbooms das Vertrauen in den Kredit zusammenbrach, kann nicht den Banken in der Weise angelastet werden, dass sie die Risiken ihren Käufern gegenüber nicht offen gelegt hätten. Die meisten Risiken existierten noch gar nicht, als die Verbriefung (Securitization) stattfand, und als sie allmählich sichtbar wurden, täuschte man sich nur zu gern darüber hinweg. Das taten die Banker ebenso wie die Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, die noch bis Herbst 2008 eine ernsthafte Rezession ausschlossen.

Die Emission von Eigen- und Fremdkapitaltiteln, d. h. von Aktien und Anleihen, ist ein wichtiges Instrument für Unternehmen, an Kapital zu kommen. Manche Mythen ranken sich um dieses Geschäftsfeld. Die klassische These von der Macht der Banken, wie sie in Hilferdings *Finanzkapital* formuliert wird, interpretiert die Aktienemission als ein besonders lukratives Geschäft der Banken, die wegen ihrer Macht den „Gründergewinn“ – berechnet als die abdiskontierte Differenz aus Dividende und Durchschnittsprofit (annähernd der Unternehmergewinn) – einkassieren würden. „Die Aktien werden emittiert, also gegen Geld verkauft. Dieses Geld zerfällt in zwei Teile; ein Teil bildet den Gründergewinn, gehört den Gründern, z. B. der Emissionsbank, und fällt aus der Zirkulation dieses Kreislaufs heraus. Der andere Teil verwandelt sich in produktives Kapital und beschreibt den uns bereits bekannten Kreislauf des industriellen Kapitals“ (Hilferding 1910/1973: 144). In Hilferdings Rechenbeispiel macht der Gründergewinn etwa die Hälfte der Emissionssumme aus, so groß soll er sein.

Hilferding sah im Gründergewinn seine ‚Galileische Entdeckung‘, eine „ökonomische Kategorie sui generis“ (Hilferding 1910/1973: 143), von der selbst Marx noch nichts gewusst haben soll. Dass sich diese geniale Entdeckung als Taschenspielertrick erwiesen hat und unvereinbar ist mit dem Kapitalbegriff und den Bedingungen der Konkurrenz, wurde an anderer Stelle nachgewiesen (Sandleben 2003: 44 ff.).

Der „Gründergewinn“ schwingt in der heutigen Krisen-debatte mit, wenn es um die Macht der Banken und um die angebliche Ausplünderung der Wirtschaft geht. Er ist zu einer vagen Größe geworden, die nicht recht greifbar ist, aber dennoch irgendwie die Banken mächtig werden lässt. Der

Gründergewinn selbst wird allerdings kaum mehr thematisiert, als so brüchig und widersprüchlich haben sich die politökonomischen Fundamente dieser Vorstellung erwiesen.

Die Emission von Aktien und Unternehmensanleihen ist eine Dienstleistungsfunktion der Bank. Eine Machtquelle ist das nicht. Das Unternehmen braucht zwar Geld, aber das kann es sich auch in anderer Weise beschaffen. Oder es beauftragt eine andere Bank, die Emission durchzuführen. Hier herrscht kein Monopol, sondern Konkurrenz unter den Banken, um das Mandat für die Emission zu erhalten.

Nicht die Bank ist es, die das Geld erhält, sondern das Geld fließt immer vom Zeichner der Aktie oder der Anleihe an den Emittenten. Zur Kostendeckung und als Profitquelle erhält die Bank als Gegenleistung lediglich eine Gebühr. Wie im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr aufgezeigt, muss eine solche Gebühr für Dienstleistungen der Tendenz nach hoch genug sein, um das für diesen Geschäftszweig vorgeschossene Kapital angemessen zu verwerten. Von Kompensationsgründen abgesehen, die etwa die Risiken aus der besonderen Konjunkturanfälligkeit eines solchen Geschäfts abzudecken hätten, muss die „angemessene Gebühr“ hoch genug sein, um die sachlichen und personellen Kostpreisteile zu ersetzen und um den Durchschnittsprofit zu ermöglichen. Nachhaltigere Abweichungen davon würden eine entsprechende Kapitalbewegung auslösen mit der Folge, dass die veränderten Konkurrenzbedingungen die Gebühren wieder in Richtung der „angemessenen Gebühr“ tendieren lassen.

Allerdings tritt gelegentlich der Fall ein, dass aufgrund konkreter Konkurrenzbedingungen eine Dienstleistung gratis oder zu einer geringeren Gebühr erfolgt, um auf diese Weise den Kunden für andere profitablere Geschäfte zu gewinnen. Eine solche Misch- oder Ausgleichskalkulation, die auch im Kerngeschäft einer Banken anzutreffen ist (etwa in der gebührenfreien Bereitstellung eines Girokontos) ist keineswegs eine Besonderheit des Bankensektors. Wo sie auch immer anzutreffen und wie sie auch immer konkret ausgestaltet sein mag, sie orientiert sich an der Verwertung des insgesamt vorgeschossenen Kapitals und diese muss der Tendenz nach den Durchschnittsprofit ermöglichen.

Das Gesetz der Durchschnittsprofitrate reguliert unter den gemachten Einschränkungen auch andere Gebühren und Honorare, die die Bank dem Kunden für ihre Dienstleistungen in Rechnung stellt. Ist die Bank im Bereich Mergers & Acquisitions (M&A) tätig, dann wird als Gegenleistung eine Provision vereinbart, die sich unterschiedlich zusammensetzt, je nachdem, wie groß das Volumen der Übernahme bzw. des Kaufs eines Unternehmens ist.

Bei Transaktionen mit kleinerem Volumen wird meist ein Mindesthonorar für eine erfolgreiche Abwicklung gezahlt.

Das Geschäft ist stark internationalisiert und sehr konkurrenzintensiv. Auf dem Höhepunkt der M&A-Welle versuchten Banken, durch niedrige Provisionsätze der Konkurrenz Marktanteile abzujagen. „Große Privatisierungsvorhaben (z.B. 20 Milliarden US-Dollar) in den sogenannten Emerging Markets werden von den führenden Häusern im Rahmen einer Markteintrittsstrategie bereits bei einem Honorar von 7 Basispunkten durchgeführt.“⁶⁴

Die Profite, die Banken im Dienstleistungssektor erzielen, werden immer durch die Konkurrenz reguliert. Die Geschäftsmodelle wiederholen sich: Die Bank schießt Kapital für einen Geschäftsbereich vor, um es zu verwerten und die Konkurrenz der Kapitale untereinander verhindert tendenziell, dass die Geschäfte höhere Profite abwerfen als den Durchschnittsprofit.

Gelegentlich wird die Macht der Banken mit dem Argument begründet, durch die Verknüpfung von Kreditvergabe und Dienstleistungen entstünde ein Informationsvorsprung gegenüber anderen Marktteilnehmern. Zum Beispiel erhielten Kreditabteilungen Insiderinformationen, die vor allem in einem Universalbankensystem in die Wertpapierabteilungen gelangen würden. Durch solche Zusatzinformationen ließen sich höhere Spekulationsgewinne erzielen.

Einschränkende Gesetze dazu (Chinese Walls, Compliance⁶⁵, Begrenzungen von qualifizierten Beteiligungen) zeigen gerade, dass Kapitale und

64 Obst/Hintner 2000: 973. Die 7 Basispunkte entsprechen 0,07 %, die auf den Verkaufserlös zuzüglich der bestehenden Kreditverbindlichkeiten berechnet werden. Ein solcher Prozentsatz, der für kleinere Transaktionen allerdings höher ausfällt, ist weit entfernt von der Hilferding'schen Annahme, die Banken würden den gesamten künftigen Unternehmensgewinn unter der neuen ökonomischen Kategorie des Gründergewinns beschlagnehmen. Thomson Reuters macht für die Deutsche Bank für den Zeitraum vom 1.1.2012 bis Ende September 2012 folgende Angaben: Die Deutsche Bank beriet 21 Unternehmensverkäufe und Übernahmen mit deutscher Beteiligung mit einem Transaktionsvolumen von 27 Milliarden US-Dollar. Die Beratungshonorare betragen 22,2 Millionen Euro. Goldman Sachs hatte in diesem Segment (M&A mit deutscher Beteiligung) einen Marktanteil von 7,5 % und erzielte Gebühren in Höhe von 49 Millionen Euro.

65 *Chinese Wall* wird als Metapher für eine operative Trennung von unterschiedlichen Bereichen einer Bank verwendet. Durch diese Maßnahme soll ein Informationsaustausch vermieden werden, der zu Interessenkonflikten sowohl innerhalb der Bank als auch gegenüber Dritten führen kann. Geprägt wurde der Begriff während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932, als die Regierung der USA den Banken vorschrieb, ihr Investment-Banking vom Wertpapieremissionsgeschäft zu trennen. Mit dieser organisatorischen Maßnahme versuchte man zu verhindern, dass Analysten des Investment-Bankings durch eine zu positive Bewertung von Kundenunternehmen direkt und

Kapitalfraktionen untereinander einen politischen Ausgleich erzwingen, sobald sich eine Machtkonstellation abzeichnet, die höhere Profite auf Kosten anderer Kapitale ermöglichen könnte. Die Gleichheit des Kapitals realisiert sich ökonomisch im Ausgleich der Profitraten. Wo Kapitale zu ihren Gunsten einen solchen Ausgleich zu verhindern beginnen, tritt der Staat mit seiner Gesetzgebung in die Ökonomie und beweist seinerseits, dass er nicht die besonderen Interessen einer bestimmten Kapitalgruppe, sondern das Gesamtinteresse des Kapitals zu vertreten hat. Das gleiche Prinzip gilt auch bei der Kreditvergabe der Bank an Unternehmen. Mögliche Einflüsse des Kreditgebers auf die Geschäftspolitik werden durch gesetzliche Bestimmungen verhindert. Solche Schutzrechte bewirken den Ausgleich der Interessen. Beispielsweise führt die Forderung der Bank nach Einräumung zusätzlicher Sicherheiten oder gar die Kündigung eines Kreditengagements „zur Unzeit“ zu erfolgreichen Schadenersatzklagen des Kreditnehmers und anderer Gläubiger.⁶⁶

3. Bankreformen: Zerschlagung der Bankenmacht oder Schutz der Industrie?

In der linksorientierten Krisen-debatte gilt der „Investment-Banker“ als einer der Hauptakteure des „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, und er wird als „Täter“ klassifiziert, als ein zentraler Verursacher der Finanzkrise. Deshalb wird durchweg die „Entmachtung“ der Großbanken gefordert, die darin bestehen soll, dass Tätigkeiten des Investment-Bankings, darunter die Verbriefung von Krediten, der Handel mit Kreditpaketen, Short-Selling (Leerverkauf), Handel mit Derivaten, entweder ganz wegfallen oder doch zumindest vom Kerngeschäft abgetrennt (Trennbankensystem) und stark reduziert werden sollen. „Ihre Zerschlagung dient dem Ziel, die Banken wieder auf ihre dienenden Funktionen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft zu reduzieren“, fasst ein prominenter Reformier den Zweck zusammen (Hickel 2012: 69). Aus dem angeblichen Hauptakteur soll ein bescheidener Diener der Industrie werden, so die Botschaft.

für alle offensichtlich dem Vertriebsinteresse des Wertpapieremissionsgeschäfts dienen. Zumindest sollte der Schein einer unabhängigen Bewertung geschaffen werden. *Compliance* steht für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in Unternehmen. Gesetzliche Grundlage für Wertpapierdienstleistungsunternehmen werden in den §§ 31 ff. des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) gelegt. Beispielsweise ist es Bankangestellten verboten, Börsengeschäfte gegen die Interessen der Bank oder denen ihrer Kunden vorzunehmen.

66 Vergleiche dazu: Hartmann-Wendels 2010: 191.

Bank als Dienerin der Wirtschaft

„Ja. Ein Bankensystem, das die ausreichende Finanzierung des Wirtschaftskreislaufes gewährleistet, hat oberste Priorität“, brachte der damalige Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt inmitten der Wirtschaftskrise das Bedürfnis der Industrie auf den Punkt (Interview des *Tagesspiegels* vom 13. Juli 2009). Hundt schlug „stärkere Regulierung und bessere Aufsicht“ vor, um die aus Sicht der Industrie bestehenden „Fehlentwicklungen“ des Finanzsektors zu korrigieren.

Der damalige Präsident des Verbandes der chemischen Industrie (VCI), Klaus Engel, kritisierte die Finanzbranche besonders heftig und schloss eine Zerschlagung der Großbanken nicht aus. Die Politik müsse die Großbanken in kleinere Teile zerlegen können – in Einzelteile, deren mögliches Scheitern gefahrlos für die Volkswirtschaften wäre, forderte er am 10.9.2012. Der neue VCI-Präsident Karl-Ludwig Kley relativierte am 8.10.2012: „Wir brauchen in Deutschland einen leistungsfähigen, vernünftig regulierten Bankensektor, der sich im globalen Finanzmarkt auf Augenhöhe mit London, New York oder Schanghai bewegen kann. Allein mit den Sparkassen in ihrer Nische wird uns das nicht gelingen. ... Die Banken sind die Adern des deutschen Wirtschaftsorganismus, die Industrie sein Herz und seine Hand.“ Das Gesamtkapital am Standort Deutschland betrachtet er unter dem arbeitsteiligen Gesichtspunkt als „deutschen Wirtschaftsorganismus“, zu dem die Banken gehören und die keinesfalls diesen Organismus oder einen Teil davon, etwa die Chemieindustrie, beherrschen. Eine solche Ideologisierung, wie sie von linksorientierten Krisenautoren betrieben wird, würde nur seine eigenen praktischen Interessen vernebeln.

Nikolaus von Bomhard, Vorstandsvorsitzender des größten Rückversicherers der Welt (Munich Re) bekannte sich zum „Anhänger des Trennbankensystems“, und legte sich, wie die *FAZ* (vom 18.7.2012) meinte, mit den Großbanken an. Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbands der Volks- und Raiffeisenbanken, forderte Schutz vor den Risiken des Investment-Banking, als er sagte: „Steuerzahler und das klassische Einlagengeschäft sollten nicht für potenzielle Risiken spekulativer Kapitalmarktgeschäfte geradestehen.“ (*FAZ* 18.7.2012) In den USA machte Sanford Weill, der als Architekt der Citigroup als „König des Kapitals“ bezeichnet wird, eine Kehrtwende und forderte zur Überraschung der Finanzöffentlichkeit das Trennbankensystem. Der Finanzgigant Citigroup hätte sich infolge des expandierenden Investment-Banking als „kaum kontrollierbar“ erwiesen. (*FAZ* 27.7.2012)

Dass die Industrie mit dieser Aufgabenverteilung einverstanden ist, wenn nur nicht der Dinge zu viel getan wird, hat sie in zahlreichen Kommentaren vor der Öffentlichkeit und den entsprechenden staatlichen Stellen dargelegt.

Darauf hat der Staat inzwischen reagiert. In den USA verabschiedete der Kongress bereits am 15. Juli 2010 den „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (DFA), der selektive Eingriffsmöglichkeiten des Staates in den Eigenhandel und den Derivate-Markt, Regulierungen zum Anlegerschutz und Verbraucherschutz und eine Reform des institutionellen Regulierungs- und Aufsichtsrahmens vorsieht.

Eine EU-Expertengruppe unter Leitung des finnischen Notenbankgouverneurs Erkki Liikanen regte 2012 an, das gesamte Handelsgeschäft abzutrennen. Daran anknüpfend formulierte die britische Regierung den „Banking Reform Act“. Diese Gesetzesinitiative von Januar 2013 sieht vor, das schützenswerte Kerngeschäft, das Kleinkundengeschäft, das Mittelstandsgeschäft und den Zahlungsverkehr soweit abzuschotten, dass es im Falle eines Zusammenbruchs des Investment-Banking weiter funktionieren kann.

Das deutsche Finanzministerium brachte gleichfalls im Januar 2013 den „Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen“ ein, dem der Bundestag am 17. Mai 2013 zustimmte. Das so genannte „Trennbankengesetz“ verpflichtet die Kreditinstitute, den Handel auf eigene Rechnung und Geschäftsbeziehungen mit Hedgefonds in rechtlich, wirtschaftlich und organisatorisch selbständige Einheiten auszulagern, sofern ihre riskanten Geschäfte 100 Mrd. Euro oder 20 % der Bilanzsumme übersteigen. Die Botschaft der EU-Initiative bis hin zu den Gesetzesinitiativen ist einfach und wurde schon anlässlich des Glass-Steagle-Act vor rund 80 Jahren vorgebracht: Das Investment-Banking enthält riskantere Geschäftsfelder als das Commercial-Banking, weshalb es abgesichert werden muss, um die Kernbank, also den Zahlungsverkehr, das Einlagengeschäft und das gewöhnliche Kreditgeschäft, vor einem möglichen Zusammenbruch zu schützen. Passierte das, würde die gesamte Wirtschaft kollabieren.

Man muss sich die Zielsetzung all dieser Bank- und Finanzmarktreformen klar machen. Es geht dabei gerade nicht um eine Begrenzung der Macht der Banken, wenn die Wirtschaft vor einem Zusammenbruch des Bank- und Kreditsystems geschützt werden soll. Denn wenn Banken zusammenbrechen, dann ist das kein Zeichen ihrer besonderen Macht, sondern vielmehr ein Ausdruck ihrer Schwäche, sich am Markt nicht mehr behaupten zu können. Systemrelevante Banken sollen im Konkursfall in der Weise abgewickelt werden, nicht dass sie überleben, sondern dass das Kredit- und Finanzsystem als die Grundlage einer funktionstüchtigen Wirtschaft stabil bleibt.

Deshalb schreiben die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze „Zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen“ der Bank vor, ihr eigenes Testament, also die Abwicklungsfrage im Falle ihrer eigenen Zahlungsunfähigkeit zu klären. Sie selbst soll überzeugend darlegen, wie sie ihre eigene Beerdigung oder zumindest die Beerdigung eines Teils von ihr bewerkstelligen will. Im Krisenfall soll also gerade nicht der krisenbetroffene Teil des Bankkapitals gerettet werden, sondern er soll Pleite gehen können, ohne die Gesamtwirtschaft zu schädigen. Diese „Vorbereitung auf den Tod einer Bank“, wie die *FAZ* (17.5.2013) die verabschiedeten Gesetze betitelte, ist so ziemlich das Gegenteil von der Behauptung, die Banken verfügten über besondere Macht und würden den Staat zu ihren Gunsten und zum Schaden der Wirtschaft lenken.

Als die Banken 2008 und auch später mit gigantischen Rettungsschirmen vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden, kapitulierte der Staat keineswegs vor der Macht der Banken, wie linksorientierte Krisendeuter zu wissen glaubten, sondern er schützte den gesamten Industrie- und Handelssektor vor einem Kollaps des Kredit systems und des darauf beruhenden Zahlungssystems.⁶⁷ Was er tat, entsprach dem Bedürfnis des Gesamtkapitals.

Das Stabilitätsbedürfnis der Wirtschaft, sich vor den Risiken des Investment-Bankings, vor allem vor den Risiken des Eigenhandels zu schützen, verwirren linke Krisenautoren mit der angeblich notwendigen Begrenzung der Bankenmacht. Die Ideologie, die sie an dieser Stelle produzieren, dient der Bemäntelung der Interessen des Gesamtkapitals. Der Schutz vor den Risiken des Investment-Banking, den die Wirtschaft nach eigenen Angaben dringend benötigt, erhält durch diese linke Ideologisierung den falschen Schein, als wäre eine derartige Bankreform eine Maßnahme gegen die Zentren des Kapitals, gewissermaßen eine antikapitalistische Strukturreform,

67 Nicht eine einzige bekannte Bank könne man zugrunde gehen lassen, schrieb damals Professor Dr. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut, „ohne eine neue Schockwelle durch die Wirtschaft zu jagen“. Das war seine Sorge, die er mit der Wirtschaft, d.h. mit dem hier fungierenden Kapital, teilte. „Keine andere Wirtschaftsbranche“, schrieb er weiter, „kommt an die Bedeutung des Bankgewerbes heran. Das Geldsystem ist von zentraler Bedeutung für die Verrechnung wirtschaftlicher Leistungen und damit für den gesamten Tauschhandel der Wirtschaft einschließlich des Arbeitsmarktes.“ (Sinn 2009: 234 f.) Finanzminister Peer Steinbrück warb damals mit ähnlichen Argumenten: „Der Begriff systemrelevant gilt“, sagte er, „nur für den Bankensektor, weil es sich hierbei um das Arteriensystem handelt, das die Volkswirtschaft mit Kapital versorgt. Hinzu kommt, dass bei den Banken ein Dominoeffekt ausgelöst werden kann, der so in der Realwirtschaft nicht vorkommt.“ (Steinbrück-Interview der *Süddeutschen Zeitung* vom 30.5.2009). Eine Analyse und Bewertung der damaligen Rettungsaktion findet sich bei Sandleben 2011: 35 ff.

die alle Gegner des Kapitalismus zu unterstützen hätten. Als wäre es ein anti-kapitalistischer Etappensieg, würden die Banken „zerschlagen“. Schon die Tatsache, dass Unternehmer, Wirtschaftsverbände und inzwischen auch die europäischen Staaten samt konservativer Parteien tiefer greifende Bank- und Finanzreformen fordern bzw. planen, enthüllt den kapitalistischen Gehalt einer solchen Reform. Und diesen Inhalt unter dem Schein des Gegenteils zu schützen, das muss wohl das Ziel jener linken Ideologen sein. Sie treten nicht offen an das Krankenbett des Kapitalismus, um ihren Beitrag zur Rettung des Systems zu leisten, sondern sie wählen eine Mogelpackung, die nur dazu dienen kann, wirkliche Systemgegner zu täuschen und deren Widerstand in eine Kraft zur Stärkung des Systems zu transformieren.

4. Konnten Banken höhere Profite realisieren?

Die Analyse der verschiedenen Geschäftsfelder der Bank brachte das Resultat, dass Banken über keine besondere Macht verfügen, die es ihnen ermöglichen würde, generell höhere Profitraten zu erwirtschaften.

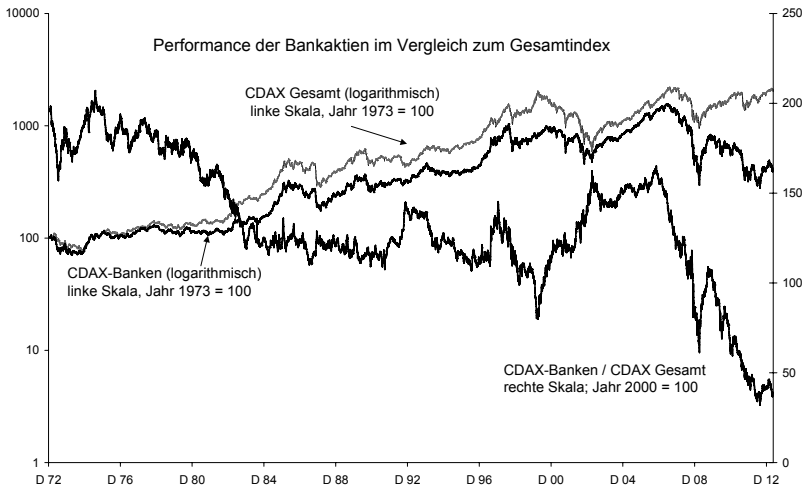
Dieses Ergebnis steht im Einklang mit dem Begriff des Kapitals im Allgemeinen. Seiner Natur nach ist das Kapital sich selbst verwertender Wert. Die vergrößerte Rückkehr eines vorgeschossenen Werts zu seinem Ausgangspunkt ist seine allgemeine Bestimmung, unabhängig davon, in welchem Geschäftszweig Kapital angelegt wird. Diese Gleichheit des Kapitals besteht wesentlich in der Gleichheit seiner Verwertung. Sie macht sich in der äußeren Bewegung der Kapitale als Zwangsgesetz der Konkurrenz geltend. Hier werden die Profitraten der verschiedenen Industriezweige zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, die auch in den unproduktiven, gesellschaftlich aber notwendigen Sektoren Gültigkeit hat, in denen Kapitale keinen Mehrwert produzieren, wohl aber an der Profitrealisation anteilig beteiligt sind. Das gilt nicht nur für das Kaufmannskapital, sondern auch für das Bankkapital, das – wie gezeigt – in sehr unterschiedlichen Geschäftsfeldern operiert. Das Gesetz vom Ausgleich der Profitraten reguliert den Bankenprofit und verhindert, dass sich Banken – von temporären Tendenzen und kompensatorischen Einflüssen abgesehen – über das normale Maß hinaus bereichern können. Dort, wo die Gefahr besteht, dass Banken aufgrund ihrer spezifischen ökonomischen Funktion die Geschäftspolitik anderer Unternehmen beeinflussen könnten, greift der Staat mit Gesetzen in die Ökonomie ein, um durch Zwangsmaßnahmen für einen Ausgleich der Interessen zu sorgen.

Die These von der beherrschenden Macht der Banken und der Finanzmärkte läuft ökonomisch darauf hinaus, dass der Finanzsektor und darunter vor allem die Banken auf Dauer einen hohen und steigenden Anteil am

Gesamtprofit an sich ziehen, da sie die Macht besitzen sollen, die Profite der übrigen Wirtschaft zu ihren Gunsten umzuleiten. Würde eine solche Vermutung tatsächlich stimmen, dann müssten die Bankprofite im Vergleich zu Industrie und Handel seit dem behaupteten Machtzuwachs gestiegen sein, also vor allem seit den späten 1980er Jahren.

Grafik 1:

Bankaktien weisen im Trend keine höheren Renditen auf



Quelle: Datastream; eigene Berechnungen

Nun haben Profite, soweit sie von börsennotierten Aktiengesellschaften erzielt werden, einen großen Einfluss auf die Kursentwicklung der entsprechenden Aktien und auf die Höhe der ausgeschütteten Dividenden (einschließlich sonstiger Einnahmen). Als Größenmaß für Wertveränderungen aus Kursentwicklung und Dividenden werden Performance-Indices berechnet.

Hätten sich über einen längeren Zeitraum hinweg die Bankprofite tatsächlich besser entwickelt als die Profite in der Wirtschaft, dann hätten Bankaktien – von spekulativen Bewegungen abgesehen – eine bessere Performance als ihre Benchmark (Vergleichsindex) erzielt. Sie wären, wie die Börsianer sagen, „Outperformer“ gewesen.

Aus der *Grafik 1* geht hervor, dass sich der Subindex „CDAX-Banken“ seit den 1970er Jahren keineswegs besser entwickelte als der Gesamtindex. Über

den betrachteten Zeitraum hinweg weist die Relation aus „CDAX-Banken“ und „CDAX-Gesamt“ eine fallende Tendenz auf, die so interpretiert werden muss, dass die Banken keineswegs größere Profitanteile zu ihren Gunsten umleiten konnten, wie die These von der Macht der Banken behauptet. „Outperformer“ waren Bankaktien lediglich 1991/92, 1996/97 und sehr auffällig von Anfang 2000 bis Herbst 2006. Lediglich für diese Phasen besitzt die These von der höheren Profitabilität des Bankensektors im Vergleich zur Gesamtwirtschaft eine gewisse Plausibilität. Aber die bessere Performance erwies sich gerade nicht als „dauerhaft“, wie die These vom Machtzuwachs der Banken besagt. Die Bankaktien verloren schon bald wieder ihre relative Stärke, ein Hinweis darauf, dass sich die Profite samt den ausgeschütteten Dividenden schlechter entwickelten als der Durchschnitt.

Unser Performance-Vergleich liefert nur indirekte Hinweise auf die Profitentwicklung. Unterstellt ist dabei, dass der Trend der Aktienkurse maßgebend durch den mit dem Zinsfuß kapitalisierten Ertrag, also durch den Ertragswert, bestimmt wird, der in der fundamental ausgelegten Aktienanalyse wegen seiner großen Bedeutung als „innerer Wert“ eines Aktienkurses bezeichnet wird. Abschließend soll noch ein direkter Renditevergleich zwischen dem Bankensektor und der übrigen Wirtschaft vorgenommen werden. Alle Unternehmen, die in Industrie, Handel und im Dienstleistungssektor jenseits von Banken und Versicherungen operieren, fassen wir zu der Größe „fungierendes Kapital“ zusammen. Als Profitindikator nehmen wir die statistisch gut verfügbare „Eigenkapitalrendite“.

Die Eigenkapitalrenditen berechnen sich aus zwei Werten: dem Eigenkapital der fungierenden Unternehmen bzw. der Banken und dem Gewinn, der innerhalb eines Jahres erzielt wird. In unserer empirischen Betrachtung wird auf den Nachsteuergewinn abgestellt, da hierfür länger zurückreichende Zeitreihen vorliegen.

Die Eigenkapitalrendite dokumentiert, wie hoch sich das vom Kapitalgeber investierte Kapital verzinst hat, also ohne Berücksichtigung des Fremdkapitals. Die hierfür gezahlten Fremdkapitalzinsen stellen aus der Sicht des Unternehmers Kosten dar, die den Gewinn schmälern.

Wir wissen, dass die Rendite auf das Eigenkapital ein zweischneidiges Schwert ist und deshalb einer behutsamen Betrachtung bedarf. Vermindert ein Unternehmen seine Eigenkapitalquote durch entsprechende Erhöhung seines Fremdkapitalanteils, dann steigt bei gleich bleibendem Gewinn seine Eigenkapitalrendite, sofern die Gesamtkapitalrendite über dem Fremdkapitalzins steht. Dieser Leverage-Effekt wird von den Unternehmen als Strategie eingesetzt, um die Eigenkapitalrendite zu steigern. Aber es ist zugleich eine gefährliche Strategie, weil sie das Risiko beinhaltet, dass bei einer Ge-

Eigenkapitalquote

„Die Eigenkapitalquote ergab für 1993: Verarbeitendes Gewerbe 23,0%; davon: Elektrotechnik 25,7%; Maschinenbau 19,2%; Chemische Industrie 37,5%; Großhandel 14,5%; Die Eigenkapitalquote gibt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital der Unternehmung an: Die Eigenkapitalquote in der deutschen Wirtschaft weist eine sinkende Tendenz auf; sie liegt zur Zeit im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige bei rund 20%.“⁶⁶

Der BDI kam im September 2011 mit einer Untersuchung der Zahlen von 2009 zu dem Ergebnis, dass sogenannte mittelständische Unternehmen (das sind die berühmten „Familienunternehmen“) im Schnitt eine deutlich höhere Eigenkapitalquote haben als große Konzerne, nämlich 33,5%.⁶⁷ Der Zusammenhang ist klar: Sogenannte „Mittelständler“ können in aller Regel nur mit geringeren Kreditlinien rechnen, weil die Kreditgeber ihnen eher zutrauen, dass sie pleitegehen und dann von niemandem (auch nicht vom Staat) gerettet werden (sie sind eben nicht „too big to fail“, also weder GM noch eine große „systemrelevante“ Bank).

Eurostat kommt für 2010 zu folgenden Prozentzahlen der Eigenkapitalquote: Elektro: 39,1; Maschinenbau 30,4; Chemie 33,8; Automobil 22,7; Gesamt 28,7.⁶⁸

Und auch das Märchen von Siemens, das angeblich ein Bankhaus mit abgeschlossenem Elektrobetrieb sei, hält einer Überprüfung nicht stand. Nehmen wir nur die Zahlen der Jahre 2006-2012, so sehen wir (ausweislich des Geschäftsberichts) eine sinkende Tendenz der Eigenkapitalquote von 32,21% (2006) auf 28,38% (2012).⁶⁹

Auch die Renditen (gemessen am Eigenkapital am ehesten mit der marxistischen Kategorie der Profitrate zu vergleichen) betragen bei Siemens in den letzten Jahren keine astronomischen Höhen 2006: 3,4%; 2007: 4,24%, 2008: 6,41%, 2009: 2,65%; 2010: 4,49%, 2011: 7,04%; 2012: 5,09% (http://www.finanzen.net/bilanz_guv/Siemens). Das ganze Gerede von den „explodierenden Gewinnen“ ist deswegen so irreführend, weil hier unwillkürlich die riesigen (und durchaus auch wachsenden) Profitmassen ganz schnell mit großen Profitraten gleichgesetzt werden.

* <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/eigenkapitalquote/eigenkapitalquote.htm>

** http://www.bdi.eu/Nachfolgeregulung-Familienunternehmen_Eigenkapitalquote8752.htm

*** <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/163433/umfrage/eigenkapitalquote-verschiedener-branchen-des-verarbeitenden-gewerbes/>

**** Das schließt natürlich nicht aus, dass Siemens gleichzeitig auch in bestimmtem Umfang liquide Mittel auf dem Geldmarkt platziert. Aber da es auf dem Geldmarkt auch Konkurrenz gibt, sind Kredite nicht mit willkürlich festgelegten Zinssätzen versehen. Wenn Siemens also Kredite aufnimmt, zahlt der Konzern die handelsüblichen Zinsen und damit auch den Profit für ein anderes Kapital.

schäftsverschlechterung die Hebelwirkung zu einem Verlust des Eigenkapitals führt. Die Strategie kann sich deshalb im Großen und Ganzen nur innerhalb gewisser ökonomischer Grenzen bewegen. Solche allgemeinen ökonomischen Notwendigkeiten, die im Einzelfall verletzt werden mögen, behalten ihre Gültigkeit in den von uns betrachteten ökonomischen Aggregaten.

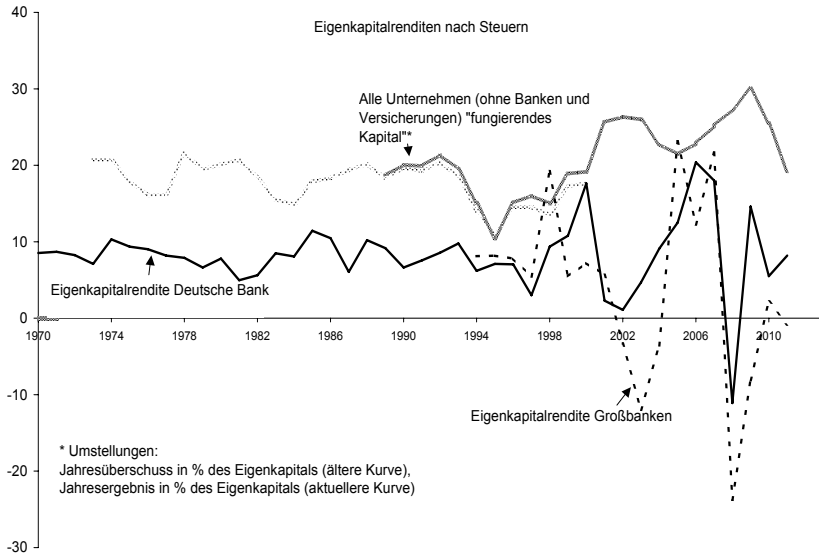
Besondere Umstände der jeweiligen Branche beeinflussen das Niveau der Eigenkapitalrendite. Wir müssen darauf nicht näher eingehen, da für unsere Betrachtungen weniger das Niveau als die Bewegungsrichtung von Bedeutung sein wird. Denn wenn es stimmen würde, dass sich die Banken aufgrund einer während der 1980er und 1990er Jahre wachsenden Machtposition auf Kosten des fungierenden Kapitals höhere Profite aneigneten, dann müssten ihre Eigenkapitalrenditen im Vergleich zum fungierenden Kapital gestiegen sein.

Bei der Berechnung der Eigenkapitalrenditen des fungierenden Kapitals greifen wir auf die Statistische Sonderveröffentlichung 6 der Deutschen Bundesbank zurück. Die Unternehmensabschlussstatistik der Deutschen Bundesbank wertet seit 1966 Jahresabschlüsse nicht-finanzieller Firmen (also ohne die Banken, Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften etc., die finanzielle Dienstleistungen anbieten) aus, um deren Ertragslage sowie Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive zu analysieren. Seit dem Berichtsjahr 1997 werden Angaben aus dem Jahresabschlussdatenpool verwendet, in den jährlich ca. 140 000 Jahresabschlüsse eingehen und der etwa zwei Drittel der Umsätze deutscher Firmen abdeckt.

Die Bundesbank weist darüber hinaus auch die Eigenkapitalrenditen des Bankensektors aus. Aus dieser Statistik haben wir die Gruppe der „Großbanken“ ausgewählt, weil in der Diskussion meist diese Gruppe genannt wird, wenn es um die Macht der Banken geht. Leider reicht diese Statistik nur bis in das Jahr 1994 zurück. Der Zeitraum ist nicht lang genug, um Aussagen über mögliche Trendverschiebungen zu treffen, zumal die Zeitspanne ausgeklammert ist, in der die Banken noch nicht den behaupteten Machtzuwachs besaßen. Um die Zeitreihe im nötigen Umfang zu ergänzen, haben wir als Hilfsgröße die Eigenkapitalrenditen der größten deutschen Bank hinzugenommen.

Wie die *Grafik 2* zeigt, passen die Zahlen zur Eigenkapitalrendite der Deutschen Bank gut mit den von der Bundesbank berechneten Zahlen für die Großbanken zusammen. In beiden Zeitreihen springt die sehr hohe Volatilität seit Mitte der 1990er Jahre ins Auge. Ein Trend ist nur schwer zu erkennen. Wegen des großen Abschreibungsbedarfs der Banken liegen die Renditen seit 2008 insgesamt auf einem niedrigeren Niveau oder sind gar negativ.

Grafik 2:
Banken erzielen keine höheren Profite



Quellen: Deutsche Bundesbank; Hoppenstedt/Geschäftsberichte

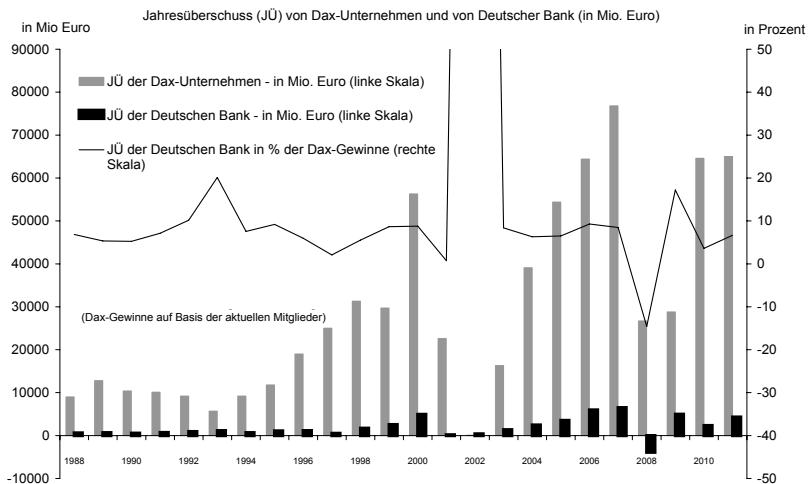
Ende der 1990er Jahre sind die Eigenkapitalrenditen sowohl der Großbanken insgesamt als auch die der Deutschen Bank stärker gestiegen. Möglicherweise ist diese relativ kurze Phase ausschlaggebend für die Vorstellung gewesen, die Banken hätten sich auf Kosten der Gesellschaft bereichert.

Allerdings zeigt der Verlauf der Eigenkapitalrenditen des fungierenden Kapitals, dass hier die Renditen ebenfalls stiegen, wenngleich mit einer geringeren Dynamik. Die Renditen erhöhten sich also allgemein, d. h., sie nahmen im Bankensektor keineswegs deshalb zu, weil die Banken sich auf Kosten des fungierenden Kapitals bereichert hätten.

Die beiden längerfristigen Rentabilitäts-Trends laufen nicht auseinander, wie anzunehmen gewesen wäre, wenn die Banken durch ihre Macht die Rentabilitäten zu ihrem Gunsten verändert hätten. Anfang der 1970er Jahre, als die Banken den behaupteten Machtzuwachs noch nicht besaßen, lagen die Renditen des fungierenden Kapitals und die der Deutschen Bank auf einem vergleichbaren Niveau wie in den späteren Dekaden.

Grafik 3:

Gewinnentwicklung bei der Deutschen Bank im Trend nicht besser als bei Dax-Unternehmen



Quellen: FAZ vom 3.7.2013; eigene Berechnungen

Die Gewinne bei der Deutschen Bank haben sich seit Ende der 1980er Jahre keineswegs besser entwickelt als bei den Dax-Unternehmen. Von zyklischen Ausschlägen abgesehen, weisen die Jahresüberschüsse der Deutschen Bank in Prozent der Dax-Gewinne (jeweils nach Steuern) keinen Trend nach oben hin auf, wie es sein müsste, hätte die Deutsche Bank eine wachsende Macht gehabt, um einen tendenziell größeren Gewinnanteil auf sich zu ziehen. Selbst das Jahr 2002 spricht gegen eine solche Machtthese, als die Gewinne der Deutschen Bank höher lagen als die der Dax-Unternehmen mit der Folge, dass in unserer Grafik die entsprechender Kurve nach oben schießt. Tatsächlich war das Jahr 2002 ein Jahr hoher Verluste, und auch die Gewinne der Deutschen Bank lagen deutlich unter dem Mittelwert. Es handelte sich keineswegs um eine Bereicherung auf Kosten der Industrie, sondern vielmehr um eine allgemeine Gewinnrezession, von der die Deutsche Bank weniger stark betroffen war.

VI.

Wohin treibt die Krise?

Von Keynesianern, aber auch von Vertretern, die sich auf die Marx'sche Kapitalismusanalyse berufen, wird die Krise als ein Ergebnis der „Finanzialisierung“ des aktuellen Kapitalismus erklärt: „Die Politik“ habe den Finanzmarkt „zu viel liberalisiert“, die Unternehmer setzten zu viel auf „Cashflow“, es werde zu viel spekuliert, zu viel Geld fließe in den Finanzsektor, das „Finanzkapital“ sei zu mächtig usw. Dabei sind sich auch linke AutorInnen nicht zu schade für Formulierungen wie „die Gier“ habe „überhandgenommen“.

Damit wird vor allem eins erreicht: Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wird verharmlost, und die aktuelle Krise wird als eine Folge falscher Politik und falschen (weil zu gierigen) Unternehmerverhaltens dargestellt. (Unausgesprochen bleibt: Das habe es früher nicht gegeben!) Nach diesen Erklärungsmustern müsste also die Politik – neben dem Anmahnen von Investitionen in die sogenannte „Realwirtschaft“ – lediglich einen anderen Kurs in der Wirtschaftspolitik einschlagen: umfassendere Konjunkturprogramme (keynesianisch: „antizyklisch“) und Finanztransaktionssteuern einführen, Bankentrennprogramme durchsetzen, Derivate einschränken, Steuerschlupflöcher schließen usw.

Stellvertretend für viele zitieren wir Sahra Wagenknecht: „Selbstverständlich war und ist eine konstruktive Bekämpfung der Krise möglich. Die Linke hat dazu entsprechende Vorschläge gemacht – von einer europaweiten Vermögensabgabe bis zur Direktfinanzierung der öffentlichen Haushalte durch die Europäische Zentralbank. Und natürlich könnten die Ungleichgewichte auch von Deutschland aus behoben werden: Die südeuropäischen Länder brauchen keine Abwertung, wenn Deutschland die jahrelangen Lohnsenkungen und Sozialkürzungen durch überproportionale Reallohnsteigerungen, höhere Renten und bessere Sozialleistungen wieder ausgleicht. Das ist das Programm der Linken. Würde es umgesetzt, müsste niemand über ein mögliches Auseinanderbrechen der Währungsunion und Alternativszenarien nachdenken.“ (Wagenknecht 2013)

Die wirklichen Mechanismen, die den Kapitalismus ausmachen, werden dabei genauso vernebelt wie die Ursachen, die periodisch und unausweichlich zur Krise führen.

Als wir im Herbst 2009 die große Krise analysierten, fanden wir unter anderem heraus, dass die Jahre zuvor stattgefundene Deregulierung des Finanzsektors keineswegs ein Willkürakt der Politik war, entstanden etwa durch neoliberale Dogmen, die aus den neoliberalen Think-Tanks erfolgreich in die Politik vorgedrungen waren, sondern dass die „neoliberale Wende“ den veränderten Bedürfnissen des damaligen Akkumulationsprozesses entsprach. Das fungierende Kapital benötigte für sein Vordringen auf dem Weltmarkt (z.B. China, Mitteleuropa, Golfregion), für die Durchdringung neuer technologischer Anlagesphären (Technologie-Sprünge im Bereich der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologie, der Energierzeugung und Biotechnologie), für die Übernahme und Umgestaltung der vom Staat aufgegebenen Wirtschaftsbereiche (z.B. Beseitigung des Fernmelde- und Postmonopols) und nicht zuletzt für den eigenen Zentralisationsprozess (Mergers & Acquisitions) immer mehr Kredite, deren Expansion nicht länger durch gesetzliche Restriktionen des Banken- und Finanzmarktsektors blockiert werden durfte.⁶⁸

Allerdings ist die Politisierung der Krisenursache, wie sie bei Wagenknecht, der *Memorandum*-Gruppe, bei Lucas Zeise und vielen anderen anzutreffen ist, keineswegs nur das Resultat einer fehlerhaften Krisenanalyse, sondern gehört zum „Elend der alternativen Politikberatung“: Ökonomische Gesetze, die zwangsläufig Krisen hervorbringen, darf es nicht geben, wenn sich eine Partei vorzugsweise vor Wahlen als das bessere Management für den Staat zu präsentieren versucht. Ein staatlicher Gestaltungsspielraum muss vorgetäuscht werden, der als groß genug erscheinen muss, als könnte die versprochene Alternative zur Krisenpolitik auch wirklich durchgesetzt werden.

Unsere Analyse der einzelnen Phasen des Krisenzyklus warf Licht auf die verborgenen Seiten der Krise. Wir erkannten, dass die Überproduktionskrise – ab 2006 in der US-Bauwirtschaft, seit Anfang 2008 auch im verarbeitenden Gewerbe – eine zentrale Bedeutung für die Entstehung der Kredit-, Banken- und Finanzmarktkrise hatte. Sowohl in sachlicher Hinsicht als auch hinsichtlich der zeitlichen Reihenfolge, in der die Phasen des Krisenzyklus nacheinander auftraten, konnte die Finanzmarktkrise gar nicht die Krise in

68 „Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals änderte auch den Finanzsektor, räumte dort die Barrieren fort, die einer beschleunigten Kapitalakkumulation im Wege standen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, deren Höhepunkt in die Amtszeit des US-Notenbankpräsidenten Alan Greenspan fiel, erfüllte die Wünsche des Industrie- und Handelskapitals nach rascher Expansion des Kreditystems. Die Finanzierung nicht nur durch Bankkredite, sondern vor allem über den Kapitalmarkt war unverzichtbar geworden“ (Sandleben/Schäfer 2009: 25).

der Industrie eigenständig verursacht haben, sondern musste deren Folge gewesen sein.

Diese Erkenntnis widerspricht einer These, die bereits damals überraschend einheitlich von beinahe allen politischen Gruppen, Parteien und ökonomischen Forschungsrichtungen vertreten worden war, wonach die schwere Krise in Industrie und Handel – meist als Realwirtschaft bezeichnet – durch die stark gewachsenen und instabil gewordenen Finanzmärkte verursacht worden sei.

Wie geht es mit dem Wirtschaftszyklus weiter – wohin treibt die Krise?

Innerhalb des Wirtschaftszyklus besitzt die Krise einen besonderen Stellenwert. In ihr fassen sich nicht nur alle Widersprüche der Ökonomie zusammen, sondern es findet auch eine vorübergehende Lösung der zum Eklat zugespitzten Widersprüche statt. Die Lösung besteht in einer umfassenden Zerstörung von Kapital in all seinen Formen: als Warenkapital, als produktives Kapital und als Kredit. Wirkliches und fiktives Kapital werden massenhaft vernichtet. Zum Beispiel vernichtete die Krise von 2008 an den Finanzmärkten fiktives Kapital in Höhe von 50 Billionen US-Dollar, wie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) errechnete. Das entsprach wertmäßig in etwa dem damaligen Weltsozialprodukt.

Die Art und Weise, wie eine solche Bereinigungskrise abläuft, vor allem welche Ausmaße sie hat, beeinflusst den nächsten Wirtschaftszyklus. In diesem Sinne stellt die Krise so etwas wie einen „Knotenpunkt“ für die weitere Entwicklung dar, ein Grund dafür, weshalb gelegentlich der Begriff „Krisenzyklus“ an die Stelle der Bezeichnung „Konjunkturzyklus“ getreten ist. Die Art und Weise, wie die Krise vor allem 2008 und 2009 bereinigt worden ist, liefert Hinweise für künftige Krisenszenarien.

1. Permanente Krise

Das Besondere an der Bereinigungskrise (2008/2009) bestand darin, dass vor allem durch massive geldpolitische und fiskalpolitische Staatsinterventionen die Entwertungsspirale des Kapitals erheblich abgebremst worden ist. Auf die Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden, weil das Ausmaß der Interventionen und die Hilfestellung für das von Entwertung bedrohte Kapital so augenfällig waren, dass es darüber kaum Kontroversen gibt.

Ein Umstand sollte aber besonders hervorgehoben werden: Die Risiken verschwinden nicht, wenn der Staat mit eigenen Krediten die Kreditkrise des Kapitalektors bekämpft. Sie bleiben in anderer Form bestehen, wenn der Staat durch Kreditaufnahme Konjunkturprogramme der verschiedensten

Art finanziert, um die Nachfrage zu ersetzen, die in der Krise fehlt. Indem der Staat massiv in den Krisenprozess intervenierte, hat er die Entwertungsrisiken für das Kapital zwar gemildert, jedoch nicht aus der Welt geschafft. Sie verteilen sich nur anders, indem der Staat einen Teil davon übernommen hat.

Staatsverschuldung

Zunächst einmal äußern sich die übernommenen Risiken in einer sprunghaft gewachsenen Staatsverschuldung. Vereinfacht lässt sich sagen: Die durch den Staat aufgehaltene Entwertungsspirale des Kapitals ist zu seiner eigenen Schuldenspirale geworden. Eine solche Verschuldungssituation hat große Bedeutung für die Interventionsfähigkeit des Staates und für den künftigen Verlauf der Schuldenkrise. Zusammen mit dem schon vor der Krise erreichten hohen Schuldenstand wird in einigen Fällen nun die weitere ökonomische Handlungsfähigkeit des Staates infrage gestellt. In künftigen Krisenprozessen kann der Staat also gar nicht mehr in der Weise intervenieren, wie er es 2008/2009 tat. Ihm sind die Hände gebunden.

Aber es gibt noch einen zweiten Faktor, der künftige Krisenprozesse beeinflussen wird. Durch die hohe Kreditaufnahme wird die Fähigkeit des Staates, seine eigenen Schulden zu bedienen, mehr und mehr infrage gestellt. Das tun nicht nur gelegentlich die Ratingagenturen oder der IWF, der die Schuldentragfähigkeit z. B. Griechenlands trotz des Schuldenschnitts immer noch bezweifelt, sondern auch die Finanzmärkte signalisieren durch zum Teil hohe Risikoaufschläge auf Neuemissionen, dass die Kreditwürdigkeit des Staates nur noch eingeschränkt vorhanden ist.

Im Fadenkreuz der Finanzmärkte stehen aus besonderen Gründen, die hier nicht ausgeführt werden können, vor allem Staaten der Eurozone. Im Unterschied zu den Nicht-Eurostaaten fehlt hier der direkte Zugriff auf die Notenbank. Dort garantieren die nationalen Notenbanken als „Lender of Last Resort“ gewissermaßen den jeweiligen Staatskredit, eine Stütze der Fiskalpolitik, die in der Eurozone nicht in gleicher Weise existiert. Ohne diese Stütze zeigt sich die Staatsschuldenkrise in direkter Weise, sodass es in der Eurozone zu Erschütterungen kam, die trotz vergleichbarer Schuldenkennziffern in anderen Ländern noch nicht eintraten. Solche Unterschiede ändern aber nichts an der Tatsache, dass die riskant hohe Staatsverschuldung auch in den Staaten mit eigener Währung zu einem eigenständigen Krisenfaktor geworden ist, der schon in der nächsten zyklischen Krise wirksam werden könnte.

Mit diesem Hinweis auf die Finanzkrise des Staates revidieren wir keineswegs unsere These, dass die Kreditkrise eine Folge der Krise der Waren-

produktion ist. Die hohe Staatsverschuldung ist die Konsequenz verschiedener Krisen der Warenproduktion, die den Staat mal mehr, mal weniger dazu zwangen, sich zu verschulden. Irgendwann ist der Spielraum für eine weitere Verschuldung ausgeschöpft, und dann wird der Staat mit seiner zu hohen Verschuldung ein eigenständiger Krisenfaktor. Da der öffentliche Kredit eine Grundlage des Kredit- und Geldsystems überhaupt ist, würde im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Staates das gesamte nationale Kredit-system zusammenbrechen, einschließlich der Kredite, die Unternehmen von der Bank erhalten oder die sie sich untereinander geben. Die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise, die wir täglich erleben, stellt also einen Krisenfaktor besonderer Art dar. Es handelt sich um eine latent vorhandene Krise, bei der schon kleinere Anlässe genügen können, dass sie offen ausbricht. Wir sprechen deshalb von einer „permanenten Krise“, von einem Krisenpotenzial, das sich überzyklisch aufgebaut hat und als relativ eigenständiger Krisenfaktor wirksam werden kann.

Der jüngste Schuldenaufbau der Staaten ist deshalb besonders markant gewesen, weil die Bereinigungskrise besondere Ausmaße erreichte und zu massiven Staatsinterventionen führte. Nach Angaben der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) wuchs die Schuldenlast der führenden Industrieländer von 78 % im Jahre 2007 auf jetzt rund 120 %. Die Staatsschulden stiegen seit 2007 in den USA um 40 %, in Großbritannien um 60 %, in Spanien um 48 % und in Deutschland immer noch um 23 %. Solche Verschuldungssprünge ereigneten sich in früheren Zeiten im Umfeld kriegerischer Auseinandersetzungen; jetzt ist es die Krise mit ihren Zerstörungsprozessen, die der Staat aufzufangen versucht.

Notenbank als „Bad Bank“

Die geld- und kreditpolitischen Interventionen der Notenbanken bilden die zweite Form einer staatsinterventionistischen Politik, die der Abmilderung der Bereinigungskrise diene. Als die Krise im Sommer 2007 erstmals mit voller Wucht die Banken erreichte und dort für eine Krise des Geldmarktes sorgte, weil sich die Banken wechselseitig misstrauten und sich weigerten, unbesicherte Kredite zu geben, stellten alle großen Zentralbanken das Geld zur Verfügung, das die Banken zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität brauchten. In der Panik vom September/Oktober 2008, als im Umfeld der Lehman-Pleite die Finanzkrise ihren Höhepunkt erreichte, erwiesen sich die Notenbanken erneut und in besonderer Weise als die letzte Stütze des Kredits. Hätte diese Stütze nicht gehalten, wäre das gesamte Finanzsystem kollabiert und das Vertrauen in das Geld, hinter dem keine wirklichen Werte mehr stehen, wäre mit der Erschütterung der Notenbanken verloren gegangen.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten einzugehen, sondern wollen nur festhalten, dass die Notenbanken hohe Kredite vergaben und dafür zweifelhafte Wertpapiere annahmen, sodass einige meinten, die Notenbank verwandle sich in eine „Bad Bank“. Die hohe Kreditvergabe ist die eine Seite des Prozesses, die andere besteht in der entsprechenden Ausweitung der Geldmenge.

In die gleiche Richtung wirkte die um sich greifende Monetisierung der Verschuldung (das Umwandeln einer Buchschuld in einen gegen Geld zu tauschenden, handelbaren Titel), die entweder direkt oder indirekt erfolgt. Die direkte Form besteht im Ankauf von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Hypotheken- und sonstigen Kreditpapieren. Da diese Form in der Eurozone rechtlich umstritten ist, hält sich die EZB mit dem Kauf von Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten zurück, trotz der Ankündigung des EZB-Präsidenten Mario Draghi, wenn nötig unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Einige Notenbanken, darunter die US-amerikanische Fed, die Bank von England und vor allem die japanische Notenbank setzen aggressive Kaufprogramme zum Teil auf Druck der Regierung durch.

Allerdings ist die indirekte Monetisierung auch in der Eurozone ein verbreitetes Instrument. Banken kaufen die emittierten Staatsanleihen und besorgen sich durch Hinterlegung dieser Papiere bei der Notenbank neues Geld.

Beide Formen laufen ökonomisch auf das Gleiche hinaus: Sowohl beim direkten Anleihekauf als auch bei den mit Staatsanleihen hinterlegten Kreditgeschäften erhöht sich die Basisgeldmenge, bis der Kredit endet oder die Notenbank die Anleihe am Markt verkauft bzw. wenn deren Laufzeit abläuft. Auch das hat die Bilanzen der Notenbanken aufgebläht.

Vor Ausbruch der Krise lag die Geldbasis der Welt, bezogen auf die Bilanzsummen der drei Dutzend größten Zentralbanken, bei knapp 10 Billionen US-Dollar (Anfang 2007). Bis Mitte 2013 hat sich diese vereinigte Bilanzsumme auf rund 20 Billionen verdoppelt (Plickert, *FAZ* vom 2.7.2013). Wie die *Tabelle 2* zeigt, haben die US-amerikanische Fed und die Bank von England in besonders aggressiver Weise die Notenbankbilanz durch das Anwerfen der Gelddruckmaschine expandieren lassen. Aber auch die EZB ist dieser Geldpolitik weitgehend gefolgt. Die Schweizer Zahlen sollten nicht überbewertet werden, da die Notenbank zur Abwehr der Franken-Aufwertung in großem Umfang ausländische Wertpapiere, darunter deutsche Anleihen, kaufte.

Der kritische Punkt besteht vor allem darin, dass sich im Falle einer sich zuspitzenden Schuldenkrise die von den Notenbanken empfangenen Wertpapiere entwerten würden. Zu den bereits jetzt fragwürdigen Wertpapieren kämen dann weitere Schrottanleihen hinzu, die heute noch als wertstabil

Table 2: Aufgeblähte Notenbankbilanzen bergen Risiken

Notenbanken	Bilanzsumme (in Mrd. US-Dollar)		Änderung in Prozent	Bilanzsumme in Prozent des BIP*
	Anfang 2007	Mitte 2013		
Federal Reserve (USA)	875	3385	287	21
Europäische Zentralbank	1519	3314	118	26
Chinesische Notenbank	1646	4879	196	54
Japanische Notenbank	970	1833	89	36
Bank von England	168	614	265	25
Schweizer Notenbank	92	543	490	84

* prognostiziertes BIP-Volumen 2013

Quelle: Philip Plickert: Die 10-Billionen-Geldflut der Zentralbank, in *FAZ* vom 2.07.2013

gelten. Das hätte fatale Folgen für die Stabilität der entsprechenden Währung. Denn den von den Notenbanken emittierten Banknoten stünden als Aktivposten genau die Kreditforderungen gegenüber, die dann keinen Wert mehr hätten. Mit der Diskreditierung des Kredits wäre auch das Geld diskreditiert.

Politische Konservierung von Krisenfaktoren

Rückblickend betrachtet war die bisherige Schuldenpolitik nichts anderes als eine Politik des Krisenaufschubs. Die Linderung der Krise wurde erkaufte um den Preis der politischen Konservierung der Krisenfaktoren. Allerdings bedeutet Konservierung keineswegs Neutralisierung. Die Krisenfaktoren hatten damals lediglich ihren zyklisch-akuten Charakter verloren. Fiskal- und Geldpolitik verwandelten sie in eine Dauerbelastung. Aus den Krisen von 2007 und 2008/2009 ist eine permanente Krise geworden. Die damaligen Stabilisierungserfolge des Staatsinterventionismus könnten sich als ein Pyrrhussieg erweisen, als Vorbereitung für einen späteren Staatsbankrott und für eine schwere Vertrauenskrise der Notenbanken.

Die alten, unerledigt geliebten Krisenbereiche, die nun der Staat besitzt, begrenzen seine Handlungsfähigkeit. Sein Versuch, die vom Kapital übernommenen Krisenfaktoren über Sparprogramme der großen Masse der Bevölkerung aufzubürden, stößt auf Schranken. Einerseits wächst der poli-

tische Widerstand gegen Lohn- und Sozialkürzungen, andererseits führen diese Kürzungen zu einer weiteren Verschärfung der Überproduktionskrise, da sie die Schranken des Marktes noch enger ziehen. Deshalb haben die Sparmaßnahmen in Griechenland, Spanien und Portugal die Krise erst einmal verschärft. Zugleich vergrößern die konjunkturbedingt niedrigeren Steuereinnahmen das staatliche Verschuldungsproblem. Statt die finanzielle Situation zu verbessern, hat die Politik ihre Handlungsmöglichkeiten weiter untergraben.

Die permanente Krise schränkt sowohl die fiskalpolitische Handlungsfähigkeit der Regierungen als auch die der Notenbanken ein. Auf dem Spiel steht das Vertrauen. Da die Währungen nicht mehr durch Gold gedeckt sind, wiegt ein Vertrauensverlust umso schwerer und gefährdet sofort die Stabilität einer Währung. Eine sich beschleunigende Inflation wäre die Folge. In dem Maße, wie das Vertrauen erschüttert wird, verliert die Notenbank ihre Fähigkeit, durch Drucken von Geldscheinen bzw. durch die elektronische Bereitstellung von Krediten eine Krise abzumildern.

Die Notenbanken sind durch die Hereinnahme problematischer Wertpapiere mehr und mehr an die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten gelangt. Niemand weiß, wo die Grenze genau liegt. Sie definiert sich nicht allein durch den Umfang und die Qualität solcher problematischer Wertpapiere, die buchungstechnisch die Gegenposition zu den emittierten Banknoten bilden, sondern sie ist zugleich psychologisch besetzt und ist deshalb auch eine Vertrauensgrenze. Wird sie überschritten, bricht das Vertrauen in die Währung zusammen.

In einer solchen Situation würden sich die in der keynesianisierten Marxinterpretation vorhandenen Illusionen auflösen, die Banken könnten Geld aus dem Nichts schaffen. Selbst die Notenbanken wären dazu nicht in der Lage. Geld, so würde sich zeigen, ist nicht etwas, was die Banken schaffen, sondern was die Warenbesitzer als Geld für den Verkauf ihrer Waren akzeptieren. Denn Geld ist für sie die verwandelte Form ihres in die Zirkulation geworfenen Warenwerts, und es muss tauglich sein, jede beliebige Ware dafür zu kaufen. Nur das ist Geld, was die gesellschaftliche Eigenschaft des allgemeinen Äquivalents besitzt. Dieses Vertrauen bildet erst die Grundlage für die Geldoperationen, die der Bankensektor dann vollziehen kann.

2. Nächste zyklische Krise

Das Krisenpotenzial, das sich inzwischen im Staatssektor angesammelt hat – einerseits in der Bilanz der Notenbank, andererseits im Bereich der Staatsverschuldung –, stellt also eine schwere Hypothek für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar.

Eine erneute zyklische Krise, sobald sie nicht wie bislang auf wenige Länder (vor allem der Eurozone) begrenzt ist, sondern den Charakter einer Weltmarktkrise erhält, wird voraussichtlich die permanente Krise in hohem Maß verschärfen. Neben der Gefahr, dass sich die im Staatssektor (einschließlich Notenbank) steckende Krise entlädt, wird die nächste zyklische Krise kaum noch oder gar nicht mehr aufgefangen werden können, weder durch fiskalpolitische noch durch geld- und kreditpolitische Interventionen des Staates. Beides ist eine Konsequenz der Art und Weise, wie die zurückliegende große Krise ihre Bereinigung vollzogen hat, und zwar nur unvollständig, indem der Staat die Risiken übernahm und sie konservierte.

Der derzeitige Krisenzyklus vollzieht sich nicht nur unter strukturell sehr ungünstigen fiskal- und geldpolitischen Bedingungen, sondern wird zudem durch zwei weitere Faktoren belastet, die gleichfalls ein Relikt der unvollständigen Vernichtung von Kapital sind. Die damalige vom Staat begrenzte Bereinigungskrise ließ auch noch Kapital bestehen, das im normalen Verlauf, d.h. ohne staatliche Interventionen, während einer dann länger und tiefer verlaufenden konjunkturellen Depression vernichtet worden wäre.

Zunächst einmal gehören dazu uneinbringliche Kredite, die noch gar nicht abgeschrieben sind, sondern sich immer noch als werthaltige Größen in den Bilanzen von Unternehmen und vor allem von Banken befinden. Nach internen Schätzungen der Deutschen Bank stecken allein in den Bilanzen europäischer Banken 800 bis 1 400 Mrd. Euro an faulen Krediten (*FAZ* vom 27.6.2013). Nicht lebensfähige Banken werden also am Leben gehalten. Die Notenbank in Rom schätzt, dass in den Bilanzen italienischer Banken faule Kredite in Höhe von 133 Mrd. Euro stecken. Dies soll ein neuer Rekord sein. In Spanien verhält es sich ähnlich. Die Relikte aus der unvollständigen Bereinigungskrise sind also nicht nur geblieben, sie werden durch weitere uneinbringliche Kredite ergänzt.

Ähnlich wie beim fiktiven Kapital existieren auch beim wirklichen Kapital etliche Bereiche fort, die unter normalen Umständen einer staatlich nicht blockierten Bereinigungskrise vernichtet worden wären. Das gilt vor allem für die Auto- und Stahlindustrie.

Einer OECD-Studie zufolge ist seit 2008 für die Welt-Rohstahl-Produktion die Überkapazität um 200 Millionen auf 550 Millionen Tonnen angeschwollen (*FAZ* vom 24.5.2013). Bezogen auf eine Gesamtkapazität von 2,2 Mrd. Tonnen, wird jede vierte Tonne eigentlich nicht mehr benötigt bzw. wird nicht mehr produziert, weil es dafür keine Abnehmer gibt.

In der Autoindustrie nehmen die Überkapazitäten zu, da einerseits die Nachfrage an Dynamik verliert (z.B. China) oder gar schon rückläufig ist, wie in der Eurozone. Andererseits wurden die Kapazitäten trotz der Kapa-

zitätsprobleme weiter aufgestockt. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist das eine fatale Entwicklung, weil sie die Überproduktion fördert. Aus unternehmerischer Sicht wird der Kapazitätsaufbau vorgenommen, um in den expandierenden Märkten lieferfähig zu bleiben.

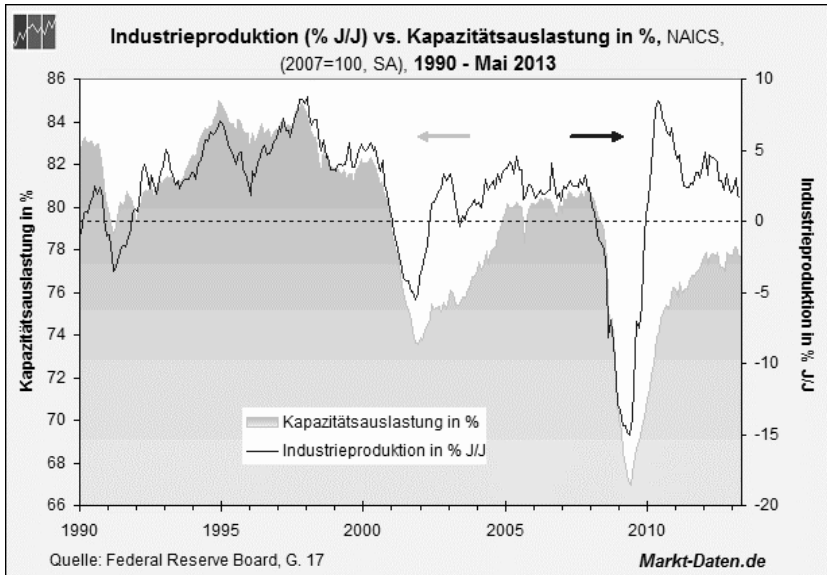
In Europa beträgt die Überkapazität nach Berechnungen der Beratungsagentur Alix Partners drei Millionen Autos pro Jahr, das sind fast 20 % der verfügbaren Gesamtkapazität und entspricht der Kapazität der französischen und italienischen Autoindustrie zusammen (Markus Fasse, *Handelsblatt* vom 2.7.2013). Im Jahre 2007 verkaufte die Autoindustrie noch 16 Millionen Fahrzeuge, in 2013 werden es voraussichtlich keine zwölf Millionen mehr sein. Sechs von zehn Autowerken in Europa sind nicht annähernd ausgelastet und liegen zum Teil tief in der Verlustzone.

Das *Handelsblatt* vom 18.6.2013 schreibt: „Der krisengebeutelte europäische Automobilmarkt hat seine Talfahrt im Mai fortgesetzt. Nach dem leichten Hoffnungsschimmer im Vormonat sackten die Pkw-Neuanmeldungen auf den niedrigsten Stand in einem Monat Mai seit 20 Jahren. [...] Die Pkw-Märkte in Europa befinden sich seit langem im freien Fall. 2012 war mit zwölf Millionen verkauften Fahrzeugen das schlechteste Autojahr seit 1995. Vor allem im schuldengeplagten Süden des Kontinents kaufen die Menschen wegen der hohen Arbeitslosigkeit und den düsteren wirtschaftlichen Aussichten kaum neue Autos. Zu Beginn des laufenden Jahres hatten die Neuzulassungen mit unter eine Million bereits das niedrigste Niveau seit Beginn der ACEA⁶⁹-Aufzeichnungen im Jahr 1990 markiert – und eine Besserung zeichnet sich nach den jüngsten Daten nicht ab.“

Die langjährig durchschnittliche Auslastung der Industrie liegt bei ca. 80-85 % der Kapazitäten. Vor der Krise 2007 ff. lag der Spitzenwert in Deutschland bei knapp 89 %. In der Regel ist eine Auslastung von unter 82 % nicht mehr „der normale Alltag“ und bei unter 80 % fängt – je nach Branche – das Kriseln an. Wenn dann im Stahlbereich die Auslastung nur noch 75 % beträgt, dann ist die Krise mehr als handfest. Mit anderen Worten: In dieser Größenordnung stehen dann die investierten Mittel in keinem Verhältnis mehr zu den real erzielbaren Erlösen und damit zur möglichen Mehrwertproduktion bzw. -realisierung.

69 Assoziation des Constructeurs Européens d'Automobiles, d. A.

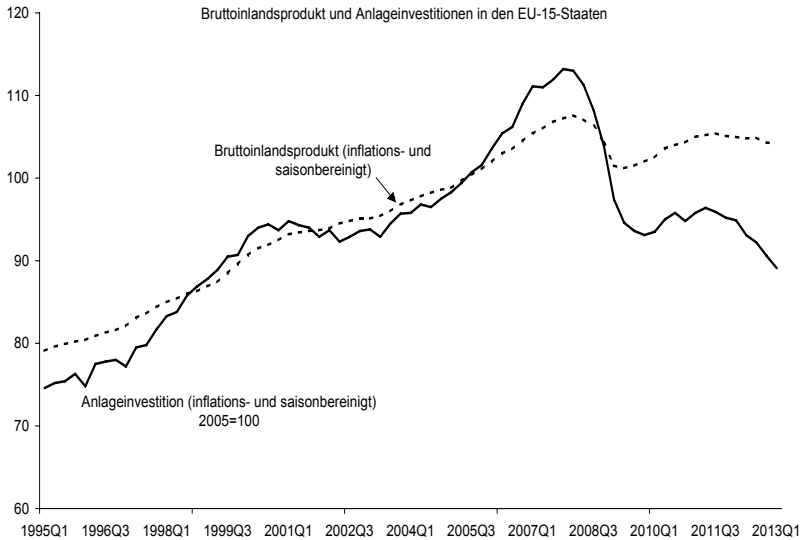
Grafik 4:
Rückläufige Kapazitätsauslastungen



Quelle: <http://www.markt-daten.de/resarch/indikatoren/ind.-production.htm>

Die chronischen Überkapazitäten in einigen Bereichen der Wirtschaft belasten den gegenwärtigen Investitionszyklus. Das gilt für die EU in einem besonderen Maße, weil hier etliche Staaten durch eine radikale Sparpolitik Investitionen zusätzlich blockieren. Nach der Depression 2008/2009 führte der Ersatzbedarf an fixem Kapital 2010 und 2011 nur für eine kurze Zeit und dazu versehen mit einer geringen Dynamik zu einer Erholung, die inzwischen bereits wieder in sich zusammengebrochen ist. Die Entwicklung treibt in Richtung einer weiteren schweren Krise.

Grafik 5:
Investitionszyklus schwer belastet

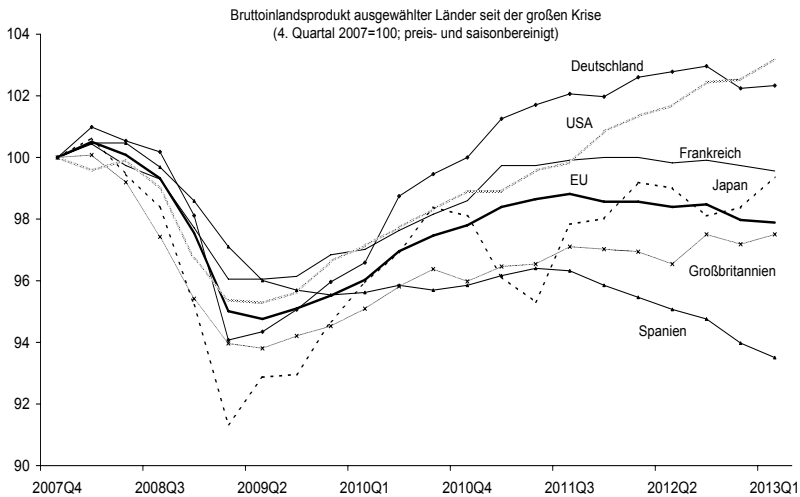


Quelle: Eurostat

Bedingt durch die Schwäche des Investitionszyklus haben viele Industrieländer das Produktionsniveau von 2007 nicht wieder erreicht. In der EU gehören dazu u. a. Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien. Griechenland und Portugal befinden sich in einer Depressionsspirale, die durch die Sparpolitik angetrieben wird. Spanien und Italien verzeichneten 2010/2011 eine kaum spürbare Erholung, die inzwischen von einem Rückgang abgelöst worden ist.

Bei allen Unterschieden, die es zwischen den Ländern gibt, ist die Schwäche des gegenwärtigen Wirtschaftszyklus, der im zweiten Halbjahr 2009 mit einer leichten Erholung einsetzte, auf die unvollständige Vernichtung des Kapitals in 2008/09 zurückzuführen. Die hierdurch beeinflusste Verschuldungssituation hat in einigen Staaten bereits zu einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik geführt, wodurch die Krise zusätzlich verschärft wird.

Grafik 6:
**Gegenwärtiger Krisenzyklus häufig unterhalb
 vorangegangener Höchststände**



Quelle: Eurostat

Der Investitionszyklus nimmt aus unserer Sicht einen zentralen Stellenwert im gesamten Krisenzyklus ein. Einerseits prägen seine heftigen Ausschläge die Entwicklung sämtlicher Wirtschaftsbereiche, andererseits liefert er durch seine eigene Zyklizität dem Krisenzyklus das periodische Element.

Die Erneuerung des fixen Kapitals ist hierbei die bestimmende Größe.⁷⁰ Sie führt periodisch zu einem Nachfrageschub, der durch Erweiterungs-

70 „Die Periodizität der Krise kann nichts anderes sein als die Periodizität des Auseinandertretens der zwei ergänzenden Phasen, die sich gegeneinander mehr und mehr verselbständigen, bis sich ihre innere Einheit in der Krise Geltung verschaffen muss. Für diese Periodizität gibt es eine ‚materielle Grundlage‘, die Marx im ‚Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen‘, verursacht durch eine durchschnittliche Lebenszeit des fixen Kapitals, gesehen hatte. Das fixe Kapital charakterisierte Marx als dasjenige industrielle Kapital, das für längere Zeit dem Produktionsprozess vorgeschossen wird und erst nach Ablauf mehrerer Jahre, sagen wir im Durchschnitt 10 Jahre, erneuert werden muss. Während dieser Zeit wirkt es als Arbeitsmittel im Produktionsprozess fort, gibt einen Teil des Werts an die zu produzierenden Waren fort, während der jeweilige Rest im Arbeitsmittel verbleibt, bis nichts mehr übrig ist und ein neues Arbeitsmittel an die Stelle des alten tritt. Demgegenüber muss beständig neues Kapital in Arbeitslohn, Roh- und Hilfsstoffe, also in Formen zirkulierenden Kapitals vorgeschossen werden.“ (Sandleben/Schäfer 2009: 20)

und Rationalisierungsinvestitionen zusätzlich gesteigert wird. Das Verhältnis der Wirtschaftsbereiche zueinander verändert sich. Der Nachfrageschub lässt besonders jene Sektoren unverhältnismäßig wuchern, in denen sich die überschüssige Nachfrage konzentriert. Strukturelle Disproportionen sind die Folge, also ein zwangsläufig eintretendes und periodisch sich zuspitzendes Missverhältnis zwischen den einzelnen Abteilungen untereinander (Produktionsgüterindustrie, Konsumgüterindustrie) wie auch zwischen dem dort akkumulierten Kapital (also den Produktionskapazitäten) und der Nachfrage nach Konsum- und Produktionsmitteln.

Abteilung I (Produktionsmittelindustrie) und Abteilung II (Konsumgüterindustrie)⁷¹ befinden sich dann im Gleichgewicht, wenn einerseits beide Abteilungen genauso viel Kaufkraft für Konsumgüter freisetzen, wie Abteilung II produziert. Andererseits darf die Nachfrage beider Abteilungen nach Produktionsmitteln wertmäßig nicht kleiner sein als der angebotene Produktenwert der Abteilung I.

Dieser Idealzustand wird unter kapitalistischen Bedingungen beständig gestört und wird nur als Durchgangspunkt in das nächste Ungleichgewicht erreicht.

Während der Periode der Erneuerung des fixen Kapitals wachsen die Nachfrage und schließlich auch die Produktion in Abteilung I schneller als in Abteilung II. Um die Nachfrage zu bewältigen, muss Abteilung I ihre eigenen Kapazitäten ausbauen. Für die Einzelkapitale stellt sich das als ein äußerer Zwang der Konkurrenz dar: Denn diejenigen Kapitale der Abteilung I, die sich einer solchen Kapazitätsaufstockung verweigerten, würden das Rennen um den Kunden verlieren und Marktanteile einbüßen. Wenn dann alle Produktionsstätten mit den neuesten Anlagen ausgestattet sind, tritt zunächst in Abteilung I ein Auftragsmangel ein. Die zusätzlich geschaffenen Kapazitäten erweisen sich ebenso wie ein Teil der vorhandenen Kapazitäten als überflüssig – eine Überproduktionskrise ist die Folge.

Möglicherweise tritt der Staat als zusätzlicher Auftraggeber ein und versucht, einen Teil der rückläufigen Nachfrage zu kompensieren. Aber auch das hat seine Grenzen und zwar gleich in doppelter Hinsicht.

So wurde durch die Abwrackprämie die dramatisch anschwellende Überproduktionskrise des Automobilssektors gemildert. Was als Produktionska-

71 „Das Gesamtprodukt, also auch die Gesamtproduktion, der Gesellschaft zerfällt in zwei große Abteilungen:

I. *Produktionsmittel*, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie in die produktive Konsumtion eingehn müssen oder wenigstens eingehn können.

II. *Konsumtionsmittel*, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie in die individuelle Konsumtion der Kapitalisten- und Arbeiterklasse eingehn.“ (MEW 24: 394)

pazität erhalten blieb und in der Zwischenzeit durch hohe Investitionen zusätzlich aufgestockt wurde, belastet den jetzigen Wirtschaftszyklus. Es zeigt sich: Der Staat kann Krisen nur lindern um den Preis, dass künftige Krisen desto heftiger ausfallen.

Die zweite Grenze wird zum großen Teil durch die Verschuldungssituation des Staates definiert. In der vorigen Krise bestand noch ein genügend großes fiskalpolitisches Handlungspotenzial, um die Einbrüche in der Wirtschaft zu begrenzen. Nun sehen wir vor allem in Spanien, Portugal und Griechenland, dass der Staat durch seine Sparpolitik nicht nur signalisiert, dass er die Konjunktur nicht mehr durch eine kreditfinanzierte Staatsnachfrage stützen kann, sondern dass er selbst zu einem aktiven Krisenfaktor geworden ist, indem er durch höhere Steuern und durch umfassende Ausgabenkürzungen die Nachfrage direkt oder indirekt beschränkt. Der Staat verschärft dort die Überproduktionskrise, statt sie zu lindern.

Wer meint, das sei ein Sonderfall, der andere Länder – darunter Deutschland – nicht widerfahren werde, hat den Krisenmechanismus nicht verstanden. In den Krisenstaaten sehen wir das Bild der eigenen Zukunft. Auch bei uns ist das Handlungspotenzial der Fiskalpolitik bereits eingeschränkt; es lassen sich nicht mehr die finanziellen Mittel aufbringen, die 2008/2009 ganze Industriezweige und das Finanzsystem retteten. Die Notwendigkeit der Staaten, sich auf Kosten der LohnempfängerInnen, RentnerInnen, Arbeitslosen etc. zu sanieren, d. h. der Versuch, die einst vom Kapital übernommenen Krisenlasten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, ist ein allgemeiner Zwangsmechanismus, dem kein Staat entkommen wird, der durch seine vergangene Schuldenpolitik seine künftige Sanierung vorprogrammierte.

3. Kombinierte Krise

Die Gleichzeitigkeit von permanenter Krise und neuer zyklischer Weltmarktkrise liefert das explosive Gemisch für eine weitere große Krise, die diesmal ohne die massiven Staatsinterventionen auszukommen hätte. In einem solchen Krisenprozess wäre der Staat wegen der in seinem Haushalt und in der Notenbankbilanz konservierten Risiken mehr ein Belastungsfaktor als eine Hilfe, die Krise mit ihren Bereinigungsprozessen abzuschwächen. Da alle Industriestaaten vom Prinzip her das gleiche Problem haben, fehlen die internationalen Stützpfeiler, die in der Vergangenheit Staatsbankrotte verhinderten. Weder der IWF noch eine Kooperation der Staaten werden die Hilfen aufbringen können, wenn ein größerer Staat oder gar eine Staatengruppe in finanzielle Schwierigkeiten geriete.

Neben solchen „Altlasten“, die eine Konsequenz der staatlich verhinderten Kapitalvernichtungsprozesse vor allem der Jahre 2008 und 2009 sind, kommen noch die im Kapitalektor selbst konservierten Krisenfaktoren hinzu – die chronisch gewordenen Überkapazitäten in einigen Bereichen der Industrie und die faulen Kredite, die vor allem das Risiko im Bankensektor außerordentlich erhöhen.

An dieser Stelle geht es uns nicht um die Formulierung einer allgemeinen Zusammenbruchstheorie, sondern lediglich darum, die gegenwärtigen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Entwicklungslinien zu Ende zu denken.

Um die Dramatik künftiger Ereignisse abschätzen zu können, möchten wir die Krise vom September 2008 in Erinnerung rufen. Die sich im Sommer 2008 zuspitzende Überproduktionskrise infizierte den Finanzsektor und ließ das Kreditsystem ins Monetarsystem umschlagen (Verkäufe werden nicht mehr mit den üblichen Handelskrediten abgewickelt, sondern nur noch gegen direkte Zahlung). Ein solcher Umschlag war nur möglich, weil sich die Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse als ein engmaschiges Netz durch die gesamte Ökonomie hindurchzogen: Industrie und Handel waren durch ihre wechselseitigen Handelskredite ebenso darin verstrickt wie der Finanzsektor. Handelskredite standen in enger Beziehung zu den Bankkrediten und den Finanzmärkten. Größere Absatzstockungen auf den Warenmärkten zerrissen die Kette wechselseitiger Zahlungen. Der private Kredit brach zusammen. Alles verlangte nach Geld.

Im September 2008 besaßen Regierungen und Notenbanken noch genügend Handlungsmöglichkeiten, um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern.

Da die Stabilisierung gelang, ist man heute leicht geneigt, im Rückblick die Dramatik der Ereignisse zu unterschätzen. Wie nahe das Finanzsystem am Abgrund stand, haben politische Akteure von damals festgehalten: „Wir standen vor einer Situation, die schlimmer als 1929 zu werden drohte. Niemand traute mehr irgendjemandem im Bankensystem“, schrieb der damalige britische Premierminister Gordon Brown. „Die Menschen gerieten in Panik und fragten sich, welche Bank als Nächstes zusammenbrechen würde. Das Finanzsystem stand am Abgrund“ (Brown 2011: 84). „Es gab Stimmen“, dokumentierte der damalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück (2010: 200) das Ausmaß eines solchen Bebens, „die vom Ende des Kapitalismus sprachen.“ Endzeitstimmung lag in der Luft, die als ein Ausdruck für den herannahenden Zusammenbruch zu werten ist.

Nun ist die Situation eingetreten, dass die permanente Krise die Handlungsfähigkeit von Regierung und Notenbanken untergraben hat. Eine Wie-

derholung der damaligen staatlichen Hilfsaktionen ist kaum vorstellbar. Damals spielten Zweifel an der politischen Bewältigungsmöglichkeit der Krise nur am Rande eine Rolle. Die Staaten und Notenbanken schienen genügend Kapazitäten zu besitzen, um die Krise zu bewältigen. Das Vertrauen in den öffentlichen Kredit war groß genug, dass jeder Schuldner sich damit zufriedengab, wenn der Staat bürgte oder direkt den Not leidenden Privatkredit durch einen öffentlichen Kredit ersetzte.

Heute besitzen die überschuldeten Staaten nicht mehr die finanzielle Kraft, gigantische Rettungsschirme zu spannen oder großzügige Konjunkturprogramme bereitzustellen. Und die Notenbanken stehen längst im Verdacht, „Bad Banks“ zu sein. Wie sollten sie das nötige Vertrauen besitzen, um als „Lender of Last Resort“, als letztinstanzlicher Gläubiger, die erschütterten Privatkredite durch ihre öffentlichen Kredite zu ersetzen?

Wenn aber Regierung und Notenbank den Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem nicht mehr abbremsen können, sondern selbst Gefahr laufen, in den Krisenstrudel hinein zu geraten, dann werden plötzlich sämtliche Krisenfaktoren virulent, nicht nur die zyklischen, sondern ebenso die in den Staatshaushalten und den Notenbanken verborgenen Krisenelemente.

Schauen wir uns die mögliche Ereigniskette an: Mit der allgemeinen Überproduktionskrise, die als Weltmarktkrise immer näher zu rücken scheint, würde das Kreditsystem ins Monetarsystem zunächst auf der Grundlage der vorhandenen Währungen umschlagen. Jeder brauchte Geld, um selbst zahlen zu können. Um an Geld zu kommen, würden Waren geopfert, d. h. auf den Märkten zu jedem Preis verkauft. Eine gigantische Entwertungsspirale von Kapital würde einsetzen, wie im Spätsommer 2008. Aber die Politik wäre wahrscheinlich eine andere, da Fiskal- und Geldpolitik nicht mehr über die Reserven von damals verfügen.

Die permanente Krise beschneidet die Interventionsmöglichkeiten des Staates. Zudem würde die erneute Überproduktionskrise die Staatsschuldenkrise gleich auf doppelte Weise zuspitzen. Erstens würden der Rückgang der Steuereinnahmen und die krisenbedingt zusätzlichen Ausgaben zu einem weiteren sprunghaften Anstieg der Neuverschuldung führen. Und zweitens würde die stark schrumpfende nationale Reichtumsproduktion die gesamte Schuldenlast in eine noch ungünstigere Relation rücken. Das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit selbst heute noch als einigermassen stabil geltender Staaten ginge möglicherweise verloren.

Eine Verkaufspanik auf dem Markt für Staatsanleihen würde im Falle einer sich dramatisch zuspitzenden Staatsschuldenkrise einsetzen. Selbst wenn die Notenbank dem Staat rettend zur Seite springen würde und die Staatstitel aufkaufte, wäre das bestenfalls eine Beruhigungspille für die in-

ländischen Wertpapierbesitzer, nicht aber für die ausländischen Eigentümer. Denn die Angst, die Notenbank würde ihre eigene Währung ruinieren, indem sie ihre Banknoten gegen wertlose Staatspapiere in die Zirkulation wirft, würde sich rasch zur Panik steigern, die sogleich auf den Devisenmarkt überspringen müsste. Nun würden ausländische Anleger nicht nur Staatsschuldtitel, sondern auch private Schuldtitel des entsprechenden Landes panikartig verkaufen, um das Geld ins eigene Land zurückzuholen. Eine solche Kapitalflucht hätte eine starke Abwertung der Währung bis hin zur Devisenknappheit zur Folge.

Wenn aber die Währung im Außenverhältnis an Wert verliert, dann verliert sie auch an Wert im Innern des Landes, da sich sofort die Welthandelswaren verteuern. Ein Inflationsschub wäre die Konsequenz und würde das Misstrauen in das Geld noch steigern. Dem Vertrauensverlust hätte die Notenbank nichts anderes entgegenzusetzen als ihr eigenes Ansehen. Denn einen anderen Anker gibt es nicht mehr, seitdem die Golddeckung nicht mehr besteht. Aber gerade das für die Wertbeständigkeit einer Währung so wichtige Ansehen wäre ramponiert, einmal, weil der Geldentwertungsprozess sichtbar wäre, und zum anderen, weil die Politik des Gelddrucks dem Publikum keineswegs verborgen geblieben ist und das Misstrauen gegenüber dieser Politik sukzessive zugenommen hat, zumindest seitdem die Notenbanken damit anfangen, massiv Staatsanleihen zu kaufen und den Banken unbegrenzt Kredite zur Verfügung zu stellen.

Der allgemeine Vertrauensverlust hätte schwerwiegende Folgen für das Monetarsystem selbst. Hinter dem Monetarsystem verbirgt sich ein Kreditsystem, das den öffentlichen Kredit zur Grundlage hat. Brüche der öffentliche Kredit zusammen, weil durch die Staatsschuldenkrise das Vertrauen in die Bedienung des staatlichen Schuldendienstes verloren geht, würde zugleich das durch den öffentlichen Kredit gestützte Monetarsystem schwer erschüttert.

Der Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem könnte deshalb weiter reichen als im Spätsommer 2008. Das Geld selbst wäre betroffen. Der Vertrauensverlust in den öffentlichen Kredit würde das damit emittierte Papiergeld wertlos machen. Das durch den öffentlichen Kredit gestützte Monetarsystem müsste ins Goldsystem umschlagen, in wirkliches, werthaltiges Geld und in darauf beruhende Wertzeichen, die sich als allgemeines Äquivalent eignen.

Über das aber, was schließlich als Geld akzeptiert würde, entscheiden nicht die Banken, wie die keynesianisierten Marxinterpreten meinen, sondern die Warenbesitzer. Denn diese werden im Verkauf nur das als Geld akzeptieren, was ihnen als sicher genug erscheint, um damit Waren ihrer Wahl zu kaufen. Es muss ein wirkliches Wertzeichen für die von ihnen fortgegebene Ware

sein, ein Wertzeichen also, worin sich der Wert der Ware realisieren kann und das sich als allgemeines Äquivalent, als unmittelbares Tauschmittel gegen jede beliebige Ware, eignet.

4. Ausweg aus der Krise oder finale Krise?

Der konkrete Verlauf kommender Krisenverschärfungen lässt sich nicht voraussagen. Für sehr wahrscheinlich halten wir aber, dass die oben angeführten Momente der Krisenzuspitzung in Richtung einer noch größeren Krise wirken werden. Einen Zusammenbruch des Finanzsystems halten wir unter solchen Umständen für möglich. Mit der Erschütterung des Kredits, einschließlich des öffentlichen Kredits, wäre auch die Lebensader des funktierenden Kapitals zugeschnürt. Eine allgemeine Schockstarre würde einsetzen: Das Herz des Kapitalismus hörte für eine kurze Zeit auf, zu schlagen. Der Staat wäre gelähmt, weil er über keine Finanzen mehr verfügen

Krise versetzt die Gesellschaft in Barbarei

Die herannahende Krise mag als bedrohlicher, vielfältiger und kolossaler erscheinen als frühere Krisen, vor allem als die Krisen des 19. Jahrhunderts, als die Kollisionen der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen wegen der weniger entwickelten kapitalistischen Verhältnisse noch vergleichsweise harmlos verliefen. Aber schon damals zeigte sich der zerstörerische Prozess der Krise. Nehmen wir Marx und Engels als Zeitzeugen. Im *Manifest der Kommunistischen Partei* schrieben sie 1848:

„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Zivilisation und der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“ (MEW 4: 468)

würde und weder seine Beamten noch seine Rechnungen bezahlen könnte. Die Besitzer von Geldkapital und von fiktivem Kapital würden ruiniert, weil sich ihre Vermögen massenhaft entwerteten. Das Kapital in Industrie und Handel durchlief eine Kapitalvernichtungsspirale und käme während des Kreditzusammenbruchs vollends ins Stocken.

Das kapitalistische System wäre also schwer erschüttert, es wäre zumindest für kürzere Zeit funktionsuntüchtig. Massenelend wäre die Folge bei gleichzeitig übervollem Warenangebot. Fabriken ständen still, Büros blieben wegen fehlender Geschäfte unbesetzt. In einer solchen Blockade würde sich zeigen, dass die Eigentumsverhältnisse direkt den Bedürfnissen des Lebens entgegenstehen. Die Mittel des Lebens würden – gerade weil sie im Überfluss vorhanden sind – nicht zum Konsumenten gelangen und würden nicht länger produziert werden. Das kapitalistische Eigentum mit seinen Verwertungsinteressen würde das verhindern. Seine Warensprache lautet: Erst kommt der profitable Verkauf, der Rückfluss meines vorgeschossenen Kapitals, dann der Genuss des Gebrauchswerts.

Eine solche Situation würde die Menschen zwingen, ihre Ökonomie selbst zu regeln.

Allerdings hat sich das gewohnte kapitalistische Leben tief im Bewusstsein eingegraben und bei vielen dazu geführt, dass die kapitalistische Produktionsweise trotz ihrer Probleme, Widersprüche und Paradoxien häufig noch als eine natürliche gesellschaftliche Form des Wirtschaftens ohne ernsthafte Alternative erscheint. Tief sind das Wettbewerbsdenken und vor allem die Warenwirtschaft mit all ihren Konsequenzen in den Köpfen der Menschen verankert. Eine alternative Produktions- und Distributionsweise muss sich vorher überhaupt erst als denkbare Alternative in den Köpfen breiterer Schichten verankern, was keine Kleinigkeit ist und nur im Zusammenhang eines bewussten von unten geführten Klassenkampfes möglich wird.

Worauf steuert dann alles zu? Grundsätzlich gibt es folgende Alternativen: Entweder der klassenbewusste Widerstand von unten bleibt auf dem niedrigen Niveau, wie wir ihn heute – selbst in Südeuropa – immer noch haben. Dann drohen Massenelend, barbarische Lebensverhältnisse und gewaltige Bereinigungskrisen des Kapitals, von den Dimensionen her durchaus vergleichbar mit denen der 1930er Jahre. Auf zunächst niedrigem Niveau würde sich der Kapitalismus stabilisieren, um den nächsten Zyklus zu durchlaufen, kaum weniger barbarisch als der vorangegangene.

Oder aber es kommt zu einer Belebung des Klassenbewusstseins und des aktiven Klassenkampfes von unten. Dann gibt es eine Chance, dass dies nicht alles auf Kosten der Klasse der Lohnabhängigen abgewickelt wird. Dann könnte daraus auch der Mut zum Kampf für ein anderes Wirtschaftssystem erwachsen.

Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster (Westfälisches Dampfboot).
- Altvater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Finanzen und Natur*, Münster (Westfälisches Dampfboot).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1978): *Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik*, Köln (Bund-Verlag).
- Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ (1980): *Memorandum gegen konservative Formierung: Alternativen der Wirtschaftspolitik*, Köln (Bund-Verlag).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 1984*. Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmerherrschaft: qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung, Köln (Pahl-Rugenstein).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 1997*. Beschäftigungspolitik und gerechte Einkommensverteilung gegen soziale Zerstörung, Köln (PapyRossa).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 2008*. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht, Köln (PapyRossa).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 2009*. Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung, Köln (PapyRossa).
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 2013*. Umverteilen – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln (PapyRossa).
- Arendt, Hannah (1958/1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München (Piper).
- Bischoff, Joachim (2006): *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus*. Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg (VSA).
- Baran, Paul A./Sweezy, Paul M. (1967): *Monopolkapital*. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Backhaus, Hans-Georg/Reichelt, Helmut (1995): „Wie ist der Wertbegriff in der Ökonomie zu konzipieren?“, in: *Beiträge zur Marx-Engels Forschung*, Hamburg (Argument).

- Bofinger, Peter (2010): *Ist der Markt noch zu retten?* Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen, Berlin (Ullstein).
- Bontrup, Heinz-Josef (2010): *Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise*, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Brenner, Robert (2002): *Boom & Bubble*. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg 2002 (VSA).
- Brown, Gordon (2011): *Was folgt*. Wie wir weltweit neues Wachstum schaffen, Frankfurt/M. (Campus).
- Demirović, Alex/Sablowski Thomas (2011): „Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa“, in: *PROKLA*, Heft 166, 42. Jg., 2011, Nr. 1, S. 77-106, Münster (Westfälisches Dampfboot). Im Internet verfügbar unter: <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2012/demirovic-sablowski.pdf>.
- Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln (diverse Ausgaben).
- Deutsche Bundesbank, Monatsberichte.
- Deutschmann, Christoph (1973): *Der linke Keynesianismus*, Frankfurt/M. (Athenäum).
- Gegenstandspunkt (2008): „Wie man ‚Das Kapital‘ nicht schon wieder neu lesen sollte“, in: *GEGENSTANDPUNKT* 2-08, München (Gegenstandspunkt-Verlag).
- Handelsblatt* (2013): <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/absatzzahlen-europas-automarkt-sackt-auf-neuen-tiefstand/8367352.html>.
- Hartmann-Wendels, Thomas/Pfingsten, Andreas/Weber, Martin (2010): *Bankbetriebslehre*, 5. überarbeitete Auflage, Berlin (Springer).
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): „Wachsende Zweifel an der monetären Werttheorie. Antwort auf Heinrich“, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003, H. 3, S. 424-437, Hamburg (Argument).
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): „Zur Kritik monetaristischer Kapital-Lektüre (Teil I+II)“, in: *Das Argument* 257f., 46. Jg. 2004, H. 5f., S. 701-709 bzw. S. 865-876, Hamburg (Argument).
- Haug, Wolfgang Fritz (2007): „Die ‚Neue Kapital-Lektüre‘ der monetären Werttheorie“, in: *Das Argument* 272, Jg. 2007, Hamburg (Argument).
- Haug, Wolfgang Fritz (2012): *Hightech-Kapitalismus in der großen Krise*, Hamburg (Argument).
- Heinrich, Michael (2000): „Globalisierter Konkurrenzkapitalismus“. Im Internet verfügbar unter: <http://www.oekonomiekritik.de/>.
- Heinrich, Michael (2001): „Monetäre Werttheorie. Geld und Krise bei Marx“, in: *PROKLA* 123, 31. Jg., H. 2, Berlin (Rotbuch).

- Heinrich, Michael (2004²): *Kritik der politischen Ökonomie*. Eine Einführung, Stuttgart (Schmetterling).
- Heinrich, Michael (2006⁴): *Die Wissenschaft vom Wert*. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Münster (Westfälisches Dampfboot).
- Heinrich, Michael (2009): „Die Spielregeln, nicht die Spieler. Die Finanzkrise nach Karl Marx“. Im Internet verfügbar unter: <http://www.oekonomiekritik.de/>.
- Herr, Hansjörg (2001): „Keynes und seine Interpreten“, in: *PROKLA* 123, 31. Jg., H. 2, S. 203-225, Berlin (Rotbuch).
- Hickel, Rudolf (2013): Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags am 22. 4. 2013 in Berlin zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: „Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen“ (Das. 17/12601).
- Hickel, Rudolf (2012): *Zerschlagt die Banken*. Zivilisiert die Finanzmärkte, Berlin (Econ).
- Hilferding, Rudolf (1910/1973): *Das Finanzkapital*, Originalausgabe 1910, Neuausgabe 1968 und 1973, Frankfurt/M. (EVA).
- Huffschmid, Jörg (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Hamburg (VSA).
- Huffschmid, Jörg (2010): *Kapitalismuskritik heute – Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus*, herausgegeben von Rudolf Hickel und Axel Troost, Hamburg (VSA).
- ILO (2013) World of Work Report 2013: Repairing the economic and social fabric, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_214476.pdf.
- Kestner, Fritz (1912): *Der Organisationszwang*. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern, Berlin (Carl Heymann), hier jeweils zitiert nach: Klaus Winter (2002).
- Keynes, John Maynard (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, München und Leipzig (Duncker und Humblot).
- Krüger, Stephan (2012): *Keynes und Marx*. Darstellung und Kritik der »General Theorie« – Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik – Linker Keynesianismus und Sozialismus, Hamburg (VSA).
- Krugman, Paul (2012): *Vergesst die Krise!* Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Frankfurt/M. (Campus).

- Lenin, W. I. (1960): „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß“, in: *Lenin Werke*, Bd. 22, Berlin 1960 (Dietz).
- Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012a): *Die große Entwertung*. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind, Münster (Unrast).
- Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012b): „Mülldeponie des Kapitals“. Im Internet verfügbar unter: <http://jungle-world.com/artikel/2012/23/45618.html>
- Luxemburg, Rosa (1913/1975): „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Band 5, *Ökonomische Schriften*, Berlin 1975 (Dietz).
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Mandel, Ernest (1987²): *Die langen Wellen im Kapitalismus*. Eine marxistische Erklärung, Frankfurt/M. (isp).
- Mandel, Ernest (1991): *Kontroversen um „Das Kapital“*, Berlin (Dietz).
- Marx, Karl (MEW 23): „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, Band 1, Berlin 1962 (Dietz).
- Marx, Karl (MEW 24): „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, Band 2, Berlin 1963 (Dietz).
- Marx, Karl (MEW 25): „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, Band 3, Berlin 1964 (Dietz).
- Marx, Karl (MEW 26.3): „Theorien über den Mehrwert“, Band 3, Berlin 1968 (Dietz).
- Marx, Karl (MEW 42): „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, Berlin 1983 (Dietz).
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW 4): „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848), Berlin 1959 (Dietz).
- Mattick, Paul (2012): *Business as Usual*. Krise und Scheitern des Kapitalismus, Hamburg (Edition Nautilus).
- Obst, Georg/Hintner, Otto (2000): *Geld-, Bank- und Börsenwesen*. Handbuch des Finanzsystems, herausgegeben von Jürgen von Hagen und Johann Heinrich von Stein, Stuttgart (Schäffer-Poeschel).
- Priewe, Jan (2002): „Fünf Keynesianismen – zur Kritik des Bastard-Keynesianismus“, in: Heseler, Heiner/Huffs Schmid, Jörg, et al. (Hrsg.): *Gegen die Marktorthodoxie*. Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft. Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf Hickel, S. 33-47 Hamburg (VSA).

- Robinson, Joan (1972): „Die zweite Krise der politischen Ökonomie“, in: Vogt, Winfried (Hrsg.): *Seminar: Politische Ökonomie*. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, S. 37-55, Frankfurt/M. 1977 (Suhrkamp).
- Roth, Karl Heinz (2009): *Die globale Krise*. Band 1 des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven“, Hamburg (VSA).
- Roubini, Nouriel/Mihm, Stephen (2010): *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*, Frankfurt/M. (Campus).
- Sandleben, Guenther (2003): *Nationalökonomie & Staat*. Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals, Hamburg (VSA). Im Internet auszugsweise verfügbar unter: http://www.guenther-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Sandleben_Hilferding.pdf.
- Sandleben, Guenther: „Monetäre Werttheorie als Preistheorie. Geld und Wert bei Michael Heinrich“, in: *Sozialismus* 10/2008, Hamburg (VSA). Auszugsweise als Internetversion unter: <http://www.guenther-sandleben.de/>.
- Sandleben, Guenther (2011a): *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, Norderstedt (Books on Demand).
- Sandleben, Guenther (2011b): *Politik des Kapitals in der Krise*. Eine empirische Studie, Hamburg (VSA).
- Sandleben, Guenther/Schäfer, Jakob (2009): *Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen*, *Internationale Theorie*, Nr. 35, Mannheim (RSB, www.rsb4.de).
- Schulz, Horst (2008): „Zur Schöpfungsgeschichte des Michael Heinrich“. Im Internet verfügbar unter: <http://www.proletarische-briefe.de/?p=120>.
- Schulz, Horst (2009): „Die Linksverteidiger des Kapitals in der Wirtschaftskrise“. Im Internet verfügbar unter: <http://www.proletarische-briefe.de/?paged=2>.
- Shiller, Robert J. (2008): *The Subprime Solution*. How today's Global Financial Crisis Happened, and What to Do about it, Princeton/New Jersey (Princeton University Press).
- Sinn, Hans Werner (2005): *Ist Deutschland noch zu retten?*, Berlin (Ullstein).
- Sinn, Hans Werner (2009): *Kasino-Kapitalismus*. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin (Econ).
- Sinn, Hans Werner (2012³): *Kasino-Kapitalismus*. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin (Ullstein).
- Skidelsky, Robert J. A. (2010): *Die Rückkehr des Meisters*. Keynes für das 21. Jahrhundert, München (Kunstmann).

- Steinbrück, Peer (2010): *Unterm Strich*, Hamburg (Hoffmann & Campe).
- Stiglitz, Joseph (2009): „Anpacken, und zwar sofort. Globale Antworten auf eine globale Rezession“, in: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), September 2009.
- Sweezy, Paul M. (1971): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Voegelé, Alexander B. (2011): „Die Sehnsucht nach dem heiteren Real-Kapitalismus“, in: *Marxistische Blätter*, Nr. 5-11, S. 112-117, Essen (Neue Impulse).
- Wagenknecht, Sahra (2008): *Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft*, Berlin (Das Neue Berlin).
- Wagenknecht, Sahra (2012): *Freiheit statt Kapitalismus*. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft, Frankfurt/M. (Campus).
- Wagenknecht, Sahra (2013): „Euro-Kritik von links“, in: *junge Welt*, 7.5.2013.
- Wendl, Michael (2013): *Machttheorie oder Werttheorie*. Die Wiederkehr eines einfachen Marxismus, Hamburg (VSA).
- Wendt, Holger (2008): „Herrn Michael Heinrichs Umwälzung des Marxismus“, MASCH-Skript 1-08, Essen (Neue Impulse). Im Internet verfügbar unter: <http://www.neue-impulse-verlag.de>.
- White, William R. (2012): *Ultra Easy Monetary Policy and the Law of Unintended Consequences*, (Federal Reserve Bank of Dallas, Globalization and Monetary Policy Institute, Working Paper No. 126). Im Internet verfügbar unter: <http://www.dallasfed.org/assets/documents/institute/wpapers/2012/0126.pdf>
- Winter, Klaus (2002): „Monopolkapitalismus und Finanzkapital. Zur Problematik beider Begriffe in Lenins Imperialismusschrift“, im Internet verfügbar unter: <http://www.kommunistische-debatte.de/imperialismus/monopol1987.html>.
- Zeise, Lucas (2008): *Ende der Party: Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft*, Köln (PapyRossa).
- Zeise, Lucas (2011²): *Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus*, Köln (PapyRossa).
- Zeise, Lucas (2012): *Euroland wird abgebrannt*. Profiteure, Opfer, Alternativen, Köln (PapyRossa).

Benutzte Internetquellen

<http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/eigenkapitalquote/eigenkapitalquote.htm>.

http://www.bdi.eu/Nachfolgeregelung-Familienunternehmen_Eigenkapitalquote8752.htm.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/163433/umfrage/eigenkapitalquote-verschiedener-branchen-des-verarbeitenden-gewerbes/>

http://www.finanzen.net/bilanz_guv/Siemens.

http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/wesp_current/wesp2013.pdf, S. III (Zugriff 7.5.2013).

<http://www.querschuesse.de/spanien-industrieproduktion-mit-98/>.

www.markt-daten.de/resarch/indikatoren/ind.-production.htm

http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Home/home_node.html

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

Ernest Mandel bei ISP

Ernest Mandel

Die langen Wellen im Kapitalismus

Eine marxistische Erklärung

2. Aufl. 1987, 130 Seiten, Euro 8,50

Ernest Mandel

Macht und Geld

Eine marxistische Theorie der Bürokratie

2000, 318 Seiten, gebunden, Euro 21,50

Ernest Mandel

Marxistische Wirtschaftstheorie

Schriften 1

2007, 818 Seiten, gebunden, Euro 49,80

Ernest Mandel

Oktober 1917 – Staatsstreich oder soziale Revolution?

Zur Verteidigung der Oktoberrevolution

1992, 167 Seiten, Euro 12,50

Ernest Mandel

Der Zweite Weltkrieg

mit einem Anhang zur dt. Ausgabe: „Zum Historikerstreit“

1991, 245 Seiten, Euro 17,50

Über Ernest Mandel

Manuel Kellner

Gegen Kapitalismus und Bürokratie –

zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel

2009, W&F 22, 464 Seiten, Euro 36,00

Neuer ISP Verlag

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

Mandel *Schriften* bei ISP



Ernest Mandel
**Marxistische
Wirtschaftstheorie**

Schriften 1

818 Seiten, gebunden
49,80 Euro
2007, ISBN 978-3-89900-115-0

100 Jahre nach dem ersten Band des „Kapital“ erschien Ernest Mandels Standardwerk – eine marxistische Wirtschaftstheorie für unsere Zeit.

Ernest Mandel beschrift nicht den Weg einer orthodoxen Apologie des marxistischen Dogmas, auch nicht den einer revisionistischen Anpassung an die heutigen Begebenheiten. Gleichzeitig ließ er in seine Analyse viele neue empirische Erkenntnisse der Nationalökonomie und Soziologie wie auch der Anthropologie und Technologie einfließen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen



4 Euro, 64 Seiten, inkl. Glossar

Wodurch wurde die seit 2007/2008 anhaltende Wirtschaftskrise ausgelöst?

Viele, auch linke BeobachterInnen hielten und halten sie für eine vermeidbare Tragödie. Wenn nur die Finanzmärkte besser reguliert worden wären, wenn die Finanzaufsicht besser funktioniert hätte, wenn die InvestmentbankerInnen weniger gierig gewesen wären... Wenn endlich PolitikerInnen und ManagerInnen ihre Lektion gelernt hätten, würde sich die Krise niemals wiederholen. Ist eine solche Zuversicht wirklich gerechtfertigt?

Wenn aber – wie dargelegt wird – Krisen durch herkömmliche, systemkonforme Interventionen von Oben nicht zu beseitigen sind, sollten wir dann nicht über eine grundlegende Alternative zur kapitalistischen Krisenökonomie nachdenken?

Die Broschüre leitet Forderungen ab, umreißt eine politische Gegenstrategie und legt eine marxistische Analyse zugrunde, die mit übersichtlich aufbereitetem Faktenmaterial untermauert wird.

Infos & Bestellung:

www.rsb4.de/krisen-broschuere oder
RSB/IV. Internationale, Psf. 10 26 10, 68 026 Mannheim
oder per Mail: buer@rsb4.de

